

Bundestagswahlprogramm

1 Präambel

2 Liebe Wählerinnen und Wähler,

3 wir sind verschieden, aber die meisten von uns wollen das Gleiche: Eine Gesellschaft,
4 in der man sich gegenseitig zuhört und unterstützt, in der alle gesehen und gehört
5 werden. Ein planbares Leben mit einer sicheren Zukunft, die Platz lässt für eigene
6 Ziele und Entscheidungen. Eine Politik, die Verantwortung übernimmt, an der Seite der
7 Menschen steht und sich um ihre Probleme kümmert.

8 Wir als Linke kämpfen dafür, und wir sind überzeugt: Es ist möglich. Ein Leben, in
9 dem alle ein sicheres Einkommen haben, die Mieten bezahlbar sind und nicht jeder
10 Supermarkteinkauf zum Schock an der Kasse führt, ist möglich. Ein Leben, in dem
11 Konflikte friedlich gelöst werden und Klimapolitik nicht auf Kosten der Haushalte mit
12 niedrigen bis mittleren Einkommen geht, ist möglich. Ein Leben, in dem jeder Mensch
13 die gleichen Rechte hat, ist möglich.

14 Doch dafür muss sich vieles ändern. In den letzten Jahren sind die Reichen und
15 Mächtigen unfassbar viel reicher und mächtiger geworden. Sie gehen direkt in die
16 Ministerien und lassen Gesetze zu ihrem Vorteil ändern: um noch weniger Steuern zu
17 zahlen, um harte Arbeit noch schlechter zu entlohnen oder um aus der Tatsache, dass
18 wir alle Wohnungen, Strom und Gesundheitsversorgung brauchen, noch höhere Gewinne zu
19 schlagen. Und damit wir das nicht merken, versuchen sie, uns zu spalten und Hass
20 gegen einige von uns zu schüren. Die Profiteure unserer ungerechten
21 Wirtschaftsordnung wollen über alles reden, nur nicht darüber, dass sie das Problem
22 sind.

23 Aber wir müssen genau darüber sprechen. Für uns ist klar: Die Spaltung der
24 Gesellschaft in Arm und Reich ist eines der größten Probleme unserer Zeit. Wer nur
25 darauf hoffen kann, dass die Waschmaschine, das Auto oder die eigene Gesundheit noch
26 zwei Jahre durchhalten, braucht jetzt Veränderung. Wer nicht weiß, wie er die nächste
27 Mieterhöhung zahlen oder sein Kind unterbringen soll, dem helfen große Versprechungen
28 nicht weiter.

29 Wir wollen, dass niemand mehr Angst haben muss, bei der nächsten Mieterhöhung aus der
30 Wohnung zu fliegen. Deswegen wollen wir einen Mietendeckel durchsetzen. Dadurch
31 können alle Menschen entspannt weiter zu Hause wohnen. Wir wollen, dass niemand mehr
32 am Monatsende vor einem leeren Kühlschrank steht: Deshalb wollen wir die
33 Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel abschaffen und die Marktmacht von großen
34 Supermarktketten brechen. Heiz- und Strompreise müssen wieder bezahlbar werden. Damit
35 niemand sich zwischen einer warmen Mahlzeit oder einer warmen Wohnung entscheiden
36 muss. Wir wollen mehr Geld für die, die immer zu kurz kommen - allen voran Kinder und
37 Familien. Deshalb kämpfen wir weiter für eine echte Kindergrundsicherung. Dafür, dass
38 Frauen endlich gleiches Geld für gleichwertige Arbeit bekommen. Und dafür, dass sie
39 über ihre eigenen Körper bestimmen können und vor Gewalt geschützt werden.

40 Wir wollen höhere Renten und wirkliche Rentengerechtigkeit, insbesondere in
41 Ostdeutschland. Die Schuldenbremse muss weg, damit wir heute und morgen in Bildung,

42 Brücken, Bus und Bahn und die Wirtschaft investieren können. Es kann nicht sein, dass
43 wir die Heizung zu Hause runterdrehen müssen, während andere munter mit ihren
44 Privatjets nach Sylt fliegen. Wir wollen eine soziale Klimapolitik, bei der die
45 Superreichen und Energiekonzerne, die mit der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen
46 Profite machen, in die Pflicht genommen werden - und nicht die große Mehrheit, der am
47 Ende des Monats immer weniger von ihrem Lohn bleibt. Reichtum für uns alle heißt
48 auch, dass wir unsere Liebsten sehen können so oft wir wollen. Darum möchten wir mehr
49 Busse und Bahnen zu möglichst niedrigen Preisen. Darüber hinaus brauchen wir einen
50 schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien für eine günstige Versorgung und einen Umbau
51 der Wirtschaft, der Arbeitsplätze schützt und nicht Profite.

52 Wir stehen zum Recht auf Asyl - ohne Wenn und Aber (TÜ LN 51). Wir wollen keine
53 Festung Europa, die Menschen im Mittelmeer ertrinken oder in der Wüste verdursten
54 lässt. (TÜ LN 69) Wir wollen legale Fluchtwege und mehr Geld für die Kommunen. Alle
55 Menschen müssen bei uns die gleichen Rechte und Chancen haben, unabhängig von Pass
56 und Herkunft. Und ja: Wir halten an der Perspektive fest, dass Abrüstungsverträge,
57 Kooperation, Diplomatie und friedliche Konfliktlösung der richtige Weg sind, um
58 Sicherheit zu schaffen und globale Probleme zu lösen. Wir verteidigen die Demokratie
59 und wollen mehr Mitbestimmung. Aber wir sagen auch: Unsere Demokratie muss besser
60 funktionieren, vor allem für die, die keine teuren Lobbyorganisationen haben.

61 Deshalb brauchen wir eine Wirtschaftspolitik, die das, was wir gemeinsam erarbeiten,
62 fair verteilt. Politik, die einige Wenige immer reicher macht, zeugt - entgegen aller
63 Beteuerungen - nicht von Wirtschaftskompetenz, sondern ist schlicht Lobbyismus im
64 Sinne der Superreichen. Wir wollen hohe Einkommen stärker besteuern und niedrige
65 entlasten. Und große private Kapitalvermögen müssen endlich gerecht besteuert werden.
66 Wir alle sind „systemrelevant“, nur Milliardäre sind es nicht. Niemand von uns wird
67 Milliardär - aber wir alle sind irgendwann im Leben auf Unterstützung angewiesen.

68 Für uns als Linke ist klar: Wir stehen bedingungslos an der Seite der arbeitenden
69 Menschen und Familien. An der Seite der Menschen, bei denen das Geld kaum zum Leben
70 reicht und derer, die keine Lobby haben. Kurz: an der Seite der Mehrheit dieser
71 Gesellschaft. An ihren Prioritäten richten wir unsere Politik aus.

72 Noch ein Wort zu uns, Heidi und Jan: Wir haben die Spitzenkandidatur für Die Linke
73 übernommen, weil wir überzeugt sind, dass es eine Partei braucht, die eine laute
74 Stimme für diejenigen ist, die sonst niemand hört. Die den Finger in die Wunde legt
75 und die Ungleichheit aufzeigt. Wir glauben, dass mehr möglich ist. Dass das noch
76 nicht alles gewesen sein kann - für Die Linke, für das Land, für Euch. Wir glauben,
77 dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist und die Demokratie es wert
78 ist, verteidigt zu werden.

79 Alleine sind wir den Reichen und Mächtigen ausgeliefert, aber gemeinsam können wir
80 uns wehren. Deswegen müssen wir uns zusammenschließen und gemeinsam für unsere
81 Anliegen eintreten. Unsere Leitlinie heißt: Wir gemeinsam gegen die da oben.

82 ..

83 Eure

84 Heidi & Jan

85

82 Leben bezahlbar machen

83 Drei Jahre Ampel-Ausfall haben Deutschland noch sozial ungerechter gemacht als zuvor.
84 Das Leben ist für die Mehrheit teurer geworden. Die Preisexplosion hat besonders
85 Menschen mit niedrigen und mittlerem Einkommen getroffen. Sie müssen einen großen
86 Teil ihres Einkommens für Wohnen, Energie und Lebensmittel ausgeben. Hier sind die
87 Preise am meisten gestiegen: Unter Olaf Scholz sind Lebensmittel über 30 Prozent
88 teurer geworden, Haushaltsenergie um etwa 50 Prozent. Die offiziellen
89 Inflationszahlen verdecken, dass die Inflation für diejenigen mit weniger Geld sehr
90 viel höher liegt als für diejenigen mit viel Geld. Es ist eine Inflation der
91 Ungleichheit, die wir erleben (TÜ [L1.01-Ä08](#)).

92 Doch das lässt sich ändern: Preise sind nicht naturgegeben. Wir wollen Preise , da wo
93 nötig, regulieren und begrenzen, damit die Konzerne nicht beliebig ihre Profite
94 erhöhen können. Das gilt nicht nur für die Miete, sondern auch für Energie und
95 Lebensmittel. Niemand soll am Ende des Monats mehr Angst vor dem Einkauf haben.
96 Willkürliche Preiserhöhungen darf es bei unseren grundlegenden Bedürfnissen nicht
97 mehr geben. Wir schlagen eine Preis-Behörde und soziale Tarife für den Grundverbrauch
98 bei Strom und Gas vor, um uns künftig vor künstlicher Preistreiberei zu schützen. Auf
99 Grundnahrungsmittel soll die Mehrwertsteuer entfallen, was alle Menschen schnell und
100 unkompliziert entlastet.

101 Die steigenden Lebenshaltungskosten sind kein unglücklicher Zufall:

102 Lebensmittelkonzerne und Energiekonzerne machen Rekordgewinne. Die Unternehmen nutzen
103 die Inflation. Sie setzen die Preise hoch - und steigern damit ihre Gewinne. Dieter
104 Schwarz, Eigentümer von Lidl und Kaufland, hat sein privates Vermögen während der
105 Regierungszeit der Ampel verdoppelt! Er besitzt nach Schätzungen des Manager Magazins
106 nun 43,7 Milliarden Euro.

107 Wir senken die Lebensmittelpreise - sofort und wirkungsvoll

108 Sparen beginnt für viele Menschen inzwischen beim Essen. Oft reicht es nicht mehr für
109 das Nötigste. Besonders betroffen sind Menschen mit niedrigem Einkommen und Familien
110 mit Kindern. Hunger und Armut sind in Deutschland wieder Alltag. Zwei Millionen
111 Menschen müssen zu den Tafeln gehen, um über die Runden zu kommen - ein Viertel davon
112 sind Kinder. Für uns ist das nicht hinnehmbar. Wir wollen schnelle und wirkungsvolle
113 Maßnahmen ergreifen, damit eine gesunde Ernährung wieder für alle erschwinglich wird.

114 • Mehrwertsteuer abschaffen für Grundnahrungsmittel, Bus und Bahn: Nicht nur
115 Wohnen, Lebensmittel und Energie sind viel zu teuer geworden. Auch Kosten für
116 alltägliches, wie für den Regionalzug, für Kino und Sport sind stark gestiegen.

117 Das belastet vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen und Familien. Wir wollen
118 der Teuerung entgegenwirken: Grundnahrungsmittel, Hygieneprodukte, Bus und Bahn
119 (Regional- und Fernverkehr) wollen wir von der Mehrwertsteuer befreien. Wir
120 stellen gesetzlich sicher, dass die Mehrwertsteuersenkung sich in den Preisen
121 niederschlägt - und nicht die Profite der Unternehmen füttert. Das ist ein
122 Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit, macht das Leben sicherer und stärkt die
123 Kaufkraft.

124 • Lebensmittelverschwendung soll verboten werden. Genießbare Lebensmittel sollen
125 an gemeinnützige Organisationen weitergegeben werden müssen. Lebensmittelabfälle
126 sollen bis 2030 halbiert werden. Dafür braucht es verbindliche Vorgabe für die

127 unterschiedlichen Branchen.

128 • Der Lebensmittelmarkt braucht gerechte Lieferbeziehungen sowie ein starkes und
129 wirksames Kartellrecht. Das Bundeskartellamt beobachtet die Einkaufsmacht von
130 Lebensmittelkonzernen sowie die Marktmacht von großen Supermarktketten schon
131 seit langem mit zunehmender Sorge. Wir fordern ein entschlossenes Durchgreifen,
132 um die Macht von Konzernen zu brechen, zugunsten von Landwirt*innen und
133 Verbraucher*innen gleichermaßen. Keine Region darf von einzelnen
134 Supermarktketten dominiert werden. Monopole müssen zerschlagen werden und
135 Preiswächter müssen durchgreifen können. Wo es nötig ist, wollen wir mit
136 Mindesterzeugerpreisen Landwir*tinnen schützen.

137 Wir senken die Energiepreise - gerecht und klimafreundlich

138 Alle brauchen bezahlbare und stabile Energiepreise. Langfristig wird der Ausbau der
139 erneuerbaren Energien die Preise für Strom und Wärme senken. Aber so lange können
140 Menschen mit kleinem Einkommen, Familien und auch Kleingewerbetreibende nicht warten.

141 Wir fordern deshalb, kleine Energieverbraucher*innen kurzfristig zu entlasten:

142 • Sozial gestaffelte Energiepreise: Wir wollen für den durchschnittlichen
143 Verbrauch von Strom und Heizenergie preisgünstige Sockeltarife schaffen. Wer
144 mehr verbraucht, zahlt mehr. Das ist sozial gerecht und regt trotzdem zum
145 Energiesparen an.

146 • Zur Finanzierung fordern wir vorübergehend einen Energie-Soli für Reiche!
147 Menschen mit sehr hohem Einkommen profitieren von preisgünstigen Sockeltarifen -
148 brauchen aber die Entlastung nicht. Für eine sozial gerechte
149 Finanzierung fordert Die Linke deshalb einen Energie-Soli als Zuschlag auf die
150 Einkommen-, Lohn- und Kapitalertragssteuer, bis die Energiekrise vorbei ist und
151 der Marktpreis stabil unter dem Preisdeckel liegt.

152 • Die neoliberale Klimapolitik der Ampel ist zutiefst ungerecht und hat die
153 Probleme für die Menschen noch verschärft. Der versprochene soziale Ausgleich
154 über ein Klimageld wurde nicht umgesetzt, obwohl die CO2-Preise weiter steigen.
155 Das ist Betrug an den Wähler*innen. Die Linke will deshalb rückwirkend zum
156 01.01.2025 ein soziales Klimageld von aktuell 320 Euro jährlich pro Person als
157 Direktzahlung einführen, von dem Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen
158 besonders profitieren. Das Klimageld wird zukünftig an die reale Entwicklung der
159 CO2-Preise angepasst.

160 • Jährlich werden gegen Hunderttausenden Menschen in Deutschland Strom- und
161 Gassperren verhängt, sogar im Winter. Das ist menschenunwürdig. Strom- und
162 Gassperren müssen gesetzlich verboten werden.

163 • Energiekonzerne dürfen sich nicht auf unsere Kosten bereichern: Ziel des
164 Strommarktsystems muss es sein, allen Verbraucher*innen bezahlbaren Strom zur
165 Verfügung zu stellen. Wir wollen den Strommarkt reformieren (siehe Kapitel
166 Transformation).

167 Wir sorgen für stabile Preise und verhindern zukünftige Krisen

168 Um Preisschocks in Zukunft zu verhindern, braucht es Preiskontrollen, die schnell
169 wirken und kurzfristig greifen. Die Ampel hat zunächst gar nicht und dann zu wenig
170 wirksam auf die Preisexplosion reagiert und die Profite der Konzerne gesichert. Die

171 Menschen sind im Alltag nicht stark genug entlastet worden (TÜ: [L1-01-Ä06](#)). Wir
172 müssen uns für die nächste Krise wappnen: Mit der Digitalisierung ist eine
173 engmaschige Überwachung der Preise möglich. Wenn Konzerne in systemrelevanten
174 Branchen (Energie, Gebäude/Wohnen, Lebensmittelversorgung, Mobilität, Gesundheit,
175 Banken) Preise deutlich stärker anheben als Kosten gestiegen sind, muss es möglich
176 sein, kurzfristig in den Markt einzugreifen. Auf Preisschocks muss reagiert werden,
177 bevor sich diese auf andere Branchen ausweiten.

178 Wir fordern eine neue Preis-Behörde als Frühwarnsystem für die deutsche und
179 europäische Wirtschaft. Die Preis-Behörde soll direkt dem
180 Bundeswirtschaftsministerium unterliegen.

- 181 • Preiskontrollen statt Abzocke: Im Energiesektor sollen ohne Genehmigung keine
182 Preis-Erhöhungen vorgenommen werden dürfen. Energieversorger müssen selbst
183 nachweisen, dass eine Preiserhöhung durch gestiegene Beschaffungskosten
184 gerechtfertigt ist.
- 185 • Übergewinnsteuer beseitigt Anreize für Preiserhöhungen: Die Energie- und
186 Lebensmittelkonzerne haben in Zeiten von Krieg und Krise durch enorme
187 Preissteigerungen Rekordgewinne eingefahren. Sie haben ihre Marktmacht
188 ausgenutzt, um auf Kosten von uns allen Profite zu machen. Wenn plötzliche und
189 außergewöhnliche Gewinnsprünge in Krisenzeiten, sogenannte Übergewinne, mit sehr
190 hohen Steuersätzen belegt werden, gibt es keinen Anreiz mehr, die Preise weiter
191 in die Höhe zu treiben. Wir fordern eine Übergewinnsteuer, die die Extra-Gewinne
192 der Konzerne mit 90 Prozent besteuert. Als Vergleichszeitraum bieten sich die
193 durchschnittlichen Unternehmensgewinne der letzten 10 Jahre an: Alles, was
194 darüber liegt, wird besteuert. Damit die Gewinne auch effektiv besteuert werden
195 können, wollen wir eine Quellensteuer einführen und Steueroasen trockenlegen.

190 Wohnen darf kein Luxus sein

191 Bezahlbares Wohnen ist die zentrale soziale Frage unserer Zeit. Olaf Scholz ist als
192 Mietenkanzler angetreten, aber in den letzten drei Jahren sind die Mieten weiter
193 explodiert. Nicht nur in den Städten, auch in vielen ländlichen Gebieten sind die
194 Wohnkosten in den letzten Jahren stark gestiegen. Millionen Menschen geben einen
195 großen Teil ihres Einkommens für das Wohnen aus. Dazu kommen die rasant gestiegenen
196 Nebenkosten. Immobilienkonzerne machen Extra-Profite, indem sie überzogene
197 Heizkostenrechnungen an ihre Mieter*innen schicken und hoffen, dass es niemand merkt.
198 In den letzten Jahren haben sich Fälle gehäuft, in denen Menschen mehrere tausend
199 Euro nachzahlen mussten. Das ist für viele eine existenzielle Bedrohung, das wollen
200 wir unter Strafe stellen. (TÜ: [LN 116](#))

201 Aber Explodierende Mieten sind kein Naturgesetz: Bezahlbare Wohnungen, Sicherheit vor
202 Mieterhöhungen, genossenschaftlicher Wohnungsbau sind sinnvoll, gerecht und auch
203 erreichbar. Auch der Ausverkauf von Grund und Boden aus staatlicher Hand ist eine
204 bewusste politische Entscheidung - er könnte morgen gestoppt werden.

205 SPD und Co. behaupten, wir müssten bauen, um wieder bezahlbaren Wohnraum zu bekommen.
206 Die durchschnittliche Miete für eine neu gebaute Wohnung in Berlin: 20 Euro den
207 Quadratmeter. Eine 50 Quadratmeter Wohnung kostet dann im Schnitt 1 000 Euro - wer
208 soll sich das leisten können? Die Immobilienkonzerne nutzen den Neubau, um überhöhte
209 Mieten zu verlangen und treiben damit die Miete für Bestandswohnungen in die Höhe.

210 Wir müssen dringend neue Wohnungen bauen - aber sie müssen bezahlbar sein! Es braucht
211 eine grundlegende Wende in der Mietenpolitik. Wohnungen sind keine Ware.

212 Mieten runter!

213 Mieten müssen gesenkt und wirksam reguliert werden. Die Mietpreisbremse der
214 Bundesregierung ist nicht nur wirkungslos, sondern befördert unverschämte Praktiken:
215 Wer klagt, hat schnell das „Vertrauen“ des Vermieters verraten - dann dauert die
216 nächste Reparatur an der Wohnung eben länger. Ein Drittel der Wohnungen in den
217 Metropolen wird mittlerweile möbliert vermietet, weil die Mietpreisbremse dann nicht
218 gilt.

219 • Wir fordern einen bundesweiten Mietendeckel! Unser Ziel: die Explosion der
220 Mieten nicht nur bremsen, sondern beenden und rückgängig machen. In angespannten
221 (TÜ [LN 136](#)) Wohnungsmärkten müssen besonders hohe Mieten abgesenkt werden.

222 • Als Sofortmaßnahme müssen Mieterhöhungen, wo der Wohnungsmarkt angespannt ist,
223 für die nächsten sechs Jahre ausgeschlossen werden. Die Tricks der Vermieter für
224 höhere Mieten müssen abgeschafft werden: Staffelmieten und Indexmietverträge
225 wollen wir verbieten und möblierte Wohnungen streng regulieren.

226 • Viel zu oft kündigen Vermieter, um bei Neuvermietung höhere Mieten zu nehmen.
227 Wir wollen den Kündigungsschutz ausweiten und fordern Dauermietverträge für
228 alle. Eigenbedarfskündigungen müssen auf Verwandte ersten Grades beschränkt
229 werden. Mietwohnungen müssen durch ein generelles Umwandlungsverbot geschützt
230 werden. (TÜ: [LN 139](#))

231 • Wir wollen die Modernisierungsumlage abschaffen! Sanierungen und Heizungstausch
232 müssen warmmietenneutral sein. Wir wollen sozial gerechten Klimaschutz (s.
233 Kapitel ökologisch gerecht sanieren)

234 • Immobilien und Energiekonzerne machen Extra-Profite, indem sie überzogene
235 Heizkostenrechnungen an ihre Mieter*innen schicken und hoffen, dass es niemand
236 merkt. Das wollen wir unter Strafe stellen.

237 • Wir fordern sozial gestaffelte Heizungs- und Stromkosten. Für den
238 durchschnittlichen Verbrauch wollen wir preisgünstige Sockeltarife schaffen. Wir
239 wollen Strom- und Gassperren verbieten. Wir wollen einen Fonds einrichten, aus
240 dem unbürokratisch die Heizkosten übernommen werden können, wenn sich
241 Mieter*innen keine warme Wohnung leisten können.

242 • Hauptmieter*innenwechsel müssen ohne Zustimmung der Vermieter*innen möglich
243 sein.

244 • Kleingewerbe leiden unter explodierten Gewerbemieten. Der Bund muss dafür
245 sorgen, dass Länder und Kommunen rechtssicher Mietendeckel für Kleingewerbe,
246 Handwerk, kulturelle Einrichtungen sowie für soziale und gemeinnützige Träger
247 einführen können.

248 Investitionsoffensive für den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau

249 Wir wollen 20 Milliarden im Jahr in gemeinnützigem Wohnraum investieren. Aktuell
250 hätten mehr als 11 Millionen Mieterhaushalten in Deutschland Anspruch auf eine
251 Sozialwohnung. Der Bestand reicht nicht einmal für jeden zehnten dieser Haushalte.
252 Gemeinnütziger Wohnraum hält die Miete bezahlbar. Wien ist die Metropole in Europa,
253 in der die Mieten am wenigsten explodiert sind, denn die Hälfte des Wohnraums ist

254 gemeinnützig - ein Viertel „Gemeindebau“ und ein Viertel genossenschaftlich.

255 • Wir stehen an der Seite von Deutsche Wohnen & Co enteignen. Wir wollen
256 Immobilienkonzerne mit mehr als 3 000 Wohnungen in öffentliches Eigentum
257 überführen.

258 • Die Regierung hat nur ein Viertel der Sozialwohnungen gebaut, die sie
259 versprochen hat. In den 1990er Jahren gab es noch 4 Millionen - jetzt gibt es
260 nur noch eine Million. Egal ob im Bestand oder beim Neubau, wir fordern: Einmal
261 Sozialbindung, immer Sozialbindung.

262 • Die Einführung der neuen Wohngemeinnützigkeit durch die Ampel ist eine
263 Enttäuschung! Wir wollen die neue Wohngemeinnützigkeit zum Instrument machen für
264 mittelfristig 30 Prozent gemeinnützige Wohnungen. Mit Steuerbefreiungen und
265 Privilegierung bei Fördermitteln und öffentlichen Grundstücken wollen wir starke
266 Anreize zur Beteiligung zum Aufbau eines gemeinnützigen Wohnungsmarktsektors
267 schaffen, in dem sich die Mieten an den realen Kosten orientieren und die
268 Profite gedeckelt werden.

269 • Wir wollen das kommunale Vorkaufsrecht wieder einführen und stärken. Mit einem
270 (Re-)Kommunalisierungsfond sollen Kommunen unterstützt werden Wohnungen in die
271 öffentliche Hand (zurück) zu holen. Wir setzen uns für ein preislimitiertes
272 Vorkaufsrecht ein, das sich nicht am spekulativen »Marktpreis« orientiert,
273 sondern an bezahlbaren Mieten (sozialer Ertragswert) für die Bewohner*innen.
274 Investoren zurückdrängen!

275 Auch wenn Neubau alleine die Miete nicht senkt, gibt es in den Metropolen einen
276 Bedarf an mehr Wohnraum. Wir wollen gemeinnützigen Neubau fördern statt mit
277 Investoren! Wir wollen Regulierungen überprüfen: Nicht alle Regulierungen beim Neubau
278 sind sozial und ökologisch sinnvoll, manche treiben lediglich die Preise in die Höhe.
279 Hingegen ist energieeffizientes Bauen für den Klimaschutz notwendig und spart für die
280 Mieter*innen Heizkosten.

281 • Die Baukrise ist die Zeit der öffentlichen Hand. Gemeinnützige
282 Wohnungsunternehmen müssen durch Förderprogramme gestärkt und endlich gegenüber
283 renditeorientierten Investoren und Wohnungskonzernen bevorzugt werden.

284 • Öffentliche Förderung soll es nur für gemeinnützigen Wohnungsbau geben. (TÜ [LN](#)
285 [143](#)) Kommunen sollen ein Vorkaufsrecht auf alle Grundstücke bekommen.

286 • Wir wollen Gewinne durch Spekulation mit Immobilien stärker besteuern und
287 Steuertricks beim massenhaften Kauf und Verkauf von Wohnungen, wie sogenannte
288 Share Deals verbieten!

289 • Keine Spekulation mit Wohnraum und Bauland! 2 Millionen Wohnungen in Deutschland
290 stehen leer. (TÜ [LN 79](#)) Wir wollen Zweckentfremdung von Wohnraum verbieten.
291 Leerstehenden Wohn- und Gewerberaum wollen wir beschlagnahmen und der
292 Zwischennutzung zuführen. Es dürfen keine Profite mit dem Besitz von Grund und
293 Boden gemacht werden. In einem ersten Schritt werden deswegen leistungslose
294 Bodenwertzuwächse abgeschöpft. (TÜ [LN 119](#))

295 Leerstand beenden!

296 Leerstand ist ein unterschätztes Problem. Deutschlandweit stehen laut aktuellem
297 Zensus rund 2 Millionen Wohnungen leer. Ein Teil davon in ländlichen Regionen, die

298 durch Strukturwandel veröden, ein Teil davon in den Städten, wo sich der Leerstand
299 aufgrund steigender Bodenpreise häufig finanziell rechnet und kaum bestraft wird. In
300 allen Fällen gilt: Der vorhandene Wohnraum muss besser genutzt werden, sowohl aus
301 sozialen als auch aus ökologischen Gründen. Leerstand nutzen ist immer besser als neu
302 zu bauen. Wir fordern

- 303 • Aktive Strukturpolitik und Infrastrukturinvestitionen, um Regionen außerhalb der
304 Metropolen attraktiver zu machen und der Verödung ländlicher Regionen
305 entgegenzuwirken.
- 306 • Egal ob spekulativer Leerstand oder Erbstreitigkeiten. Leerstehender Wohnraum in
307 angespannten Wohnungsmärkten ist Zweckentfremdung und darf sich nicht lohnen!
308 Wohnungleerstände müssen zuerst systematisch erfasst werden und dann mit einer
309 Leerstandsabgabe von 10 Euro pro Quadratmeter belegt werden. Das macht den
310 Leerstand unrentabel. In Fällen von langfristigem Leerstand muss die Wohnung im
311 Sinne der Allgemeinheit vorübergehend beschlagnahmt, auf Kosten der Eigentümer
312 instandgesetzt und wieder vermietet werden.
- 313 • Die Besetzung von Wohnraum, der seit mindestens einem Jahr leersteht, muss
314 zueinem dauerhaften Wohnrecht führen, es sei denn, die
315 Eigentümer*innen verpflichten sich, den Wohnraum zu sozialverträglichen Mieten
316 zur Verfügung zu stellen.

317 Obdachlosigkeit abschaffen!

318 Es gibt in Deutschland ungefähr 600 000 wohnungslose Menschen. Die Regierung hat
319 einen Aktionsplan geschrieben - der hat allerdings zu keiner einzigen neuen Maßnahme
320 gegen Wohnungslosigkeit geführt.

- 321 • Es gibt jedes Jahr 30 000 Zwangsräumungen, viele Betroffene landen in der
322 Obdachlosigkeit. Wir wollen Zwangsräumungen in die Obdachlosigkeit verbieten!
- 323 • Wir wollen den Ansatz Housing First in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit
324 verankern: Wohnungslosen wird zuerst eine Wohnung vermittelt, darauf folgen
325 andere Angebote. Seit Einführung von Housing First im Jahre 2008 konnte Finnland
326 die Obdachlosigkeit mehr als halbieren.
- 327 • Jeder Mensch hat das Recht auf eine eigene Wohnung! Wir werden die
328 Zwangsunterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften beenden und dafür
329 sorgen, dass für Wohnungslose und für Saison- und Wanderarbeiter*innen regulärer
330 Wohnraum bereitsteht, der ihren Bedürfnissen entspricht. (TÜ [LN 230](#))

331

312 Umsteuern

313 Die vergangenen Regierungen aus CDU, SPD, FDP und Grünen haben dazu beigetragen, dass
314 die Reichsten heute deutlich weniger Steuern zahlen als früher. Das spüren Menschen
315 mit kleinen und mittlere Einkommen besonders stark: Der Alltag wird immer
316 schwieriger. Wir halten dagegen und kämpfen für ein gerechtes Steuersystem, in dem
317 die Steuern für die Mehrheit sinken und das der astronomischen Macht und dem Reichtum
318 der Milliardäre Grenzen aufgezeigt.

319 Es sollte keine Milliardäre geben.

- 320 • Die Linke fordert die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Damit wir nur die

321 Reichsten 2,5 Prozent unserer Gesellschaft belasten, fordern wir einen
322 Freibetrag für Privatvermögen von 1 Million Euro pro Person (abzüglich aller
323 Schulden, wie zum Beispiel Hypotheken auf ein Eigenheim). Der Freibetrag für
324 Betriebsvermögen liegt bei 5 Millionen Euro. Unser Steuersatz ist progressiv,
325 steigt also mit höheren Vermögen: Ab 1 Million 1 Prozent, ab 50 Millionen 5
326 Prozent. Für Vermögen oberhalb der Grenze von 1 Milliarde Euro legen wir einen
327 Sondersteuersatz von 12 Prozent fest - die Milliardärsteuer. Damit soll eine
328 weitere Anhäufung von Vermögen bei den Superreichen verhindert werden. Unser
329 Ziel: Milliardäre abschaffen!

- 330 • Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland treibende Kraft für eine
331 international koordinierte Milliardärsteuer wird und den Vorschlag Brasiliens
332 hierfür unterstützt.

333 Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 108 Milliarden.

- 334 • Derzeit ist nicht bekannt, wie groß das Vermögen der reichsten Deutschen
335 wirklich ist. Wir fordern ein öffentlich einsehbares Finanzregister, das die
336 wahren Eigentümer von Immobilien, Unternehmensanteilen und anderen großen
337 Vermögen (z.B. Kunstsammlungen, Wertpapieren und Patenten) registriert.
- 338 • Um die enormen Kosten der sozialen und ökologischen Transformation zu stemmen,
339 fordern wir eine einmalige Vermögensabgabe, die die Reichsten unserer
340 Gesellschaft einmalig belastet. Mit unserem Konzept werden die reichsten 0,7
341 Prozent der Bundesbürger mit bis zu 30 Prozent zusätzlich belastet. So können
342 mindestens 310 Milliarden Euro eingenommen werden. Die Abgabe kann auf 20 Jahre
343 gestreckt werden, damit würde nicht die gesamte Belastung auf einmal anfallen.

344 Kleine und mittlere Einkommen entlasten

345 Niedrige und mittlere Einkommen werden wir entlasten. Sehr hohe Einkommen wollen wir
346 dagegen stärker besteuern. Als Faustregel gilt: Wer (als Single, Steuerklasse I)
347 weniger als 6.500 Euro im Monat brutto verdient, zahlt mit unserem Tarif weniger
348 Steuern.

- 349 • Alle zu versteuernden Einkommen unter 16.800 Euro im Jahr bleiben steuerfrei -
350 das entspricht der Höhe unseres Modells des Existenzminimums.
- 351 • Hohe Einkommen wollen wir stärker besteuern. Ab 70.000 Euro zu versteuerndem
352 Einkommen im Jahr beträgt der Steuersatz 53 Prozent - das entspricht etwa 81.000
353 Brutto für Alleinstehende ohne Kinder. Für die Reichensteuer fordern wir zwei
354 Stufen: 60 Prozent für Einkommen oberhalb von 260.533 Euro und 75 Prozent für
355 Einkommen oberhalb von 1 Million Euro zu versteuerndem Einkommen.
- 356 • Wir wollen den Solidaritätszuschlag für die reichsten 10% der Einkommen behalten
357 und Menschen mit geringen Einkommen entlasten.
- 358 • Einkommen aus Arbeit wird bisher deutlich stärker besteuert als Einkommen aus
359 Kapital. Ein Schlag ins Gesicht für alle Menschen, die diese Gesellschaft jeden
360 Tag mit harter Arbeit am Laufen halten und den Wohlstand in Deutschland
361 aufgebaut haben. Wir fordern, dass Einkommen aus Kapital unter die
362 Einkommensteuer fällt. Wer viel bekommt, zahlt mehr Steuern.
- 363 • Wir fordern verbindliche Obergrenzen für Manager*innen- und Vorstandsgehälter
364 (inkl. Boni) : Sie dürfen nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten

365 Gehalts im Unternehmen bekommen.

366 • Die Mehrwertsteuer belastet Menschen mit niedrigem Einkommen besonders stark.
367 Wir fordern die Mehrwertsteuerbefreiung von Grundnahrungsmitteln,
368 Hygieneprodukten und Tickets für Bus und Bahn (siehe Kapitel Preise). Damit die
369 Senkung der Mehrwertsteuer tatsächlich bei den Menschen ankommt, müssen die
370 Lebensmittelkonzerne und Supermärkte verpflichtet werden, die Steuersenkung
371 weiterzugeben.

372 • Für arbeitsintensives Handwerk, Arzneimittel und Produkte für Kinder wollen wir
373 ermäßigte Steuersätze. Das gilt auch für Reparaturdienstleistungen und
374 Demontage, damit die Reparatur und Wiedernutzung Vorrang vor Entsorgung haben.

375 Schlupflöcher für die Reichen schließen

376 Erbschaft- und Schenkungssteuer

377 Vermögen werden durch Erbschaften und Schenkungen oft steuerfrei über Generationen
378 weitergegeben. So sind die Steuersätze auf das Einkommen einer durchschnittlichen
379 Familie höher als die Besteuerung von Millionen- und Milliarden-Erbschaften. (TÜ [LN](#)
380 [89](#))

381 • Für diese Superreichen sollen die Steuersätze für Erbschaften und Schenkungen
382 erhöht und die persönlichen Freibeträge herabgesetzt werden. ‚Normales‘,
383 selbstgenutztes Wohneigentum bleibt freigestellt. Der Spitzensteuersatz der
384 Erbschaftsteuer beträgt 60 Prozent und gilt ab einem zu versteuernden Erbe von
385 drei Millionen Euro zuzüglich des Freibetrags.

386 • Wir fordern für einheitliche Freibeträge von 150.000 Euro für alle Begünstigten.
387 Für Erb*innen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, minderjährige Kinder,
388 Hinterbliebene aus einer Ehe oder einer eingetragenen Lebenspartnerschaft und
389 für eine von der Erblasserin oder dem Erblasser benannte Person verdoppelt sich
390 der Freibetrag auf 300.000 Euro. Danach greift ein Eingangssteuersatz von 6
391 Prozent, der progressiv auf den Spitzensteuersatz ansteigt. Die Erbschaftssteuer
392 kann auf 20 Jahre gestreckt werden, damit würde nicht die gesamte Belastung auf
393 einmal anfällt. (TÜ [LN 106](#))

394 • Die Steuerschlupflöcher bei der Erbschaftsteuer müssen geschlossen werden.
395 Vergünstigungen bei Unternehmensvermögen, großen Wohnungsbeständen und der
396 Verschonungsbedarfsprüfung sollen entfallen.

397 Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 17 Milliarden.

398 • Steuervorteile für Immobilieninvestor*innen und -unternehmen müssen
399 flächendeckend abgeschafft werden. Wir fordern eine Reform der
400 Grunderwerbsteuer, sodass anteilige Immobilienkäufe (ab über 50 Prozent)
401 entsprechend anteilig besteuert werden. Im Fall eines Erwerbs durch mehrere
402 Personen oder Gesellschaften gemeinsam (sog. Co-Investments) wird entsprechend
403 der jeweiligen Beteiligungsquote besteuert. Dadurch werden Share-Deals
404 weitgehend unattraktiv. (TÜ [LN 108](#))

405 • Wir brauchen eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts mit einer Klarstellung der
406 als gemeinnützig anerkannten Zwecke. Die Mitwirkung an der politischen
407 Willensbildung muss ausdrücklich möglich sein, ob zur Verfolgung eigener Zwecke
408 oder darüber hinaus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

409 Organisationen, denen die Gemeinnützigkeit für ihre selbstlose politische
410 Einmischung entzogen wurde, müssen sie zurückerhalten (z.B. Attac oder Campact).

411 Konzerne gerecht beteiligen, Spekulant*innen den Nährboden entziehen

412 Die Unternehmensteuern wurden in den letzten Jahrzehnten massiv gesenkt - bis 1989
413 hatten Unternehmen durchschnittliche Steuerbelastungen von über 60 Prozent, heute
414 weniger als 30 Prozent. Von den zahlreichen Steuergeschenken profitieren vor allem
415 große Konzerne und die Reichen.

416 • Wir fordern, dass die Körperschaftsteuer auf 25 Prozent erhöht wird. Um
417 international gegen Steuerwettbewerb und Profitverschiebung vorzugehen, setzen
418 wir uns auch für die Erhöhung des globalen Mindeststeuersatzes auf 25 Prozent
419 ein. Die Bemessungsgrundlage muss durch eine realistische Gewinnermittlung
420 erweitert werden, beispielsweise durch die angemessene Besteuerung von Gewinnen,
421 die aus dem Verkauf von Unternehmensanteilen resultieren.

422 • Für internationale Konzerne ist es besonders leicht, Profite ins Ausland zu
423 verschieben und so Steuern zu umgehen. Wir fordern, dass internationale Konzerne
424 stärker dort besteuert werden, wo sie ihre wirtschaftlichen Aktivitäten haben.
425 Dazu fordern wir eine Quellenbesteuerung der Gewinne am Ort der wirtschaftlichen
426 Aktivität. Betriebsausgaben die nur der Gewinnverlagerung dienen, dürfen nicht
427 abzugsfähig sein. Das Konzept der virtuellen Betriebsstätte muss auch im
428 Steuerrecht verankert werden.

429 • Den Steuerwettbewerb nach unten verhindern: Gewinne, die Konzerne in
430 Niedrigsteuerländer verschieben, sollen in den Ländern nachversteuert werden, in
431 denen der Konzern aktiv ist. Das erreichen wir durch eine effektive
432 Quellenbesteuerung, bei der Konzerne am Ort ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten
433 und Umsätze besteuert werden. Dafür ist ein stärkerer Austausch zwischen den
434 Ländern über alle steuerrelevanten Informationen entscheidend. Bei Zahlungen wie
435 Dividenden, Zinsen und Lizenzabgaben, die in nicht kooperative Staaten fließen,
436 fordern wir eine Quellensteuer von 50 Prozent. Damit machen wir Steuerflucht
437 unattraktiv. Unternehmen können sich die Steuer nur anrechnen lassen, wenn sie
438 alle steuerrelevanten Informationen offenlegen.

439 • Transnationale Konzerne sollen dazu verpflichtet werden, ihre Kerndaten wie ihre
440 Wertschöpfung, Umsätze, Gewinne und Steuerzahlungen länderweise offenzulegen.
441 Damit verhindern wir, dass Geldströme z.B. durch Briefkastenfirmen verschleiert
442 werden. Steuervermeidung über Stiftungen müssen eingeschränkt werden.

443 Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 42 Milliarden

444 **Gewerbsteuer**

445 Die Gewerbsteuer in Deutschland gleicht einem Flickenteppich, von Region zu Region
446 ist sie unterschiedlich. Manche Kommunen werben mit besonders niedrigen
447 Gewerbesteuern, um mehr Unternehmen anzulocken und die kommunalen Steuereinnahmen
448 aufzubessern. Das Ergebnis: viele Kommunen sind unterfinanziert und können keine
449 Investitionen mehr tätigen - die Schere zwischen armen und reichen Kommunen geht
450 immer weiter auseinander.

451 • Die Linke tritt für eine Reform der Gewerbsteuer in eine
452 Gemeindefiskussteuer ein. Die Bemessungsgrundlage wird ausgeweitet (Pachten,

453 Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren werden berücksichtigt) und
454 gutverdienende Selbstständige und Freiberufler werden einbezogen. Dafür werden
455 wir den Freibetrag auf 30.000 Euro anheben und die festgesetzte Steuer bei der
456 Einkommensteuer berücksichtigen. Die Gewerbesteuerumlage wird abgeschafft, was
457 Städte und Gemeinden finanziell entlastet.

458 Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 18 Milliarden.

459 Finanztransaktionsteuer

- 460 • Wir streiten für eine Finanztransaktionssteuer, um Spekulation auf den
461 Finanzmärkten einzudämmen. Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von
462 0,1 Prozent fällig werden. Die Finanztransaktionssteuer trifft vor allem
463 kurzfristige Großumsätze mit kleinen Gewinnmargen - die sogenannten
464 Hochfrequenzhändler. So stabilisiert und schrumpft sie die Finanzmärkte.

465 Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 36 Milliarden

466 Profite mit Krieg und Krisen verhindern

- 467 • Konzerne wie RWE, Shell und Total haben im Zuge des Ukraine-Kriegs durch enorme
468 Preissteigerungen Rekordgewinne eingefahren. Sie haben die Krisensituationen und
469 ihre Marktmacht ausgenutzt, um sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern.
470 Wir wollen die Extraprofite an die Allgemeinheit zurückverteilen. Die Linke
471 fordert die Einführung einer Übergewinnsteuer in Höhe von 90 Prozent auf alle
472 Krisenprofite. (siehe Kapitel Preise)

473 Finanzkriminalität bekämpfen

474 Deutschland ist ein Paradies für Finanzkriminalität und Geldwäsche. CumEx und CumCum
475 oder der Skandal um Wirecard haben wieder einmal gezeigt, wie einfach es Kriminellen
476 in Deutschland gemacht wird, durch Betrug dem Gemeinwesen hunderte Milliarden
477 aufzubürden. Wir werden den Diebstahl an der Öffentlichkeit verhindern!

- 478 • Wir brauchen eine offizielle Steuerlückenschätzung, die jährlich von der
479 Bundesregierung erstellt wird, öffentlich einsehbar ist und zur Zielvorgabe für
480 die Finanzverwaltung wird.
- 481 • Skandale wie CumEx, CumCum oder Wirecard müssen systematisch aufgearbeitet
482 werden. Die Strafverfolgungsbehörden und Finanzämter müssen personell und
483 technisch in die Lage versetzt werden, Steuerhinterziehung als Geschäftsmodell
484 konsequent zu verfolgen.
- 485 • Jede*r Steuerfahnder*in bringt dem Staat im Durchschnitt mehr als eine Million
486 Euro mehr, als sie oder er kostet. Besonders unter den Superreichen wird viel zu
487 wenig geprüft, obwohl bei 75 Prozent der überprüften Millionäre
488 Steuerhinterziehung festgestellt wird. Wir fordern mehr Prüfungen bei den
489 Superreichen!
- 490 • Finanzaufsicht reformieren, finanziellen Verbraucherschutz stärken: Alle Geld-
491 und Vermögensanlagen sowie Kreditgeschäfte sollen von der BaFin erfasst und
492 regelmäßig geprüft werden. Die BaFin braucht dafür mehr Fachpersonal, um die
493 Bilanzkontrolle besser durchführen zu können.
- 494 • Ohne ein Strafrecht für Unternehmen kommen die großen Banken in
495 Beihilfeverfahren oft glimpflich davon. Wir brauchen ein Unternehmensstrafrecht,
496 um nicht nur einzelne Personen, sondern große Konzerne zur Verantwortung zu

497 ziehen.

- 498 • Wir wollen verhindern, dass einzelne Superreiche Steuern umgehen, indem sie
499 beispielsweise ins Ausland ziehen oder ihre Geschäfte verlagern. Wir wollen,
500 dass alle deutschen Staatsangehörigen in Deutschland versteuert werden,
501 unabhängig davon, wo sie ihre Einkommen erzielt haben oder ihren Wohnsitz haben.
502 Um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden, können im Ausland gezahlte Steuern
503 angerechnet werden.

504 Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 18 Milliarden.

505 Abschaffung der Investitionsbremse

506 Die so genannte Schuldenbremse hat riesige Investitionslücken in der Infrastruktur
507 und bei sozialen Dienstleistungen gerissen. Die Rechnung für die Bürger*innen sind
508 überhöhte Mieten, verspätete Züge, und extremer Personalmangel in Schulen und Kitas.
509 Wir stellen uns dagegen und fordern einen Wandel in der Haushaltspolitik. Alleine in
510 den nächsten 10 Jahren muss der deutsche Staat nach Schätzungen 600 Milliarden Euro
511 an zusätzlichen Investitionen bereitstellen, um Infrastruktur, Wirtschaft und
512 Gesellschaft zukunftsfähig zu machen.

- 513 • Wir fordern die Abschaffung der Schuldenbremse und ihre Ersetzung durch die
514 „Goldene Regel“, wonach Investitionen über Kredite finanziert werden können. Die
515 goldene Regel muss mit einem Umdenken in der Investitionspolitik einhergehen.
516 Der Staat muss genauso in die Zukunft investieren können wie ein
517 Privatunternehmen. Die Ausgaben von Bund, Ländern und Kommunen müssen
518 grundlegend anders priorisiert werden. Mehr Geld für Bildung, Soziales und
519 öffentlichen Wohnungsbau, weniger für Rüstung und klimaschädliche Subventionen.
- 520 • Den allergrößten Teil der Investitionen müssen Länder und Kommunen leisten. Um
521 die Kommunen zu unterstützen, brauchen wir eine Gemeindefinanzreform, die 100
522 prozentige Anrechnung der kommunalen Finanzkraft im Länderfinanzausgleich und
523 einen Altschuldenfonds für überschuldete Kommunen. Die Einnahmen der
524 Vermögensteuer würden ebenfalls den Ländern zufließen.

525 Die EZB demokratisieren

526 Die EZB hat in den vergangenen Krisen versagt. Die Erhöhung der Leitzinsen war ein
527 wirkungsloser Versuch, die profitgetriebene Inflation zu bekämpfen. Dringend
528 benötigte Investitionen wurden gebremst, die Preise sind weiter gestiegen. Auf dem
529 Rücken der arbeitenden Bevölkerung hat die EZB bewiesen, dass sie aufkommende Krisen
530 nicht verhindern kann. Wir wollen die Rolle der EZB neu definieren, damit sie die
531 Menschen in der EU schützt.

- 532 • Wir fordern, dass die EZB demokratisch vom Europäischen Parlament
533 kontrolliert wird und nicht weiter dem Einfluss von Finanzlobbyist*innen
534 unterliegt. Die Führungsgremien der EZB - wie EZB-Rat, EZB-Direktorium und EZB-
535 Präsident*in - sollen vom Europäischen Parlament gewählt werden. Die
536 grundlegenden und langfristigen Zielsetzungen der Geldpolitik sollen im
537 Parlament diskutiert und entschieden werden. (TÜ [LN 109](#)) Gerade in Zeiten von
538 Finanz- und Wirtschaftskrisen sind Zentralbanken politische Schlüsselakteure -
539 eine demokratische Mitentscheidung ist hier dringend nötig.
- 540 • Neben dem Ziel der Preisstabilität soll das Mandat der EZB auf Vollbeschäftigung

541 und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Richtung ökologischer
542 Verantwortung erweitert werden. Wir wollen der EZB ermöglichen, Staaten direkt
543 zu finanzieren, um diese Ziele zu erreichen. Ein inflationäres Risiko besteht
544 nicht, weil die EZB weiterhin ihrem Inflationsziel von 2 Prozent verpflichtet
545 ist.

546 Geld und Währung müssen Teil staatlicher Souveränität bleiben, eine schleichende
547 Privatisierung lehnen wir ab. Internetgiganten und Finanztechnologieunternehmen
548 (Amazon, Paypal und Co) müssen denselben Regeln und Gesetzen unterworfen sein, wie
549 konventionelle Finanzdienstleister wie Banken und Versicherungen. Mit einer
550 öffentlichen Alternative zu den Bezahlsystemen der großen Internetkonzerne können wir
551 ihrer enormen Macht entgegenwirken.

552 • Die Linke befürwortet die Einführung des Digitalen Euro durch die EZB. Er soll
553 ein von der EZB garantiertes gesetzliches Zahlungsmittel sein, das
554 Privatpersonen in begrenztem Maße und unverzinst auf Girokonten bei der EZB
555 halten können. Er soll Bargeld nicht ersetzen, sondern als weitere bequeme Form
556 des Zentralbankgelds ergänzen.

557 • Digitale Zahlungen ermöglichen die Erstellung von persönlichen Profilen und
558 Rückschlüsse auf sensible persönliche Informationen. Bei kleinen Beträgen muss
559 das Recht auf anonymes Bezahlen gesetzlich verankert werden.

560 Die Macht der Banken und Finanzmärkte brechen

561 15 Jahre nach der Finanzkrise hat die Regierung es immer noch nicht geschafft,
562 Maßnahmen, die während der Finanzkrise versprochen wurden, umzusetzen. Dabei können
563 Krisen im Finanzsektor ganze Staaten und Sozialsysteme in den Ruin stürzen. Wir
564 wollen die Gesellschaft und die Demokratie aus dem Würgegriff der Finanzkonzerne
565 befreien. Dafür werden wir den Finanzsektor auf eine dienende Funktion für die
566 Gesellschaft zurechtstutzen.

567 • Mit lebenswichtigen Bereichen darf nicht auf den Finanzmärkten spekuliert
568 werden. Dazu gehört die öffentliche Daseinsvorsorge, aber auch Spekulationen auf
569 Nahrungsmittel. Wir wollen, dass Krankenhaus-, Pflege- und Immobilienkonzernen
570 die Börsenzulassung entzogen wird.

571 • Banken müssen verkleinert und das Investmentbanking abgewickelt werden. Wir
572 werden Banken auf ein Geschäftsmodell verpflichten, das den Bedürfnissen der
573 Gesellschaft und der Realwirtschaft dient: 1. Angebote im Bereich
574 Zahlungsverkehr, 2. einfachere und sichere Sparinstrumente und 3. Finanzierung
575 öffentlicher und privater Investitionen.

576 • Die Linke setzt sich für strengere soziale und ökologische Kriterien bei der EU-
577 Taxonomie ein. Investitionen in Atom- oder Gasenergie sind nicht nachhaltig,
578 Greenwashing etwa durch das Einbeziehen von konventionellen Schiffen und
579 Flugzeugen oder Ausgleichsmaßnahmen von Biodiversitätsverlusten lehnen wir ab.

580 • In Zukunft sollen Finanzinstrumente eine ausdrückliche Zulassung durch einen
581 Finanz-TÜV erhalten, bevor sie in Umlauf gebracht werden dürfen.
582 Finanztransaktionen, -dienstleistungen und -instrumente sind dann nur noch
583 erlaubt, wenn sie einen gesamtwirtschaftlichen und/oder gesellschaftlichen
584 Nutzen haben.

- 585 • Das globale Finanz- und Währungssystem verschärft soziale Ungleichheit, die
586 Klimakrise und Fluchtbewegungen. Wir brauchen internationale Kooperationen auf
587 Augenhöhe. Grundvoraussetzung dafür ist ein Schuldenschnitt und eine nachhaltige
588 Entschuldungsinitiative für alle Länder des Globalen Südens, deren Schuldenlast
589 nicht tragfähig ist. Private Gläubiger müssen gezwungen werden, sich an dieser
590 Schuldeninitiative zu beteiligen. Wir fordern die Einführung eines
591 Staateninsolvenzverfahrens.
- 592 • Wir fordern einen Deckel für Dispozinsen: Der Zinssatz für Dispositions- und
593 Überziehungskredite darf maximal 5 Prozentpunkte über dem Leitzinssatz der EZB
594 liegen. So schützen wir Menschen, die sich am Rande des Existenzminimums bewegen
595 und den Dispokredit oft nutzen müssen.

588 Soziale Sicherheit für alle

589 Soziale Sicherheit ist kein Almosen. Sozialpolitik sorgt dafür, dass Menschen in
590 unterschiedlichen Lebensumständen ein angemessenes Einkommen haben, auch wenn die
591 Mechanismen des Marktes nicht dafür sorgen. Dabei geht es nicht nur um die Ärmsten.
592 Familien mit Kindern brauchen Leistungen wie Wohngeld und Kindergeld, weil es heute
593 keinen „Familienlohn“ mehr gibt, der nach Familienstand unterscheidet. Es wäre
594 ungerecht, unsozial und auch nicht im gesellschaftlichen Interesse, wenn Familien mit
595 Kindern grundsätzlich ärmer wären, weil sie vom selben Einkommen auch noch die Kinder
596 durchbringen müssten und oft noch Arbeitszeit reduzieren müssen. Auch im Alter und
597 bei Erwerbslosigkeit muss dafür gesorgt sein, dass jeder und jede ein Leben in Würde
598 und Sicherheit führen kann. Nur eine Gesellschaft, wo nicht ständig die Angst vor dem
599 Abstieg herrscht, ist eine humane und auch eine produktive Gesellschaft.

600 Die Linke kämpft dafür, dass den Menschen in Notlagen ihre Würde und ihre sozialen
601 Rechte zurückgegeben werden. Armut und Erwerbslosigkeit sind nicht selbstverschuldet,
602 sondern haben oft strukturelle Ursachen. Wir kämpfen für des Recht auf
603 Existenzsicherung ohne Gängelung und Strafen.

604 • Der Regelsatz im Bürgergeld ist kleingerechnet: Der Paritätische
605 Wohlfahrtsverbandes zeigt, dass der Regelsatz bei mindestens 813 Euro liegen
606 müsste.

607 • Wir wollen das Bürgergeld zu einer »Sanktionsfreien Mindestsicherung« umbauen.
608 Anspruch haben alle, die kein ausreichendes Einkommen oder Vermögen haben. Bei
609 der Höhe orientieren wir uns an der sogenannten Armutsgefährdungsgrenze. Eine
610 alleinlebende Person würde demnach gegenwärtig rund 1.400 Euro monatlich
611 bekommen (inkl. Miete und sonstige Wohnkosten; in Regionen mit hohen Mieten
612 entsprechend mehr).

613 Eine sichere Rente für alle

614 Viele legen ihre jährliche „Renteninformation“ schnell wieder weg, weil sie wissen:
615 Das wird nicht reichen. Immer weniger Menschen haben ein planbares Berufsleben und
616 können sicher sein kann, dass ein erarbeiteter und erkämpfter Lebensstandard auch
617 Bestand hat. Das muss so nicht sein. Die gesetzliche Rente hat kein
618 Demografieproblem, sondern ein Gerechtigkeitsproblem:

619 • Für ein gerechtes Rentensystem zahlen alle Menschen mit Erwerbseinkommen - auch
620 Beamt*innen, Selbstständige, Freiberufler*innen, Manager*innen und Abgeordnete -

621 in eine »Solidarische Erwerbstätigenversicherung« ein. Das Rentenniveau kann
622 dann steigen. (TÜ [LN 158](#)) Menschen mit sogenannten Riester-Verträgen u.ä.
623 Zusatzrenten sollen ihre Verträge in die gesetzliche Rente zu überführen können.
624 Ergänzend gibt es Betriebsrenten, die mindestens zu 50 Prozent von den
625 Arbeitgeber*innen finanziert sein müssen.

- 626 • Wir wollen das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben und die
627 Beitragsbemessungsgrenze verdoppeln. Die niedrigen Rentenansprüche von Niedrig-
628 und Geringverdienenden, Erwerbslosen, Erziehenden und Pflegenden wollen wir
629 aufwerten. Ostverdienste wollen wir noch bis 2030 hochwerten, damit sich Renten
630 und Ost- und Westdeutschland angleichen.
- 631 • Die Rente erst ab 67 bedeutet Rentenkürzungen für alle, insbesondere in Berufen,
632 in denen Beschäftigte nicht so lange durchhalten können. Wir fordern eine
633 Regelaltersgrenze von 65 Jahren. Wer 40 Jahre lang gearbeitet und selbst
634 Beiträge gezahlt hat, soll, ab 60 abschlagsfrei in Rente gehen können.
- 635 • Gegen Altersarmut hilft unsere »Solidarische Mindestrente«: Für diejenigen, die
636 wegen schlechter Jobs, erzwungener Teilzeit oder Erwerbslosigkeit keine
637 auskömmliche Rente bekommen. Sie erhalten einen Zuschlag bis zur Höhe der
638 Armutsrisikogrenze von derzeit rund 1.400 Euro. Dazu kommen Kranken- und
639 Pflegeversicherungsbeiträge und in Regionen mit sehr hohen Wohnkosten ggf. einen
640 Mietzuschuss. (TÜ [LN 160](#))

641 Alle Familien stärken und entlasten, Vereinbarkeit verbessern

642 Für Die Linke ist Familie dort, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung
643 übernehmen - unabhängig von Trauschein, sexueller Orientierung und geschlechtlicher
644 Identität. Familienpolitik muss allen Menschen ermöglichen, ein gutes Leben ohne
645 Zukunftsangst zu führen und materielle Nachteile ausgleichen. Die soziale Absicherung
646 - besonders von Alleinerziehenden - muss sicher vor Armut schützen und Familie und
647 Beruf müssen leichter zu vereinbaren sein.

- 648 • Eltern brauchen Betreuungseinrichtungen, die flexible Öffnungszeiten haben,
649 damit eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet ist. Es muss
650 deshalb massiv in den Ausbau der öffentlichen und gebührenfreien
651 Kindertagesbetreuung für alle Altersgruppen investiert werden. Der
652 Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung muss verbindlich werden - und ausreichend
653 Plätze geschaffen werden.
- 654 • Um eine partnerschaftliche Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen
655 Müttern und Vätern zu fördern, wollen wir für den zweiten Elternteil ab Geburt
656 des Kindes 28 Tage Elternschutz einführen.
- 657 • Den Mindestbetrag beim Elterngeld wollen wir auf 420 Euro anheben. Mindest- und
658 Höchstbetrag sollen an die Entwicklung des allgemeinen Verbraucherpreisindex
659 gekoppelt werden. Bis zur Einführung einer Kindergrundsicherung soll das
660 Mindest-Elterngeld nicht auf Bürgergeld und Leistungen nach dem
661 Asylbewerberleistungsgesetz angerechnet werden.
- 662 • Das Ehegattensplitting wollen wir durch eine Individualbesteuerung ersetzen,
663 wobei das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum zwischen Eheleuten
664 bzw. Lebenspartner*innen übertragbar sein soll.

665 • Berufstätige Alleinerziehende wollen wir durch Finanzierung einer Haushaltshilfe
666 (einmal pro Woche) und eine Kitaplatz-Garantie entlasten. Außerdem fordern wir
667 eine Steuergutschrift, die mindestens der maximalen Wirkung des heutigen
668 Entlastungsbetrags von 2.028 Euro im Jahr entspricht und die regelmäßig erhöht
669 wird.

670 • Den Unterhaltsvorschuss machen wir gerechter, indem u. a. das Kindergeld nicht
671 mehr voll angerechnet und das Bezugsalter bis zum 25. Lebensjahr ausgeweitet
672 wird. In das Sorge- und Umgangsrecht wollen wir den Gewaltschutz verankern. Die
673 Gleichwertigkeit aller Betreuungsmodelle muss im Familienrecht und in der
674 Beratung deutlich werden.

675 • Wir wollen Arbeitszeitmodelle, die Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf
676 mit Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Statt einer
677 Flexibilisierung von Arbeitszeit, die sich lediglich an betrieblichen
678 Erfordernissen orientiert, brauchen die Beschäftigten mehr Zeitautonomie. Wir
679 wollen den Kündigungsschutz für Eltern bis zur Vollendung des sechsten
680 Lebensjahres des Kindes ausweiten. Die Situation von Berufsrückkehrer*innen nach
681 der Elternzeit stärken wir u. a. durch ein ausdrückliches Rückkehrrecht auf den
682 gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz.

683 Kinderarmut bekämpfen

684 Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, wollen wir eine Kindergrundsicherung einführen,
685 von der alle Kinder und Jugendlichen profitieren. Sie besteht aus vier Säulen:

686 1. Kindergeld für alle Kinder (379 Euro monatlich; entspricht der maximalen
687 monatlichen Entlastungswirkung des Steuerfreibetrags für Kinder und Jugendliche
688 im Jahr 2024)

689 2. Kinderzuschlag für Kinder, die in Armut leben (altersgestaffelt bis zu 353 Euro
690 monatlich)

691 3. Tatsächliche Unterkunftskosten (anteilig)

692 4. Einmalige und besondere Bedarfe (z. B. Klassenfahrten, Umzugskosten o. ä.)

693 Neben der Kindergrundsicherung wollen wir Kindern und Jugendlichen die bestmöglichen
694 Voraussetzungen für ihr Leben schaffen:

695 • Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche einen Rechtsanspruch auf gute Entfaltung
696 und soziale Teilhabe bekommen. Gleiches gilt für den Schutz vor Gewalt. Deshalb
697 wollen wir ihre Rechte im Grundgesetz verankern.

698 • Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken und andere
699 Einrichtungen für Kinder und Jugendliche müssen niedrigschwellig, barrierefrei,
700 wohnortnah und möglichst gebührenfrei sein. Dafür braucht es eine Verbesserung
701 der Finanzierungsgrundlage in den Kommunen und eine dauerhafte Ko-Finanzierung
702 durch die Länder. Die Mittel des Kinder- und Jugendplanes des Bundes müssen
703 dafür ebenfalls aufgestockt werden. Bereits im Vorschulalter müssen Kinder
704 lernen, sexualisierte Übergriffe und Gewalt zu erkennen und Erwachsene zu
705 informieren, wenn sie dies erlebt oder beobachtet haben.

706 Selbstbestimmtes Altern ermöglichen

707 Viele Menschen sind im Alter besonders auf Unterstützung angewiesen. Dabei geht es
708 nicht nur um finanzielle Leistungen, sondern auch um altersgerechte Beratungs-,

709 Kultur- und Freizeitangebote. Wir setzen uns für eine neue Kultur des Alterns in
710 dieser Gesellschaft ein. Es geht um selbstbestimmtes Altern in Würde, ohne
711 Diskriminierungen, Armut und Abstiegsängste. Senior*innen müssen in allen
712 gesellschaftlichen Bereichen gleichberechtigt teilhaben können.

713 • Wir wollen, dass ältere Menschen einen Rechtsanspruch auf Leistungen der
714 Altenhilfe bekommen. Wir wollen Altersdiskriminierung verbieten: Artikel 3 (3)
715 GG soll um das Merkmal Alter ergänzt werden. Überall in den Kommunen müssen
716 Seniorenvertretungen eingerichtet werden.

717 • Der altersgerechte Umbau von Wohnungen durch kommunale und genossenschaftliche
718 Wohnungsunternehmen ist vorrangig mit staatlichen Mitteln zu unterstützen. Wir
719 wollen eine Quote für altersgerechte und barrierefreie Wohnungsangebote und ein
720 gesetzliches Räumungsverbot gegenüber älteren Menschen. Wohnungstauschbörsen mit
721 Mietpreisbindung wollen wir fördern. Seniorengerechtes, betreutes Wohnen muss in
722 die Richtlinien des sozialen Wohnungsbaus mit bundesweiten Qualitätsstandards
723 verankert werden.

724 • Für Mobilität und soziale Teilhabe von älteren Menschen wollen wir ein
725 vergünstigtes bundesweites Senior*innen-Ticket (siehe Kapitel Mobilität).

711 Gesundheit und Pflege: Solidarität statt Wettbewerb

712 Beim Zustand des Gesundheitssystems in Deutschland bleibt nur die Hoffnung: Bloß
713 nicht krank werden. Die Arbeitsbedingungen sind eine Katastrophe, als
714 Kassenpatient*in wartet man ewig auf einen Termin - und im Wartezimmer nochmal. Doch
715 eine gute gesundheitliche Versorgung für alle ist keine Utopie, sondern eine
716 Verteilungsfrage. Wir können eine gute Gesundheitsversorgung für alle erreichen, wenn
717 wir mit der Profitorientierung brechen und die Gesundheitsversorgung nach sozialen
718 und medizinischen Kriterien ausrichten. (TÜ [LN 232](#))

719 Das ist bitter nötig, denn der Ist-Zustand ist untragbar: Auf dem Land bricht die
720 Versorgung weg und Patient*innen müssen teils stundenlange Wege in Kauf nehmen.
721 Gleichzeitig sind viele Behandlungen unnötig und werden von Krankenhauskonzernen und
722 Ärzt*innen angeboten, weil es sich lohnt. Die Privatisierung und Ökonomisierung (TÜ
723 [LN 232](#)) des Gesundheitswesens ist ungerecht - und ineffizient. Trotzdem haben
724 Lauterbach und die Ampel-Regierung eine Krankenhausreform durchgepeitscht, die die
725 Versorgung (nicht nur) auf dem Land bedroht und weiter auf Wettbewerb zwischen den
726 Kliniken setzt.

727 Wer arm ist, stirbt früher, wird häufiger schwer krank oder pflegebedürftig. Schuld
728 daran sind z.B. schlechte Arbeits- und Wohnbedingungen, prekäre Lebensverhältnisse,
729 kaum Förderung von Prävention und gesunden Lebensweisen. Wir wollen ein gesundes
730 Leben unabhängig vom eigenen Geldbeutel in allen Lebensbereichen ermöglichen!
731 Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus müssen bundesweit Zugang zur regulären
732 Gesundheitsversorgung erhalten. Gesundheit darf keine Klassenfrage mehr sein - und
733 deshalb auch keine Frage der Krankenkasse.

734 • Wir streiten für eine Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung. Alle
735 zahlen ein, Beiträge werden auf alle Einkommen erhoben, alle werden gut
736 versorgt. Die Beitragsbemessungsgrenze fällt weg. Auch auf Einkommen aus
737 Kapitalerträgen und andere Einkommensarten müssen Beiträge gezahlt werden.

738 Privat Krankenversicherte werden in die gesetzliche Versicherung einbezogen.
739 Dadurch sinkt der Beitrag für die Krankenversicherung von derzeit 17,1 auf etwa
740 13,3 Prozent des Bruttolohns. Für alle Menschen mit einem Monatseinkommen unter
741 etwa 7.100 Euro sinken die Beiträge. Der allergrößte Teil der Bevölkerung wird
742 durch dieses Konzept finanziell entlastet, auch viele Selbstständige und
743 Rentner*innen.

- 744 • Unsere Solidarische Pflegevollversicherung soll alle pflegerischen Leistungen
745 abdecken. Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien müssen keinen Eigenanteil
746 zahlen. Keine Pflegeleistung darf aus Kostengründen verweigert werden!
- 747 • Mit der Pflegevollversicherung werden die Kommunen entlastet, weil sie nicht
748 mehr für die Eigenanteile der Pflegebedürftigen aufkommen müssen

749 Für die Beschäftigten bedeutet der ständige Kostendruck im Gesundheitssystem Stress
750 und Überlastung. Viele Kolleg*innen haben dem Beruf den Rücken gekehrt, der
751 Personalmangel verschärft den Stress - ein Teufelskreis. Für die Patient*innen heißt
752 das: Mehr vermeidbare Infektionen, weniger Versorgung, tausende vermeidbare
753 Todesfälle im Krankenhaus pro Jahr.

- 754 • Solidarität mit den Beschäftigten, die für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen!
755 Wir fordern flächendeckende Entlastungstarifverträge haben (siehe Kapitel
756 Arbeit), bessere Arbeitsbedingungen und eine bundesweite Offensive zur
757 Rückanwerbung für Pflegekräfte und weitere Beschäftigte im Gesundheitswesen, die
758 den Beruf verlassen. Wir fordern zudem eine Ausbildungsinitiative und
759 allgemeinverbindliche Tarifverträge (s. Kapitel Arbeit) (TÜ [LN 252](#))
- 760 • Für eine gesetzlich vorgeschriebene **Personalbemessung**, bei der es am Ende auch
761 mehr Personal gibt, für Schichtpläne ohne Stress. Es braucht mindestens 100 000
762 zusätzliche Pflegekräfte in den Krankenhäusern!
- 763 • Kein Outsourcing, um Löhne zu drücken oder Tarifverträge zu umgehen! Wir
764 unterstützen die Kämpfe der Beschäftigten im Gesundheitswesen für die Rücknahme
765 von Ausgliederungen und Privatisierungen (etwa der Küchen- und
766 Reinigungsdienstleistungen oder der Logistik). Es muss gelten: Ein Haus, ein
767 Tarif!

768 Es braucht eine wohnortnahe, kostenlose Gesundheitsversorgung. Dafür muss der Bund
769 sektorenübergreifende Behandlung und regionale Grundversorgung verlässlich und
770 ausreichend zu finanzieren.

771 Das Krankenhaus-Reformgesetz der Ampel-Regierung ist halbherzig: Es hält an den
772 Fallpauschalen fest, enthält keine echten Standortgarantien für notwendige
773 Einrichtungen und sichert die niedrigschwellige, wohnortnahe Gesundheitsversorgung
774 nicht finanziell - ausgerechnet gemeinnützige und ländliche Krankenhäuser sind
775 besonders von der Schließung bedroht. (TÜ [LN 232](#))

- 776 • Wir wollen, dass die notwendigen Betriebskosten der Krankenhäuser von den
777 Krankenkassen vollständig finanziert werden, die Fallpauschalen müssen
778 vollständig abgeschafft werden. Dadurch sind Gewinne und Verluste weitgehend
779 unmöglich. Private Konzerne dürften zwar weiter Krankenhäuser betreiben, aber
780 ohne Gewinnmöglichkeit werden sie daran kein Interesse mehr haben. Wir wollen
781 private Krankenhäuser, die private Betreiber aufgeben wollen, in öffentliche
782 Hand überführen. Hierzu können Kommunen und Länder auf den Re-

783 Kommunalisierungsfonds zugreifen (s. Abschnitt Öffentliche Daseinsvorsorge).

784 • Die Länder sind für die Investitionskosten der Krankenhäuser zuständig, zahlen
785 dafür aber seit Jahrzehnten viel zu wenig. Dadurch haben wir einen massiven
786 Investitionsstau, Personalmittel werden für Baumaßnahmen eingesetzt. Der
787 Pflegenotstand nimmt zu. Bund und Länder müssen nachhaltig in die Krankenhäuser
788 investieren! Die Vermögensteuer kann ihnen dabei helfen.

789 **Ambulante Versorgung**

790 Arztpraxen sind oft schlecht erreichbar und selten barrierefrei. Die
791 Terminvereinbarung ist kompliziert und die Wartezeit hängt vom Versichertenstatus ab.
792 Die Linke tritt für eine gute, flächendeckende, barrierefreie und bedarfsdeckende
793 gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land ein. Wir wollen kommunale
794 Versorgungszentren als Rückgrat der wohnortnahen Gesundheitsversorgung fördern! Sie
795 sollen zentrale Anlaufstelle für Patient*innen sein und die ambulante Versorgung mit
796 akutstationären, notfallmedizinischen, psychotherapeutischen, (gemeinde-
797)pflegerischen und weiteren therapeutischen Behandlungen verbinden. Wir wollen, dass
798 stationäre und ambulante Versorgung gemeinsam im Interesse des Gemeinwohls geplant
799 und gestaltet wird.

800 • Gesundheitsberufe wie Apotheker*innen, Pflegekräfte, Therapeut*innen
801 (Heilmittel), Hebammen, medizinische Fachangestellte und Notfallsanitäter*innen
802 bringen ihre speziellen Kompetenzen mit und sind für eine gute Versorgung
803 unentbehrlich. Sie sollen stärker eigenverantwortlich behandeln und versorgen
804 können. Wir wollen die Befugnisse der Heilberufe ausweiten und eine
805 flächendeckende Versorgung gewährleisten.

806 • Die psychotherapeutische Versorgung deckt in vielen Regionen bei Weitem nicht
807 den Bedarf. Solange nicht genügend zugelassene Psychotherapeut*innen zur
808 Verfügung stehen, müssen Therapien über das Kostenerstattungsverfahren
809 unbürokratisch möglich sein. Dafür brauchen wir eine grundlegende Reform der
810 Bedarfsplanung für vertragspsychotherapeutische Kassensitze, die sich nach dem
811 realen Bedarf richtet. Die Ausbildungskosten für zukünftige
812 Psychotherapeut*innen müssen gedeckelt werden und die Vergütung an Tarifverträge
813 angelehnt werden. Die Finanzierung der Ausbildung durch die
814 Weiterbildungsstätten muss gesetzlich geregelt werden. (TÜ [LN 169](#) & [LN 170](#))

815 • Private Kapitalgesellschaften (insbesondere Private Equity) investieren in
816 großem Stil in Pflegeeinrichtungen und medizinische Versorgungszentren (MVZ),
817 trimmen sie auf Profite und verkaufen sie teurer weiter. Das wollen wir stoppen!

818 • Wir wollen, dass die elektronische Patientenakte konsequent auf die Verbesserung
819 der Behandlungen ausgerichtet ist und nicht - riesige Datenmengen ohne Wissen
820 der Patient*innen auch für kommerzielle Player freigegeben werden.

821 • Für digitale Gesundheitsanwendungen brauchen wir wissenschaftliche
822 Bewertungsverfahren. Wir wollen Open-source-Anwendungen öffentlich fördern!

823 **Bezahlbare Medikamente für alle! Die Macht der Pharmaindustrie durchbrechen**

824 Die gesetzlichen Krankenkassen geben in Deutschland über 50 Milliarden Euro für
825 Arzneimittel aus - mit schnell steigender Tendenz - und obwohl Patient*innen für
826 Arzneimittel zuzahlen müssen. Für neue Arzneimittel verlangen die Pharmakonzerne

827 Fantasiepreise und machen Milliardenprofite. Keiner der Versuche, die Preise für neue
828 Arzneimittel zu regulieren, konnte die Kostenexplosion wirksam begrenzen. Wir wollen
829 den Einfluss der Pharmakonzerne zurückdrängen. Es braucht öffentliche Kontrolle über
830 die Arzneimittelforschung. Preise müssen in der EU einheitlich festgelegt werden. Wir
831 wollen gezielt Gelder bereitstellen, um die Forschung zu öffentlicher Gesundheit
832 (Public Health) und die nichtkommerzielle klinische Forschung zu stärken.

833 Pflege darf kein Armutsrisiko sein!

834 Die Eigenanteile in der Pflege sind so hoch, dass sie meist alle Rücklagen und die
835 Rente auffressen und dann die Kosten von den Kommunen getragen werden.
836 Pflegeeinrichtungen gelten als lukratives Investment. Die Gewinne steigen, aber das
837 hat seinen Preis: Der Stress für Pflegekräfte steigt und die Versorgung der
838 Bewohner*innen wird schlechter. Wir wollen Pflegekonzerne aus der stationären Pflege
839 herausdrängen. Die Finanzierung muss auf Kostendeckung ausgerichtet werden. Wir setzen
840 uns für einen Systemwechsel in der Pflege ein: Für gute Arbeitsbedingungen und
841 Entlastung der Beschäftigten in den Pflegeeinrichtungen. Wir wollen private
842 Pflegeeinrichtungen in öffentliche Hand überführen.

- 843 • Die Kostenspirale der Eigenanteile muss gebrochen werden: Wir wollen sie
844 kurzfristig senken und deckeln. Mit unserer Pflegevollversicherung werden sie
845 abgeschafft.
- 846 • Es braucht 100 000 zusätzliche Pflegekräfte in den Pflegeheimen! Hunderttausende
847 Pflegekräfte können sich vorstellen, in den Beruf zurückzukehren - bei besseren
848 Arbeitsbedingungen.
- 849 • Die Berufe von Kranken- und Altenpflege sind zusammengelegt worden. Trotzdem
850 besteht noch eine Lohnlücke von etwa 300 Euro: Sie muss geschlossen werden. Alle
851 Pflegekräfte sind Fachkräfte und verdienen eine entsprechende Entlohnung.
- 852 • Pflegenden Angehörige müssen viel besser unterstützt werden! Das
853 Pflegeunterstützungsgeld reicht nicht aus: Wir wollen für alle Beschäftigten
854 sechs Wochen Freistellung bei vollem arbeitgeberfinanziertem Lohnausgleich beim
855 ersten Auftreten eines familiären Pflegefalls. Außerdem setzen wir uns dafür
856 ein, dass alle pflegenden Angehörigen Geldleistungen und Rentenpunkte erhalten.
- 857 • Die größte Entlastung sowohl für Menschen mit Pflegebedarf als auch für ihre
858 pflegenden Angehörigen sind wohnortnahe, nichtkommerzielle und von einer
859 Solidarischen Pflegevollversicherung abgedeckte professionelle Tages- und
860 Kurzzeitpflege sowie unbürokratisch zugängliche Entlastungsangebote.
- 861 • Keine Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte in der Pflege! Die „24-Stunden-
862 Betreuung“ ist eine Zumutung für alle Beteiligten. Die prekäre Lage dieser
863 Menschen in ihren Herkunftsländern wird für eine Beschäftigung unter
864 inakzeptablen Bedingungen ausgenutzt. Es braucht endlich eine Regulierung dieser
865 Beschäftigungsverhältnisse mit Sozialversicherungsschutz, gesetzlicher
866 Arbeitszeit, Urlaub und Mindestlohn

867 Prävention und Beratung statt Strafverfolgung in der Drogenpolitik

868 Ein Verbot von Drogen reduziert weder den Drogenhandel noch senkt es wirksam den
869 Konsum. Viele Probleme entstehen erst durch die Kriminalisierung, etwa
870 Gesundheitsschäden durch Verunreinigungen, der soziale Absturz von Menschen mit

871 Suchtproblemen und die Förderung der organisierten Kriminalität. Zugleich bindet die
872 Repression große finanzielle Mittel.

873 Wir wollen ein Werbe- und Sponsoring-Verbot für Tabak, Alkohol, andere Drogen sowie
874 Glücksspielangebote einführen, begleitet von Aufklärungskampagnen zu Alkohol-, Drogen
875 und Spielsucht. Diese Suchtmittel sind gesellschaftlich oft weitgehend akzeptiert
876 aber haben gravierende Folgen. Wir wollen wir Spielautomaten in Gaststätten
877 verbieten.

878 Wir wollen die Kriminalisierung von Drogenkonsumierenden beenden und dafür den
879 Kampf gegen die organisierte Kriminalität stärken. Für häufig gebrauchte Drogen
880 braucht es hierfür bundeseinheitliche Höchstmengen, bei deren Besitz keine
881 Strafverfolgung erfolgt.

882 • Wir wollen eine vollständige Legalisierung von Cannabis und die dafür
883 notwendigen Änderungen auf EU- und UN-Ebene.

884 • Für alle Drogen, inklusive Alkohol, werden Grenzwerte für die Blutkonzentration
885 festgelegt, bei denen die Fahrtüchtigkeit nach wissenschaftlich-medizinischen
886 Gesichtspunkten nicht beeinträchtigt wird. Höhere Konzentrationen im
887 Straßenverkehr werden geahndet. Damit wollen wir das Nüchternheitsgebot endlich
888 sachgerecht durchsetzen.

889 • Im Vordergrund muss stehen: Leben retten. Deshalb wollen wir einen
890 flächendeckenden Zugang zu Drogenkonsumräumen, sterilen Konsumutensilien und
891 Medikamenten gegen Überdosierung. Die Analyse von Drogen auf gefährliche
892 Beimischungen und Verunreinigungen (Drugchecking) muss flächendeckend verfügbar
893 sein.

894 • Wir stärken Präventions-, Beratungs- und Hilfsangebote.

885 Eine friedliche Welt ist möglich

886 Für Die Linke ist Krieg kein legitimes Mittel der Politik. Unsere Vision ist die
887 eines friedlichen Deutschlands in einer demokratischen, sozialen und friedlichen EU,
888 in der das Primat des Zivilen gilt. Wir wollen eine Politik, die bei
889 Ungerechtigkeiten und Gewalt in der Welt nicht wegschaut, sondern sich mit
890 friedlichen Mitteln einmischt und an der Seite der Angegriffenen und Unterdrückten
891 steht. Eine Außenpolitik, die immer nach friedlichen, zivilen Lösungen sucht und
892 nicht mit dem Finger am Abzug denkt. Eine Außenpolitik, für die Menschenrechte
893 unteilbar sind und bei der keine doppelten Standards gelten. Unsere Perspektive ist
894 nicht die des Generals, sondern die der betroffenen Menschen. Denn auch im Krieg gibt
895 es einen Klassengegensatz. Die arbeitende Klasse hat das stärkste und unmittelbarste
896 Interesse am Frieden, denn sie hat im Krieg alles zu verlieren und nichts zu
897 gewinnen.

898 Deutschland ist ein Land, von dem zwei furchtbare Weltkriege ausgingen und das für
899 immer dem Antimilitarismus verpflichtet ist. Die Außenpolitik der letzten Jahrzehnte
900 war weit davon entfernt, diesem Anspruch gerecht zu werden. Deutschland und die EU
901 tragen durch wirtschaftliche Abhängigkeiten, Waffenexporte und die Unterstützung
902 autoritärer Regime in verschiedenen Teilen der Welt oft selbst dazu bei, Konflikte zu
903 verschärfen. Die Welt wird immer unsicherer. Imperialistische Angriffskriege wie der
904 von Russland gegen die Ukraine oder von der Türkei in Nordostsyrien bedrohen

905 Millionen Menschen an Leib und Leben.

906 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über
907 Profitinteressen stellt. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern,
908 ohne kriegerisch zu werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die
909 Gesellschaft und zerstört die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg
910 heißt das, dass wir eng an der Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen
911 und uns für massive humanitäre Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische
912 Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen
913 Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss unverzüglich beendet werden, und der Rest
914 der Welt darf nicht wegsehen. Aber wir fordern einen Strategiewechsel: Statt immer
915 mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine gemeinsame Initiative der
916 Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen Staaten des globalen
917 Südens, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. Gezielte Sanktionen, die
918 direkt auf die Kriegskasse des Kreml zielen und nicht gegen die russische Bevölkerung
919 gerichtet sind können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden für die
920 Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder indirekt
921 an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck
922 aufzubauen.

923 Im Krieg in der Ukraine zeigt sich, wie gefährlich die Konfrontation zwischen den
924 geopolitischen Machtblöcken geworden ist. Das Machtgefüge der Welt verschiebt sich.
925 Die Vormachtstellung des Westens, insbesondere der USA, wird durch neue Blöcke, wie
926 die BRICS-Staaten, infrage gestellt. Dabei versuchen alle Akteure, mit allen Mitteln
927 mehr Einfluss zu gewinnen und vorhandenen Einfluss gewaltsam zu verteidigen. Wir
928 verurteilen dieses Denken und Handeln, in der Ukraine, im Nahen Osten und in allen
929 Krisengebieten der Welt. Wir wollen, dass die Menschen in der Ukraine selbstbestimmt,
930 demokratisch und souverän über ihr Zusammenleben entscheiden können - genauso wie in
931 Palästina, Kurdistan und überall auf der Welt.

932 Auch für den Krieg im Nahen Osten gibt es keine militärische Lösung: Niemals darf ein
933 Menschenrechtsverbrechen als Rechtfertigung für ein anderes Menschenrechtsverbrechen
934 herangezogen werden. Das Unrecht der Besetzung der palästinensischen Gebiete ist
935 niemals eine Rechtfertigung für den menschenverachtenden Terror der Hamas - und
936 genauso rechtfertigt der 7. Oktober nicht die brutalen Völkerrechtsverbrechen der
937 israelischen Armee in Gaza oder im Libanon. Wir unterstützen die Bemühungen des
938 Internationalen Strafgerichtshofs, die Verantwortlichen auf beiden Seiten zur
939 Verantwortung zu ziehen. Unser Ziel ist ein sicheres, selbstbestimmtes und
940 gleichberechtigtes Leben der Menschen in Israel und Palästina im Rahmen einer
941 weiterentwickelten, gerechten Zwei-Staaten-Lösung.

942 Wir wollen die weltweite Spirale von Aufrüstung und Konfrontation durchbrechen. Das
943 drohende Wettrüsten und die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen führen nicht
944 zu mehr, sondern zu weniger Sicherheit für die Menschen in Deutschland, Europa und
945 der ganzen Welt. Von einem Rüstungswettlauf profitieren vor allem die
946 Rüstungskonzerne und ihre Anteilseigner. Er geht zu Lasten des sozialen Fundamentes
947 der Demokratie und der dringend nötigen Zukunftsinvestitionen überall. Dagegen
948 braucht es eine ganz andere, eine friedenspolitische Zeitenwende - für eine
949 Sicherheitspolitik ohne militärischen Tunnelblick.

950 Die Linke strebt eine kooperative Sicherheitspolitik in Europa an. Die NATO ist dafür

951 nicht geeignet. Die NATO ist keine Wertegemeinschaft, sondern ein reines
952 Militärbündnis zur Durchsetzung nationaler und wirtschaftlicher Interessen, immer
953 wieder und seit vielen Jahrzehnten auch mit militärischer Gewalt. Weder der
954 Afghanistankrieg, noch der Irakkrieg, noch die weiteren zahlreichen
955 Völkerrechtsbrüche durch NATO-Mitglieder haben Europa sicherer gemacht. Wir haben
956 dann eine Chance auf eine friedlichere Zukunft in Europa, wenn wir aus Fehlern lernen
957 und uns rückbesinnen auf die Prinzipien der Entspannungspolitik. Kein Kalter Krieg
958 2.0, sondern eine OSZE 2.0, das ist unsere Vision eines friedlichen Europas. Eine
959 gemeinsame Sicherheitsarchitektur für Europa soll die NATO mittelfristig ersetzen.
960 Langfristig kann sie auch Russland und die Türkei miteinbeziehen - Voraussetzung wäre
961 die Beendigung aller Angriffskriege. Globale Sicherheit gibt es nur durch eine
962 gerechte Neuordnung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auf der Welt. Auch dafür
963 setzen wir uns ein.

964 Wir wollen Diplomatie stark machen - und EU und Bundesrepublik international wieder
965 glaubwürdig. Denn die fehlende Glaubwürdigkeit, etwa angesichts der
966 Völkerrechtsbrüche von NATO-Verbündeten, wie der USA, der Türkei oder Saudi-Arabien,
967 ist selbst ein Sicherheitsrisiko für Europa. Das verhindert diplomatische Erfolge,
968 siehe die fehlende internationale Unterstützung der Sanktionen gegen Russland. Eine
969 EU, die nicht mehr Teil der Blockkonfrontation ist, sondern im UN-System glaubwürdig
970 und ohne Doppelstandards für einen Interessenausgleich eintritt, würde auf zivilen
971 Weg ihr politisches Gewicht deutlich erhöhen.

972 ..

973 • Um endlich einen Friedensprozess für die Ukraine zu ermöglichen, muss die
974 Bundesregierung Friedensinitiativen wie die von China und Brasilien endlich
975 aufgreifen und sich aktiv für eine gemeinsame diplomatische
976 Verhandlungsoffensive einsetzen, unterstützt durch gezielte Sanktionen, die
977 nicht gegen die Breite der Bevölkerung gerichtet sind.

978 • Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland und keine
979 weitere Aufrüstung in Deutschland und Europa. Die europäischen NATO-Staaten
980 geben heute schon - kaufkraftbereinigt - sehr viel mehr Geld für das Militär aus
981 als Russland. Sicherheit ist ohne Aufrüstung organisierbar.

982 • Wir wollen die Bundeswehr aus allen Auslandseinsätze abziehen und sie strikt auf
983 Landesverteidigung ausrichten. Wir wollen, dass sie zu einer strukturell nicht
984 angriffsfähigen Verteidigungsarmee umgebaut wird.

985 • Wir wollen die nukleare Teilhabe der Bundeswehr beenden. Alle US-Atomwaffen
986 müssen aus Deutschland abgezogen werden.

987 • Diplomatischen Druck für einen sofortigen Waffenstillstand und einen
988 nachhaltigen Friedensprozess in Israel und Palästina. Beendigung der deutschen
989 Waffenexporte nach Israel, Anerkennung Palästinas als eigenen Staat in den
990 Grenzen von 1967 und Druck der Bundesregierung auf die Staaten der Region,
991 Israel als Staat anzuerkennen.

992 • Deutschland muss die Bemühungen des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) zur
993 juristischen Aufarbeitung und Verfolgung der Verbrechen im Kontext des Nahost-
994 Krieges seinen Verpflichtungen als Vertragspartner gemäß unterstützen.

995 • Wir wollen das Geschäft mit dem Krieg beenden und Rüstungsexporte verbieten. Wir

996 fordern eine gezielte Förderung der Umstellung von Rüstungsbetrieben auf zivil
997 notwendige Produkte.

998 • Wir stellen uns gegen eine Militarisierung der Gesellschaft: Keine
999 Wiedereinführung der Wehrpflicht, kein Werben fürs Sterben an unseren Schulen
1000 und Universitäten. Zivilklauseln für Hochschulen ohne Militär wollen wir
1001 verteidigen und ausbauen.

1002 • Stärkung und Reform der Vereinten Nationen: Die UN-Generalversammlung, in der
1003 alle Mitglieder der Vereinten Nationen vertreten sind, muss gegenüber dem
1004 undemokratischen UN-Sicherheitsrat stärkere Entscheidungsrechte erhalten, vor
1005 allem bei Fragen zur Wahrung des Weltfriedens.

1006 • Wir unterstützen alle Abrüstungsbemühungen von unten, bei denen die globale
1007 Zivilgesellschaft für eine grenzübergreifende Eindämmung des Rüstungswahnsinns
1008 eintritt. Wir unterstützen globale Initiativen zur Abrüstung und zur Reduzierung
1009 der Militärausgaben, um so die Logik des Rüstungswettlaufes zu durchbrechen und
1010 das Geld für Zukunftsinvestitionen zu nutzen.

1011 Für eine EU, die Teil der Lösung ist

1012 Wir wollen eine soziale EU, die internationalem Ausgleich und dem Frieden
1013 verpflichtet ist anstatt Löhne zu drücken und Blockkonfrontation und
1014 Standortkonkurrenz zu verschärfen. Wir wollen ein soziales und demokratisches Europa,
1015 das den Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen hilft. Eine Friedens-Union,
1016 die Demokratie fördert und in globale Gerechtigkeit investiert statt in
1017 Konfrontation. Wir treten für Entspannungspolitik ein und wollen die Militarisierung
1018 Europas stoppen.

1019 • Wir wollen massive öffentliche Investitionen in Soziales, Bildung, Gesundheit
1020 und den klimagerechten Umbau. Doch der „Stabilitäts und Wachstumspakt“
1021 beschneidet die Demokratie in den Mitgliedstaaten und legt sie auf eine
1022 neoliberale Finanzpolitik fest. Wir wollen das ändern: Die EU braucht eine
1023 Investitionsoffensive ohne Handbremse. Dafür müssen auch Defizit- und
1024 Schuldenregeln in Europa angepasst werden. Auch soziale Rechte müssen in der EU
1025 unteilbar sein.

1026 • Die soziale Kohäsion muss Priorität der EU-Politik werden, um die
1027 Lebensverhältnisse der Menschen in der gesamten Europäischen Union zu
1028 verbessern. Die Angleichung der sozialen Lage beugt Standortverlagerung,
1029 Lohndumping und Abwanderung von Fachkräften vor, Regionen dürfen nicht
1030 gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen eine solidarische Erweiterung der
1031 Europäischen Union, dafür ist die Einhaltung sozialer, ökologischer und
1032 demokratischer Standards notwendig. Beitritts Hilfen sollen der Entwicklung der
1033 jeweiligen Länder dienen und sie in die Lage versetzen, diese Standards zu
1034 erfüllen, damit auch die Menschen vor Ort profitieren. Um erweiterungsfähig zu
1035 werden, bedarf es ebenso Reformen der EU27.

1036 • Wir wollen, dass das Europäische Parlament endlich das volle Initiativrecht
1037 bekommt und eigene Gesetzesvorschläge einbringen kann. Grundlegende
1038 Entscheidungen müssen vom Europaparlament getroffen werden - statt von
1039 exekutiven Gremien wie Kommission, Eurogruppe oder Rat. Die hohen Hürden für
1040 europäische Bürgerinitiativen müssen gesenkt werden: Wir wollen EU weite

1041 Volksbegehren und Volksentscheide ermöglichen. Alle Menschen sollen in den EU-
1042 Staaten, in denen sie leben, die gleichen Rechte haben.

1043 • Der Ausschuss der Regionen soll gestärkt werden, indem er in die
1044 Entscheidungsstruktur der EU-Institutionen einbezogen wird, um die lokalen
1045 Perspektiven sowie Erfahrungen in Politikgestaltung einzubinden.

1046 • Friedensunion statt Festung Europa! Wir stellen uns der weiteren Aufrüstung der
1047 EU und die Militarisierung der europäischen Grenzen entgegen. Deals zum Zweck
1048 der Abschottung gegen Geflüchtete lehnen wir ab. Die Abschottungsagentur Frontex
1049 muss umgewandelt werden in eine europäische Rettungsmission.

1050 • Wir wollen ein Europa ohne Massenvernichtungswaffen. Die EU muss dem
1051 Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und sich für eine Wiederauflage des Vertrags
1052 über Abrüstung und Vernichtung von Mittel- und Kurzstreckenraketen in ganz
1053 Europa einsetzen. Ziel muss die Beseitigung aller Atomwaffen sein.

1054 Für globale Gerechtigkeit

1055 Jahrhunderte kolonialer Ausbeutung und die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung sind
1056 Ursache für die großen Ungleichheiten zwischen den westlichen Industriestaaten und
1057 den Ländern des Südens. Auch global gilt: Kein Frieden, keine Sicherheit ohne soziale
1058 Gerechtigkeit. Was wir wirtschafts- und sozialpolitisch für Deutschland fordern,
1059 wollen wir auch global durchsetzen - gemeinsam und solidarisch mit den sozialen
1060 Bewegungen und den fortschrittlichen Parteien weltweit.

1061 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die regionale Wirtschaftsbündnisse unterlaufen
1062 oder gefährden, müssen ebenso beendet werden wie solche, die neoliberale
1063 Struktur Anpassungen erzwingen.

1064 Trotz gegenteiliger Ankündigung in ihrem Koalitionsvertrag hatte die Ampelregierung
1065 bei Entwicklungspolitik und humanitärer Hilfe rigoros Kürzungen vorgenommen. Wir
1066 wollen diesen Entwicklung umkehren, wir wollen soziale Gerechtigkeit weltweit und
1067 nehmen die UN-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDG) zum Maßstab.

1068 • Wir fordern eine globale Mindeststeuer auf Unternehmen und eine globale
1069 Milliardensteuer, Regulierung der Finanzmärkte und Einführung einer
1070 Finanztransaktionssteuer, faire Kooperationsabkommen anstelle von
1071 Freihandelsabkommen. Es braucht einen Schuldenschnitt für Länder des globalen
1072 Südens und eine Entschuldungsinitiative.

1073 • Die finanzielle Unterstützung bei Klimaschutz und Minderung von Klimaschäden für
1074 Länder des globalen Südens muss massiv erhöht werden. (siehe Kapitel Klima)

1075 • Es braucht eine Anhebung der Finanzierungshöhe der Entwicklungshilfe auf die
1076 vereinbarten 0,7 Prozent. Zentrale Leitlinien für entwicklungspolitische
1077 Maßnahmen müssen die Einhaltung von Menschenrechten, Schutz von Frauen, Mädchen
1078 und LSBTIQ+ und Schutz von Kindern und Jugendlichen sein. Eine Verwendung von
1079 Entwicklungshilfegeldern für zivil-militärische Zusammenarbeit oder die
1080 Abschottung gegen Geflüchtete lehnen wir ab.

1081 • Deutschland und die EU müssen Ernährungssouveränität sicherstellen, Landraub
1082 durch Großkonzerne verhindern, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern fördern, lokale
1083 Produzenten vor Preis-Dumping und Verdrängung schützen, Spekulation mit
1084 Nahrungsmitteln verbieten.

1085 • Das Menschenrecht auf Gesundheit stärken! Medikamente und Impfstoffe, die über
1086 mit Steuergeldern finanzierte Forschung entwickelt werden, müssen lizenzfrei zur
1087 Nachproduktion zur Verfügung gestellt werden.

1088 • Das Lieferkettengesetz wollen wir erhalten und die zentralen Regelungen in Bezug
1089 auf Einhaltung von Menschenrechten, Arbeits- und Gesundheitsschutz und
1090 Bekämpfung von Kinderarbeit stärken.

1042 Arbeit, die zum Leben passt

1043 Gute Arbeit ist ein Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben, in dem wir uns selbst
1044 entwickeln und am Freizeit- und Kulturleben teilnehmen können. Arbeit darf nicht
1045 krank machen. Die Klagen über schlechte Arbeitsbedingungen nehmen aber immer weiter
1046 zu. Ein riesiger Niedriglohnbereich wurde geschaffen, Befristungen und Leiharbeit
1047 gefördert und in vielen Branchen häufen sich die Berichte von Beschäftigten über
1048 Überlastung im Job. Immer öfter fehlt aufgrund von Fehlplanung und schlechten
1049 Arbeitsbedingungen ausreichend Personal oder die Arbeit wird verdichtet.

1050 Der Fachkräftemangel ist inzwischen allgegenwärtig. Die Arbeitsbedingungen müssen
1051 sich ändern. Produktives Arbeiten bis zur Rente ist nur mit stärkerer Entlastung,
1052 besserer Vereinbarkeit und mehr Mitbestimmung möglich. Beschäftigte erwarten zu
1053 Recht, dass ihre Arbeit zu ihrem Leben passen muss. Das ist auch volkswirtschaftlich
1054 vernünftig. (TÜ [LN 253](#))

1055 Schluss mit schlechten Löhnen und unsicheren Jobs

1056 Löhne müssen für ein gutes Leben mit Kindern reichen. Doch jede*r Sechste in
1057 Deutschland bekommt für die eigene Arbeit nur einen Niedriglohn, mit dem man kaum
1058 über den Monat kommt - in Ostdeutschland fast jede*r Vierte. Laut EU soll der
1059 gesetzliche Mindestlohn mindestens 60 Prozent des mittleren Einkommens betragen, in
1060 Deutschland liegt er deutlich darunter. Die EU fordert auch Maßnahmen, um 80% der
1061 Beschäftigten durch Tarifverträge zu schützen: in Deutschland ist es derzeit nur
1062 jede*r Zweite. Trotzdem hat die Ampelregierung die europäische Mindestlohn-Richtlinie
1063 nicht umgesetzt - obwohl diese geltendes Recht ist.

1064 • Gesetzlichen Mindestlohn entsprechend der Mindestlohn-Richtlinie erhöhen! Für
1065 2025 wären das 15 Euro. Jährlich muss er um die Inflationsrate steigen. Er muss
1066 ohne Ausnahmen für alle Beschäftigten gelten, auch für Jugendliche. (TÜ [LN 177](#))
1067 Die Mindestlohnkommission darf nicht mehr gegen die Stimmen der Gewerkschaften
1068 entscheiden. Alle Arbeitszeiten müssen elektronisch erfasst werden, damit
1069 Unternehmen ihre Beschäftigten nicht um den Mindestlohn betrügen.

1070 • Öffentliche Aufträge dürfen nur an Firmen gehen, die Tarifverträge einhalten,
1071 auch bei ihren Subunternehmen. Das Arbeitsministerium soll Tarifverträge für
1072 allgemeingültig erklären können - auch ohne Zustimmung der Arbeitgeberseite. Bei
1073 Auslagerungen müssen Tarifverträge unbefristet fortgelten.

1074 • Volle Sozialversicherung in jedem Arbeitsverhältnis ab dem 1. Euro statt
1075 Minijobs, Midijobs und Ausnahmen für ausländische Saisonbeschäftigte. Alle
1076 brauchen Krankenversicherung, eine Rente und Schutz bei Arbeitslosigkeit. Auch
1077 für Soloselbstständige müssen Auftraggeber*innen Sozialversicherungsbeiträge
1078 zahlen und branchenweite Mindesthonorare einhalten.

1079 • Um Sicherheit und Planbarkeit des Lebens zu ermöglichen, wollen wir Leiharbeit

1080 und sachgrundlose Befristungen abschaffen. Sachgründe für Befristungen werden
1081 wir deutlich enger begrenzen, spätestens der 3. Arbeitsvertrag beim selben
1082 Arbeitgeber muss unbefristet sein. Bis zum Verbot der Leiharbeit müssen
1083 Leihbeschäftigte ab dem ersten Tag genauso bezahlt werden wie Beschäftigte im
1084 Einsatzbetrieb plus 10% Flexibilitätszulage. Die Höchstüberlassungsdauer muss
1085 für den Arbeitsplatz gelten statt für die Beschäftigten. Wir wollen
1086 Scheinwerkverträge wirkungsvoll bekämpfen, damit niemand um seine
1087 Arbeiternehmer*innenrechte betrogen wird: Bei Verdacht auf Verstöße gegen das
1088 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss die Beweislast bei den beteiligten
1089 Unternehmen liegen.

1090 • Damit der Arbeitsschutz funktioniert, dürfen auch ausländischen Beschäftigten
1091 keine Nachteile durch Kontrollen oder Meldung von Missständen entstehen: Deshalb
1092 müssen Aufenthaltsrechte unabhängig vom Arbeitsvertrag sein. Mobile
1093 Arbeitsrechtsberatung in Muttersprachen muss dauerhaft finanziert werden. Kosten
1094 für Unterkünfte, die der Arbeitgeber stellt oder vermittelt, müssen gedeckelt
1095 werden und transparent auf der Lohnabrechnung stehen. Beschäftigte in
1096 Privathaushalten sollen vorrangig über gemeinwohlorientierte und kommunale
1097 Träger vermittelt werden sowie über zertifizierte Agenturen, die Tarifverträge
1098 und gute Arbeitsbedingungen sicherstellen.

1099 • Das Entgelttransparenzgesetz muss ein Entgeltgleichheitsgesetz werden, um
1100 gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit durchzusetzen. Es soll Unternehmen
1101 auch verpflichten, bestehende Ungerechtigkeiten in der Bewertung von Arbeit
1102 schrittweise und branchenübergreifend abzubauen mit dem Ziel, dass Arbeit mit
1103 Menschen nicht schlechter bewertet wird als Arbeit mit Maschinen, oder dass
1104 Berufserfahrung mit formalen Abschlüssen gleichgestellt wird. Gewerkschaften
1105 brauchen ein Verbandklagerecht, damit Betroffene nicht allein klagen müssen.

1106 Fachkräfte sichern mit guten Arbeitsbedingungen

1107 Gute Löhne und Arbeitsbedingungen sind das beste Mittel gegen Personalmangel. Alle
1108 reden über einen Mangel an Fachkräften, doch die Gründe fallen oft unter den Tisch.
1109 Pflegekräfte, Erzieher*innen und Lehrkräfte kämpfen für Tarifverträge zur Entlastung.
1110 Sie hängen reihenweise ihren Job an den Nagel oder verkürzen ihre Arbeitszeit, weil
1111 die Belastung nicht länger zu ertragen ist. Viele Betriebe zahlen nur knapp über dem
1112 Mindestlohn. Immer weniger Betriebe bilden selbst aus, gleichzeitig haben fast drei
1113 Millionen junge Leute in Deutschland keinen Berufsabschluss. Rund 3,5 Millionen
1114 Menschen stecken außerdem in Erwerbslosigkeit fest, wenn man ältere Erwerbslose und
1115 Menschen in Weiterbildungsmaßnahmen mitzählt. Unternehmen und Regierung lenken davon
1116 ab, dass sie Löhne und Arbeitsbedingungen nicht verbessern und nicht mehr in
1117 Ausbildung investieren wollen. Die Hälfte der ehemaligen Pflegekräfte würde laut
1118 Studien in ihren Job zurückkehren, wenn die Bedingungen besser werden. Die
1119 Unternehmensverbände fordern das Gegenteil und wollen längere Arbeitszeiten, obwohl
1120 das die Probleme nicht löst, sondern weiter verschärft. Wir wollen, dass gute
1121 Arbeitsbedingungen überall zur Norm werden:

1122 • Öffentliche Aufträge dürfen nur Unternehmen bekommen, die Tarifverträge
1123 einhalten, auch bei ihren Subunternehmen. Öffentliche Verwaltungen und Betriebe
1124 in öffentlichem Eigentum müssen mit den Gewerkschaften realistische Schritte für
1125 Entlastung und gute Arbeit vereinbaren, um den Personalmangel zu beheben. Dazu

1126 gehören ausreichend finanzierte öffentliche Haushalte, die gute
1127 Arbeitsbedingungen ermöglichen statt Milliardäre und Multimillionäre zu
1128 beschenken.

1129 • Wir brauchen bessere Arbeitsschutzverordnungen gegen berufliche Überlastung und
1130 erzwingbare Mitbestimmung für Betriebsräte bei Personalbemessung und der
1131 Vorbeugung von Belastungen. Beschäftigte sollten wöchentliche Beratungszeit
1132 bekommen, um sich über die Arbeitsbedingungen zu verständigen.
1133 Arbeitsschutzbehörden brauchen mehr Personal und Bußgelder müssen empfindlich
1134 erhöht werden. Berufskrankheiten müssen leichter anerkannt werden.

1135 • Eine Ausbildungsumlage muss Ausbildungsbetriebe entlasten und Betriebe, die
1136 nicht selbst ausbilden, an den Kosten der Ausbildung beteiligen. Alle
1137 Unternehmen einer Branche müssen zusätzlich in einen Weiterbildungsfonds
1138 einzahlen.

1139 • Wir unterstützen die Gewerkschaften im Kampf um kürzere Arbeitszeiten bei vollem
1140 Lohn- und notwendigem Personalausgleich in allen Branchen. Eine geringere
1141 Wochenarbeitszeit oder eine Vier-Tage-Woche ermöglichen mehr Erholung und eine
1142 bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. (TÜ [LN 50](#) und [LN 188](#)) Wir
1143 verteidigen den 8-Stunden-Tag als Obergrenze und mindestens 11 Stunde Ruhezeit
1144 zwischen Schichten, Ausnahmen wollen wir einschränken und die wöchentliche
1145 Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden begrenzen. Arbeitsunterbrechungen müssen
1146 bezahlt werden, sie sind keine Freizeit der Beschäftigten!

1147 • Wir setzen uns für einen Rechtsanspruch auf eine Vollzeitstelle und auf
1148 familienfreundliche Schichten ein. Alle Beschäftigten brauchen das Recht auf
1149 vorübergehende Verkürzung ihrer Arbeitszeiten und auf eine sechswöchige
1150 Pflegezeit mit Lohnfortzahlung. Wir setzen uns für einen gesetzlichen
1151 Urlaubsanspruch von sechs Wochen im Jahr ein.

1152 • Bei Betriebsschließung, Verlagerung, Investitionen, Umwelt- und Klimafragen,
1153 Personalbemessung, Weiterbildung und der Verhinderungen von Gesundheitsschäden
1154 brauchen Betriebs- und Personalräte ein erzwingbares Recht auf Mitbestimmung. In
1155 allen privaten und öffentlichen Unternehmen ab 500 Beschäftigten muss echte
1156 paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten her. (siehe Kapitel
1157 Transformation)

1158 • Betriebsratswahlen müssen einfacher werden, Behinderung von Wahlen und
1159 Betriebsräten strenger verfolgt und Gewerkschaften verlässlich Zugang bekommen,
1160 insbesondere auch digital. Betriebs- und Beschäftigtenbegriff müssen angepasst
1161 werden. Arbeit, die über digitale Plattformen organisiert wird, muss automatisch
1162 als Beschäftigungsverhältnis gelten, es sei denn, das Gegenteil kann belegt
1163 werden. Hierbei müssen strenge Kriterien zur Anwendung kommen. werden Die
1164 Mitbestimmung in öffentlichen und kirchlichen Einrichtungen muss an das
1165 Betriebsverfassungsgesetz angepasst werden. Das Streikrecht verteidigen wir
1166 gegen alle Angriffe. Es muss auch bei Kirchen und für Beamte gelten - und
1167 Streiks für politische und gesellschaftliche Anliegen erlaubt sein. Das
1168 Tarifeinheitsgesetz muss weg. Arbeitgeberverbände dürfen keine tariflosen
1169 Mitgliedschaften anbieten. Gewerkschaften müssen die Einhaltung von
1170 Tarifverträgen einklagen können.

1171 • Die Bundesregierung muss einen verbindlichen Zukunftsplan für die Wirtschaft
1172 gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften, Umwelt- und
1173 Sozialverbänden, Wissenschaft und Unternehmen entwickeln. Darin müssen
1174 Umbauziele und Investitionen für die nächsten Jahre festgeschrieben werden und
1175 an Beschäftigungsgarantien und Tarifverträgen gebunden werden, um
1176 Planungssicherheit für alle zu schaffen. (siehe Kapitel Transformation)

1177 • Unternehmen müssen alle Beschäftigten für veränderte Anforderungen und Aufgaben
1178 weiterbilden. Deswegen brauchen wir einen Fonds, in den alle Unternehmen einer
1179 Branche einzahlen. Alle Beschäftigten dürfen für Weiterbildung ihre Arbeitszeit
1180 verkürzen und bekommen für diese Zeit mindestens 70% ihres Lohns fortgezahlt (im
1181 Niedriglohnbereich staatlich auf 100% aufgestockt), damit sich eine
1182 Weiterbildung alle leisten können. Bei Arbeitslosengeld und Rente muss diese
1183 Zeit besser berücksichtigt werden. Wer den Job verliert, sollte 90% des letzten
1184 Nettolohns als Weiterbildungsgeld bekommen, ohne dass dadurch der Anspruch auf
1185 Arbeitslosengeld gekürzt wird.

1186 Gute Absicherung bei Erwerbslosigkeit

1187 Im Oktober 2024 waren über 3,5 Millionen Menschen in Deutschland entweder arbeitslos
1188 oder in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen untergebracht. Fast eine Million Menschen
1189 sind langzeitarbeitslos. Wir finden, dass niemand unfreiwillig vom Erwerbsleben
1190 ausgeschlossen bleiben darf.

1191 Mit längeren Rahmenfristen und kürzeren Anwartschaftszeiten verschaffen wir wieder
1192 mehr Menschen Zugang zur Arbeitslosenversicherung. Das Arbeitslosengeld soll länger
1193 gezahlt und auf 68 Prozent erhöht werden. Erwerbslosigkeit bekämpfen wir mit
1194 staatlichen Beschäftigungsmaßnahmen und Qualifizierungsprogrammen. Unser
1195 Investitionsprogramm in die Öffentliche Daseinsvorsorge und Verkehrs- und
1196 Energiewende schafft hunderttausende gute Arbeitsplätze. Für Menschen, die dauerhaft
1197 vom regulären Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, schaffen wir zusätzliche
1198 Arbeitsplätze in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor („Sozialer
1199 Arbeitsmarkt“). Erwerbslose erhalten einen Rechtsanspruch auf Qualifizierung und
1200 Weiterbildung.

1190 Wirtschaft für alle - sozial und ökologisch

1191 Wenn Steuersenkungen und Deregulierung das richtige Rezept wären, um eine
1192 wettbewerbsfähige Wirtschaft aufzubauen, dann müssten Monaco, die Kaimaninseln und
1193 der Sachsenwald blühende Produktionslandschaften sein. Sind sie aber nicht. In
1194 Steueroasen entstehen weder Industriearbeitsplätze, noch werden dort innovative
1195 Unternehmen gegründet. Eine international wettbewerbsfähige Produktion hat andere
1196 Voraussetzungen: Eine gute Infrastruktur, ausgebildete Fachkräfte, qualifizierte
1197 Dienstleister und Zulieferer, Bildung, Forschung, eine ausgewogene
1198 Wirtschaftslandschaft aus unterschiedlichen Branchen und Unternehmensgrößen,
1199 Lebensqualität und politische Stabilität. Eine Wirtschaft für alle, die nicht nur auf
1200 ein paar ausgewählte Leuchtturmprojekte schaut, sondern die Situation von
1201 Beschäftigten, Konsument*innen, Kleinunternehmen und Unternehmen der Daseinsvorsorge
1202 ebenso in den Blick nimmt: Die ist nicht nur sozial gerechter, sondern auch
1203 wirtschaftlich erfolgreicher.

1204 Gleichzeitig befinden wir uns in einem Prozess, der eine zügige, grundlegende

1205 Modernisierung der Wirtschaft erfordert: Weil die Produktions- und Lebensweise
1206 klimaneutral werden muss, weil es um Innovation geht, weil die Balance zwischen
1207 Öffnung und Sicherheit auch für Lieferketten, Handelswege und Energieversorgung neu
1208 bestimmt werden muss. Das geht nur mit einer aktiven staatlichen Wirtschaftspolitik.
1209 Dazu gehören klare und langfristige Zielvorgaben, mit welchen Technologien und mit
1210 welchen Förderungen der Umbau erreicht werden soll, denn ohne einen klaren Rahmen
1211 können auch Private nicht investieren. Dazu gehört aber auch, dass niemand beim Umbau
1212 auf der Strecke bleibt, dass Beschäftigte qualifiziert und abgesichert werden und
1213 dass die untere Einkommenshälfte von den Kosten der Transformation freigestellt wird.
1214 Die Grenzen des fossilen Kapitalismus sind erreicht: Trotzdem halten Konzerne an
1215 ihrer Wirtschaftsweise fest, um ihr Geschäftsmodell und ihre Profite zu schützen.
1216 Einige wenige Großvermögende werden dadurch immer reicher, indem sie die große
1217 Mehrheit für sich arbeiten lassen und die Natur hemmungslos ausbeuten und das Klima
1218 anheizen. Wir wollen diese Wirtschaftsweise überwinden. Unser Ziel ist eine gerechte,
1219 nachhaltige Wirtschaft, die der großen Mehrheit der Menschen ein besseres Leben
1220 ermöglicht und dabei die natürlichen Grenzen unseres Planeten respektiert. Wir wollen
1221 den demokratischen Sozialismus.

1222 Die letzten drei Jahre waren verheerend für den Klimaschutz. In keinem Bereich gab es
1223 grundlegende Fortschritte, stattdessen wurde das sowieso schon dünne
1224 Klimaschutzgesetz der Vorgängerregierung noch aufgeweicht. Alle kosmetischen
1225 Maßnahmen haben die Bedürfnisse der Menschen ignoriert. (TÜ [LN 266](#)) Damit hat die
1226 Ampel-Regierung die große Bereitschaft der Bevölkerung, auch weitreichende
1227 Klimaschutzmaßnahmen mitzutragen zerstört. Unsere Wirtschaftspolitik richtet sich
1228 gegen die soziale Spaltung im Land. Wir verlangen Anerkennung und Respekt für alle
1229 diejenigen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten. Das bedeutet, in den Umbau der
1230 Wirtschaft investieren und gleichzeitig dafür sorgen, dass die Kosten nicht den
1231 Beschäftigten und der großen Mehrheit aufgebürdet werden. Klimaschutz und soziale
1232 Gerechtigkeit gehören für uns untrennbar zusammen: Ohne soziale Gerechtigkeit hat die
1233 Mehrheit gar keine Möglichkeit, Klimaschutz im Alltag umzusetzen. Ohne Klimaschutz
1234 wird es keine soziale Gerechtigkeit mehr geben, denn der Klimawandel trifft die am
1235 stärksten, die finanziell schlechter gestellt sind.

1236 Die Industrie sozial und ökologisch gerecht umbauen

1237 Die vergangenen Bundesregierungen haben zugeschaut, wie massenhaft
1238 Industriearbeitsplätze in Zukunftsbranchen vernichtet wurden. Seit ihrer Hochphase
1239 ist die Zahl der Beschäftigtenzahl in der Solar-Industrie um knapp 120 000 gesunken
1240 und hat sich immer noch nicht erholt. In der Windkraft-Industrie sind mehr als 40 000
1241 Stellen verloren gegangen. Ohne Importe aus China kann in Deutschland keine Solar-
1242 Anlage und kein Windrad mehr errichtet werden. Der Umbau der Automobilindustrie wurde
1243 verschlafen - Hunderttausende Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Die Entscheidung
1244 der Regierung, industriepolitisch blind auf den Markt zu vertrauen, war fatal.

1245 Die deutsche Industrie ist stark abhängig vom Export, allen voran die wichtigen
1246 Branchen Automobilindustrie und der Werkzeug- und Maschinenbau. Wir wollen die
1247 Industrieproduktion umbauen und zukunftssicher machen. So sichern wir Beschäftigung
1248 und gute Arbeit. Darum wollen wir die Produktion für den Binnenmarkt und die
1249 Herstellung nachhaltige Güter stärken. Wir setzen uns für die zivile und ökologisch
1250 nachhaltige Konversion der Industrieproduktion ein. Zentral ist der Umbau der

1251 Rüstungsindustrie in Richtung Friedensproduktion und die Weiterentwicklung der
1252 Automobilindustrie im Rahmen einer aufzubauenden Mobilitätsindustrie, für die der
1253 Staat durch Investitionen in die Verkehrswende die Nachfrage schaffen muss. (TÜ [LN](#)
1254 [271](#)) Wir wollen gute Arbeit schaffen, das Klima schützen sowie nachhaltig
1255 öffentliches Eigentum und Mitbestimmung stärken. Wir wollen regionale
1256 Wirtschaftskreisläufe aufbauen und dadurch Transport-Emissionen reduzieren: Wir
1257 wollen, dass Produkte möglichst nah an dem Ort hergestellt werden, wo sie gebraucht
1258 werden. Lieferketten werden kürzer, zuverlässiger und belasten die Umwelt weniger.
1259 Anstatt Industriekomponenten um die Welt oder quer durch Europa zu schicken, um die
1260 billigsten Löhne auszuschöpfen, wollen wir integrierte Produktionsabläufe stärken.
1261 Das sichert lokale Arbeitsplätze und stärkt die Regionen abseits der Metropolen.
1262 Unser sozial-ökologisches Investitionsprogramm für den Industrie-Umbau
1263 Wir fordern 200 Milliarden Euro für den Industrieumbau: Das Geld fließt in einen
1264 Investitionsfonds, aus dem Unternehmen entweder durch langfristige Kredite oder im
1265 Austausch zu Gesellschaftsanteilen beim klimagerechten Umbau unterstützt werden.
1266 Beschäftigte sollen einen Kredit erhalten, wenn sie einen Betrieb selbst übernehmen
1267 und genossenschaftlich weiterführen wollen, auch im Fall einer Insolvenz, wenn eine
1268 grundsätzliche Perspektive auf einen wirtschaftlichen Weiterbetrieb besteht. Der
1269 Fonds soll mittelfristig kostendeckend wirtschaften und Gewinne aus Beteiligungen
1270 oder Krediten reinvestieren.

1271 Darüber hinaus wollen wir den Klima- und Transformationsfonds (KTF) ausbauen und
1272 jährlich mit 64,6 Milliarden Euro ausstatten: Das Geld wird unter anderem verwendet
1273 für:

- 1274 • eine Anschubfinanzierung für neue Batterietechnologien und Energiespeicher. Die
1275 Herstellung und den Transport von Wasserstoff wollen wir nur in Fällen fördern,
1276 wo sie erwiesenermaßen notwendig ist und es keine praktikablen Alternativen
1277 gibt, etwa als für Langzeit-Energiespeicher oder als Grundstoff für die
1278 chemische Industrie.
- 1279 • um energieintensive Industrie in Notlagen zeitweise beim Industriestrompreis zu
1280 unterstützen;
- 1281 • und einen Rettungsschirm für die Zuliefererbetriebe in der Automobilindustrie in
1282 Höhe von 20 Milliarden Euro.
- 1283 • Mit der Hilfe von Klimaschutzverträgen wollen wir klimafreundliche Technologie
1284 bei der Um- und Ausrüstung von Produktionsanlagen fördern, zusätzlich zu
1285 Aktivitäten des Investitionsfonds.
- 1286 • Auf europäischer Ebene setzt sich Die Linke für eine Ausweitung der Ausnahmen
1287 und Änderung des Europäischen Beihilferechts ein. Nur so wird eine echte
1288 Industriepolitik möglich.

1289 Dabei gilt: Kein Steuergeld ohne Gegenleistung. Staatliche Gelder (egal ob direkte
1290 Hilfszahlungen oder indirekte Subventionen) binden wir an langfristige Garantien von
1291 Arbeitsplätzen, Tarifverträgen, Standortverpflichtungen und verbindliche
1292 Investitionspläne. So treiben wir den notwendigen ökologischen Umbau der Produktion
1293 voran, sichern Arbeitsplätze und Einkommen für die Beschäftigten.

- 1294 • Wenn Betriebe betriebsbedingte Kündigungen aussprechen und sich nicht an

1295 Beschäftigungsvereinbarungen halten, müssen sie Fördergelder zurückzahlen. Es
1296 dürfen keine Unternehmen in Steueroasen gefördert werden.

1297 Dividendenausschüttungen müssen bei der Inanspruchnahme von Förderungen
1298 untersagt werden.

1299 • Öffentliche Steuerung von Schlüsselbranchen durch die Gründung von
1300 Industriestiftungen und andere öffentliche Beteiligungsformen neben dem
1301 Investitionsfonds. Finanziert durch den Bund sollen gezielt Anteile an
1302 Unternehmen erworben werden, die eine Schlüsselrolle im Systemwechsel einnehmen,
1303 und damit den klimagerechten Umbau besser steuern. So schützen wir auch
1304 kritische Infrastruktur, wie Raffinerien, Pipelines, Energiespeicher oder Häfen,
1305 vor dem Ausverkauf an autoritäre Regime oder private Konzerne. Öffentliche
1306 Unternehmen müssen der Motor der industriellen Erneuerung werden, eine steuernde
1307 Rolle einnehmen und die Kompetenzen privater Unternehmen in Kooperationen
1308 einbinden.

1309 • Klimagerechte Leitmärkte schaffen: Durch die öffentliche Beschaffung und
1310 Produktstandards und Quoten kann auf Leitmärkten, zum Beispiel in der
1311 Stahlindustrie, klimafreundlich und tariflich abgedeckt produzierten Produkten
1312 Vorteile eingeräumt werden. Es werden die Unternehmen belohnt, die am
1313 schnellsten und günstigsten klimafreundliche Produkte anbieten können und
1314 gleichzeitig gute Arbeit und gewerkschaftliche Mitbestimmung garantieren.

1315 • Wirtschafts- und Transformationsräte: In den Regionen, die vom Strukturwandel
1316 betroffen sind, wollen wir Wirtschafts- und Transformationsräte einsetzen, die
1317 über Geld aus dem Klima- und Transformationsfonds verfügen und den Umbau vor Ort
1318 mitgestalten. Neben Landesregierungen, Kommunen und Unternehmen, sollen auch
1319 Gewerkschaften, sowie Umwelt- und Sozialverbände gleichberechtigtes Stimmrecht
1320 haben.

1321 • Mehr Wirtschaftsdemokratie: Betriebsräte müssen in wirtschaftlichen Fragen ein
1322 Mitbestimmungsrecht bekommen und alle wichtigen Unternehmensentscheidungen
1323 müssen von Belegschaftsversammlungen bestätigt werden. Die Belegschaften müssen
1324 bei Entscheidungen über Standortverlagerungen, -schließungen und -auslagerungen,
1325 bei Massenentlassungen und bei Entscheidungen über Zukunftsinvestitionen
1326 mitbestimmen und ein Vetorecht erhalten.

1327 • Job- und Einkommensgarantie: Zu einer gerechten Transformation gehört, dass sich
1328 Beschäftigte, die den Beruf und die Branche wechseln, weiterqualifizieren
1329 können, ohne ihr Einkommen zu gefährden. Für die Zeit der Weiterbildung wollen
1330 wir ein Weiterqualifizierungsgeld einführen, das 90 Prozent des letzten Gehalts
1331 beträgt. Das Weiterbildungsgeld wird anteilig über die Agentur für Arbeit und
1332 einen Fonds finanziert, in den Unternehmen einzahlen. Für Beschäftigte, die
1333 aufgrund des sozial-ökologischen Umbaus der Wirtschaft ihre alte Arbeitsstelle
1334 verlieren, wollen wir Beschäftigungsgesellschaften gründen, so dass sie gute
1335 Arbeitsbedingungen nicht verlieren und ihre Regionen nicht verlassen müssen. Sie
1336 kümmern sich um die Weitervermittlung in neue Arbeitsplätze, die der
1337 Qualifikation der Beschäftigten entsprechen oder in Weiterbildungsmaßnahmen.

1338 Transformation konkret: Automobilindustrie für die Zukunft

1339 Die Autoindustrie in Deutschland ist in einer Existenzkrise. Die Kosten tragen die

1340 Beschäftigten. Am deutlichsten ist das bei Volkswagen zu sehen: Der Familien-Clan
1341 Porsche und Piech verfügt über ein geschätztes Vermögen von 36,5 Milliarden Euro.
1342 Ihnen gehört über die Holding Porsche SE die Mehrheit des Volkswagen-Konzerns. Über
1343 Jahrzehnte hinweg haben sie Profite aus den Unternehmen gezogen und den ökologischen
1344 Umbau verschleppt. Selbst dieses Jahr hat VW 4,5 Milliarden an Dividende ausgezahlt.
1345 Damit ihr Milliardenvermögen weiterwachsen kann, sollen jetzt die Beschäftigten
1346 bluten: Die Löhne sollen um 10 Prozent gekürzt werden. Prämien und Boni für die
1347 Beschäftigten wollen sie streichen. Werke stehen vor der Schließung.

1348 Ursächlich für die Krise der Automobilindustrie sind die Fehlplanungen und die
1349 falsche Produktstrategie der Manager, der weltweit rückläufige Autoabsatz - allein in
1350 Europa minus zwei Millionen pro Jahr - sowie die Weigerung von Autoindustrie und der
1351 Regierung, die Weichen Richtung Verkehrswende zu stellen. Während VW, Mercedes und
1352 BMW mit immer größeren und teureren Autos hohe Gewinne mach(t)en, müssen die
1353 Arbeiterinnen und Arbeiter um ihre Zukunft bangen.

1354 Anstatt an alter Technik festzuhalten, damit die Konzerne noch weiter Profite machen
1355 können, muss die Industrie so umgebaut werden, dass gute Arbeit gesichert und
1356 geschaffen wird. (TÜ [LN 164](#)) Das geht nur sozial gerecht. Weder E-Fuels noch
1357 Wasserstoff sind praktikable Lösungen für den Individualverkehr. Auch die reine
1358 Umstellung auf E-Autos ist keine tragfähige Strategie für die Verkehrswende und die
1359 Bewältigung der Krise in der Automobilindustrie. Der Anteil des Verkehrssektors an
1360 der globalen Klimazerstörung wird nur nachhaltig reduziert, wenn es weniger
1361 Individualverkehr gibt. Unsere Verkehrs- und Umweltpolitik fördert den Ausbau
1362 kollektiver Verkehrssysteme und die Reduzierung von Transport- und Verkehrswegen. Die
1363 aktuelle Krise der Automobilindustrie sollte Anlass für den nachhaltigen Umbau und
1364 Diversifizierung der Unternehmen sein. Das wird aber nicht ohne politische Steuerung
1365 dieses Prozesses gelingen. (TÜ [LN 64](#))

1366 • Wir wollen die KfZ-Steuer neugestalten und große und schwere Autos deutlich
1367 stärker besteuern. Wir sehen keine Notwendigkeit für reguläre PKWs, die mehr als
1368 zwei Tonnen wiegen. Damit schonen wir auch die Straßen und sparen Gelder für
1369 ihren Unterhalt.

1370 • Mit Flottenumbau und öffentlicher Beschaffung werfen wir den Motor für den Umbau
1371 der Automobilindustrie an. Die öffentliche Hand soll Vorreiter für die
1372 Elektromobilität werden. Ab sofort sollen in der Regel reine E-Fahrzeuge
1373 angeschafft werden.

1374 Klimagerechtigkeit und Energiewende

1375 Die Auswirkungen der globalen Erwärmung sind längst auch in Deutschland zu spüren:
1376 Flutkatastrophen, mehr Dürren und Wassermangel und das Sterben unserer Wälder wird
1377 unseren Alltag prägen. Wir halten weiter an den grundsätzlichen Zielen des Pariser
1378 Klimaabkommens fest und setzen uns weiter konsequent für Klimaschutz ein - denn mehr
1379 Emissionen bedeuten immer mehr Klimaschäden. Wir wollen schnellstmöglich auf
1380 Erneuerbare Energien umsteigen und die Energiekonzerne entmachten.

1381 Mit Energieversorgung aus öffentlicher Hand werden bezahlbare und sozial gestaffelte
1382 Preise möglich. Wir kämpfen für eine Versorgung mit Strom und Wärme, nicht in der
1383 Hand von Konzernen, sondern von Bürger*innen, von Kommunen und Genossenschaften. Wir
1384 wollen ihre Erzeugung und Verteilung so dezentral wie möglich und so zentral wie

1385 nötig organisieren. Wir setzen deshalb auf Strom und Wärme aus dem Stadtwerk, den
1386 kommunalen genossenschaftlichen Solar- oder Windkraftanlagen und von den Dächern und
1387 Wärmepumpen der Bürger*innen. Langzeit-Energiespeicher für die Dunkelflaute wollen
1388 wir an strategisch günstigen Orten in das bestehende Stromnetz integrieren, so dass
1389 der Netzausbau minimiert werden kann. Wir wollen Deutschland bis 2040 klimaneutral
1390 machen.

1391 Runter mit den Energie-Preisen

1392 • Wenige, teure, fossile Kraftwerke dürfen nicht mehr die Preise für den gesamten
1393 Strommarkt setzen. Das Merit-Order-Prinzip in seiner gegenwärtigen Wirkungsweise
1394 lehnen wir ab. Ein gerechtes Strommarktsystem muss leistungslose Übergewinne
1395 ausschließen. Sollten sie durch externe Schocks dennoch auftreten, müssen sie
1396 konsequent abgeschöpft werden (siehe Kapitel Preise).

1397 • Wir fordern eine neue Netzentgeltstruktur. Die Stromerzeuger und der
1398 internationale Stromhandel müssen an den Kosten des Stromtransports beteiligt
1399 werden, Strom soll so möglichst erzeugungsnah eingesetzt werden, auch damit
1400 zukünftiger Netzausbau reduziert wird. Wir fordern die Senkung der Stromsteuer
1401 auf den europäischen Mindeststeuersatz. Mit diesen Maßnahmen lassen sich die
1402 Strompreise kurzfristig um bis zu 9 Cent je Kilowattstunde senken, das
1403 entspricht einer Entlastung von 315 Euro pro Haushalt im Jahr.

1404 • Wir wollen einen Energie-Soli für Reiche (siehe Kapitel Preise).

1405 • Strom- und Gassperren müssen gesetzlich verboten werden (siehe Kapitel Preise).

1406 • Für den durchschnittlichen Verbrauch von elektrischem Strom und Heizenergie
1407 wollen wir preisgünstige Sockeltarife schaffen (siehe Kapitel Preise).

1408 • Wir wollen ein soziales Klimageld einführen (siehe Kapitel Preise)

1409 Klimaschutz und Klimaanpassung beschleunigen

1410 Die Ampel hat den Klimaschutz in Deutschland massiv geschwächt, indem die Sektorziele
1411 im Klimaschutzgesetz abgeschafft wurden. Wir wollen das Klima schützen - weil wir es
1412 unseren Kindern schuldig sind, und weil kluger Klimaschutz keinen Wohlstandverlust
1413 für die große Mehrheit mit sich bringt. Gleichzeitig müssen wir uns auf diejenigen
1414 Klimaschäden einstellen, die nicht mehr zu verhindern sind: Es wird es mehr
1415 Starkregen, Hitzetage, längere Trockenzeiten und niedrige Grundwasserspiegel geben,
1416 auch wenn wir durch entschlossenen Klimaschutz Schlimmeres weiterhin verhindern
1417 können. Für Klimaanpassung ist bisher fast nichts passiert. Wir müssen jetzt
1418 investieren, um auf die Zukunft vorbereitet zu sein.

1419 • Wir wollen verbindliche Ziele und Emissionsgrenzen und machen den Konzernen
1420 klare Vorschriften. Die Sektorziele stellen wir wieder her.

1421 • Emissionshandel: Für Die Linke gilt: kein CO₂-Preis ohne sozialen Ausgleich
1422 (siehe Klimageld).

1423 • Wir lehnen den Emissionshandel in den Sektoren Wärme und Verkehr (ETS-2) ab:
1424 Stattdessen müssen verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen gesetzt werden.
1425 Förderprogramme und staatliche Infrastrukturprogramme müssen den Umbau in den
1426 Sektoren unterstützen. In den Sektoren Wärme und Verkehr sorgt ein gesetzlich
1427 regulierter Rahmen für mehr soziale Gerechtigkeit und einen schnelleren
1428 ökologischen Umbau.

- 1429 • Klimaanpassung muss Gemeinschaftsaufgabe werden: Wir müssen uns jetzt an den
1430 Klimawandel anpassen, den Katastrophenschutz massiv aufwerten und investieren,
1431 um uns auf Hochwasser, Sturzfluten, Hitzewellen und Dürreperioden vorzubereiten.
1432 (s. Kapitel Öffentliche Daseinsvorsorge)
- 1433 Energiewende durchsetzen
- 1434 Der fossile Kapitalismus schlägt zurück: Unter dem Deckmantel der
1435 Technologieneutralität werden überkommene Geschäftsmodelle mit fossilen
1436 Energieträgern weiter abgesichert. Die Gaskonzerne reiben sich die Hände, der
1437 Klimaschutz kommt nicht voran. Unter Robert Habeck werden mit Steuergeld
1438 überdimensioniert Flüssiggas (LNG)-Terminals für Fracking-Gas ausgebaut. Die Grünen
1439 sind sogar für die riskante CO₂-Verpressung unter dem Boden unserer Meere (CCS). CDU
1440 und FDP verlieren sich nicht nur in irrationalen Träumen über die
1441 Anwendungsmöglichkeiten von Wasserstoff und E-Fuels im Pkw- und im Gebäudebereich,
1442 sie wollen sogar die Atomkraft zurück. Da passt es, dass rechte und liberale Parteien
1443 in der EU Investitionen in Gas-Infrastruktur und Atomkraftwerke zu nachhaltigen
1444 Geldanlagen erklärt haben.
- 1445 Die Linke will nur in echte erneuerbare Energiequellen und Infrastruktur investieren.
1446 Wir überlassen die Energiewende nicht dem Markt. Wir wollen Energieverbrauch
1447 reduzieren und die Energieeffizienz steigern.
- 1448 • Energieunabhängigkeit durch öffentliches Eigentum: Der größte Teil unserer
1449 zukünftigen Energieversorgung muss erst noch gebaut werden. Die öffentliche Hand
1450 soll sich stark am Aufbau der erneuerbaren Energien beteiligen, auch um so große
1451 Teile der Energieproduktion in öffentliche Hand zurückzuholen. Das wollen wir
1452 nutzen, um Windrad- und Solarfabriken (wieder) in Deutschland anzusiedeln.
- 1453 • Energiewende für die Menschen vor Ort: Kommunen bekommen einen Bonus von 25.000
1454 Euro pro Megawatt gebauten Windrad oder gebauter PV-Großflächenanlage direkt in
1455 die Gemeindekasse, sowohl für Bestands- als auch für Neuanlagen oder Repowering.
1456 So profitiert die lokale Bevölkerung direkt vom Ausbau der Erneuerbaren
1457 Energien. Zusätzlich wollen wir Zahlungen von Betreibern von Wind- und
1458 Solaranlagen an Standortkommunen verpflichtend machen, auf Bestandsanlagen
1459 ausdehnen und von 0,2 Cent auf 0,5 Cent je eingespeiste Kilowattstunde Strom
1460 erhöhen.
- 1461 • Strom-, Wärme- und Gasnetze müssen in die öffentliche Hand überführt,
1462 demokratisch kontrolliert und europäisch koordiniert werden. Für Kommunen wollen
1463 wir einen Rekommunalisierungsfonds schaffen.
- 1464 • Investitionen in fossile Brennstoffe und Atomkraft sind keine nachhaltigen
1465 Geldanlagen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die positive Bewertung von
1466 Atomkraft und Gas, in der sogenannte Taxonomie der EU, gestrichen wird.
- 1467 • Keine Dauerstrukturen für Übergangslösungen! Für Flüssiggas und Erdgas darf
1468 keine neue, dauerhafte Infrastruktur geschaffen werden. Wir fordern ein
1469 Frackingverbot in Deutschland. LNG, das durch Fracking gewonnen wurde, darf
1470 nicht importiert werden. Eine umlagefinanzierte Förderung neuer Gaskraftwerke
1471 lehnen wir ab - sie wäre sowohl klimaschädlich als auch sozial ungerecht.
- 1472 • Carbon Capture and Storage (CCS) - also die Abscheidung und die unterirdische
1473 Einlagerung von Kohlendioxid - ist keine Lösung für Klimaschutz. Die Speicherung

1474 von CO2 unter der Erde ist mit hohen Risiken verbunden. Wir wollen CCS
1475 verbieten. Das sogenannte Carbon Capture and Utilization (CCU) - also die
1476 stoffliche Nutzung des entnommenen CO2 - darf nicht dazu führen, dass die
1477 Energiewende ausgebremst und fossile Anwendungen und Produktionsprozesse länger
1478 als nötig betrieben werden. Wir wollen sie beim Industrieumbau nur dann fördern,
1479 wenn es nachgewiesenermaßen kein alternatives, CO2-freies Produktionsverfahren
1480 gibt.

1481 • Der Kohleausstieg muss bis 2030 umgesetzt werden. Allein durch den
1482 Emissionshandel wird das nicht gelingen. (TÜ [LN 267](#))

1483 • Dem Ausstieg aus Atom und Kohle muss ein Ausstieg aus der Verbrennung von
1484 fossilem Erdgas folgen. Die Linke will dafür ein Erdgasausstiegsgesetz mit
1485 verbindlichem Ausstiegspfad und sozialer Absicherung betroffener Beschäftigter.

1486 • Wasserstoff ist der Champagner der Energiewende, teuer und energieintensiv.
1487 Deshalb darf Wasserstoff nur dort eingesetzt werden, wo er absolut unverzichtbar
1488 ist, vor allem in Bereichen der industriellen Produktion. Perspektivisch wollen
1489 wir, dass in allen Anwendungsbereichen lediglich Wasserstoff aus der Elektrolyse
1490 von Strom aus erneuerbaren Energiequellen zum Einsatz kommt.

1491 Gerechte Wärmewende

1492 Wohnen und Bauen sind für 40 Prozent der Treibhausgase in Deutschland verantwortlich.
1493 Eine Wärmewende ist unerlässlicher Bestandteil von Klimapolitik: Gebäude müssen
1494 saniert, Heizungen umgestellt werden. Das darf nicht zu einer zusätzlichen Belastung
1495 für Mieter*innen und Eigenheimbesitzer*innen mit niedrigen und mittleren Einkommen
1496 führen. Eine warme Wohnung für alle muss bezahlbar sein. Mieter*innen können ihre
1497 Heizungen nicht wechseln, deshalb lehnen wir CO2-Preise im Wärmebereich ab.

1498 Das Heizungsgesetz der Ampel hat die Gesellschaft gespalten, weil es die Sorgen der
1499 Menschen ignoriert hat. Es ist unsozial und torpediert die Klimaziele im
1500 Gebäudesektor. Wir wollen die Leute nicht alleine lassen: Keine Normalverdiener*in
1501 darf durch Klimaschutz finanziell mehrbelastet werden. Es braucht flächendeckende
1502 Beratungsangeboten mit Sanierungsbeauftragte für alle zu sanierungsbedürftigen
1503 Häuser. Es braucht eine kommunale Wärmeplanung mit Beteiligung der Bürger*innen,
1504 Mieter*innen- und Umweltverbänden.

1505 • Wir fordern eine Investitionsoffensive in energetische Sanierungen und
1506 Heizungstausch in Höhe von 25 Milliarden Euro pro Jahr. Beim Heizungstausch
1507 wollen wir die Förderung für Zusatzkosten nach Einkommen staffeln: Menschen mit
1508 niedrigen Einkommen kriegen den Heizungstausch mit bis zu 100% bezahlt, Menschen
1509 mit mittleren Einkommen anteilig gestaffelt. Für einen Einpersonenhaushalt
1510 wollen wir bei einem Jahreseinkommen von 30.000 Euro zum Beispiel 82% der
1511 Kosten, bei einem Einkommen von 60.000 Euro 42% der Kosten erstatten, inklusive
1512 dem Tausch der Heizkörper, wenn dieser technisch notwendig ist. Ergänzend
1513 fordern wir vergünstigte Kredite der KfW, so dass Mehrkosten fürs Heizen
1514 vermieden werden können, da Investitionskosten für effiziente Heizungen so zu
1515 günstigen Konditionen gestreckt werden können. Spitzenverdiener mit einem
1516 Einkommen von 250.000 Euro aufwärts müssen die Sanierung ihrer Luxusvillen
1517 selbst bezahlen.

1518 • Immobilienkonzerne dürfen Sanierungen nicht nutzen, um die Miete zu erhöhen,

1519 deshalb wollen wir die Umlage für energetische Sanierung abschaffen und das
1520 Konzept der Warmmietenneutralität verankern: Die Summe aus der Kaltmiete und der
1521 durch die Sanierung tatsächlich eingesparten Energiekosten muss gleich bleiben.
1522 Wir unterstützen das gemeinsame Drittelmodell von Mieterbund und BUND.

- 1523 • Wir wollen Vermieter verpflichten, Fördermittel in Anspruch zu nehmen und die
1524 finanziellen Vorteile weiterzureichen. Bisher nehmen nur 15 Prozent die
1525 Fördermittel in Anspruch.
- 1526 • Viel zu oft reißen Immobilienkonzerne Bestandsgebäude ab, treiben Mieter*innen
1527 aus der Wohnung, bauen neu und vermieten für das Doppelte oder verkaufen: Das
1528 ist eine ökologische Katastrophe und befördert Gentrifizierung - wir wollen das
1529 verbieten. Ein Abriss soll nur noch dann erlaubt sein, wenn die Gebäudesubstanz
1530 nicht mehr zu retten ist oder ein Vielfaches des bisherigen Wohnraums entsteht.
- 1531 • Um Lösungen auf Quartiers- und Siedlungsebene statt Konzepte für jedes einzelne
1532 Haus zu entwickeln, braucht es eine gute kommunale Wärmeplanung: Gerade in
1533 Ballungsräumen sind kollektive Lösungen in der Wärmeversorgung oft sinnvoll,
1534 deshalb wollen wir Städte und Gemeinden dabei unterstützen, Nah- und
1535 Fernwärmenetze auszubauen. (TÜ [LN 84](#))
- 1536 • Um die Wärmepreise unabhängig von Marktschwankungen und Spekulationen zu machen,
1537 fordern wir ein Gewinnverbot im Wärmebereich. Damit darf der Wärmepreis nicht
1538 höher als die tatsächlichen Wärmeerzeugungskosten sein.

1539 Klimagerechtigkeit und Verkehrswende

1540 Ressourcen schonen

1541 Wir verbrauchen weltweit mehr Ressourcen als unser Planet regenerieren kann. Der
1542 Ressourcenabbau stößt an seine natürlichen Grenzen. Grüne Technologien sind Teil des
1543 sozial-ökologischen Umbaus. Aber auch ihre Produktion ist abhängig von Rohstoffen,
1544 die es in Deutschland und Europa nicht in ausreichendem Maße gibt. Gleichzeitig wir
1545 immer mehr Energie verbraucht, um diese Ressourcen abzubauen. Bergbau findet oft
1546 unter nicht akzeptablen Bedingungen für Menschen und Umwelt statt. Unser Ziel ist
1547 eine Gesellschaft, die sparsam mit Ressourcen umgeht. Dafür braucht es ein
1548 Ressourcenschutzgesetz.

- 1549 • Wir wollen keinen Bergbau in Naturschutzgebieten, Trinkwasserschutzgebieten oder
1550 der Tiefsee. Die lokale Bevölkerung muss bei Bergbauprojekten und der
1551 Wertschöpfung beteiligt werden Und hat das Recht ‚Nein‘ zu sagen. Das gilt auch
1552 für den Lithiumabbau in Sachsen. Die Menschen vor Ort müssen von
1553 Bergbauprojekten profitieren. Umweltschutz und Trinkwasserschutz muss garantiert
1554 werden - egal ob in Deutschland, Europa oder anderswo auf der Welt.
- 1555 • Wir wollen keinen „grünen Kolonialismus“. Grüne Technologie darf sich nicht auf
1556 Ausbeutung von Natur und Menschen im globalen Süden stützen. Dafür fordern wir
1557 ein stärkeres Lieferkettengesetz, das Beschwerdemechanismen für Betroffene und
1558 Haftungsregeln bei Verstößen der unternehmerischen Sorgfaltspflichten enthält,
1559 und die Berücksichtigung starker sozialer und ökologischer Standards in
1560 Handelsabkommen.
- 1561 • Die finanzielle Unterstützung bei Klimaschutz und Minderung von Klimaschäden für
1562 Länder des globalen Südens muss massiv erhöht werden. Die verabredeten

1563 Finanzierungszusagen auf der Weltklimakonferenz im November 2024 sind weit unter
1564 dem realen Bedarf. Die Finanzierung darf nicht zu weiterer Verschuldung führen
1565 oder mit Entwicklungshilfe verrechnet werden.

1566 Mehr Kreislaufwirtschaft weniger Abfälle

1567 Die Rohstoffwende kann nur gelingen, wenn wir Ressourcen länger nutzen und nach der
1568 Nutzung wieder in die Produktion einspeisen - so entsteht eine Kreislaufwirtschaft.
1569 Dafür benötigen wir strengere Vorgaben für Haltbarkeit und Produkte ohne
1570 Sollbruchstellen. Wir wollen Reparieren und Wiederverwenden, statt wegzuwerfen. Was
1571 wirklich weg muss, wollen wir recyceln, damit wir wertvolle Rohstoffe wieder zurück
1572 in den Kreislauf führen können.

1573 • Wir fordern höhere gesetzliche Recyclingquoten und höhere Einsatzquoten für
1574 wiederverwertete Stoffe.

1575 • Wir wollen neue Ökodesignvorgaben für nachhaltige Produkte: Wir stellen
1576 Anforderungen an Lebensdauer von Produkten. Updates, Upgrades, Reparaturen, und
1577 die Weiterverwendung müssen möglich sein. Auch das Recycling von Produkten am
1578 Ende ihres Lebenszyklus muss so einfach wie möglich sein.

1579 • Hersteller müssen für die Kosten für Rücknahme, Transport, Wiederaufbereitung
1580 oder Entsorgung ihrer Produkte verantwortlich sein.

1581 Rund 16 Millionen Tonnen Abfall werden jährlich aus Deutschland exportiert - oft in
1582 den globalen Süden. Dort wird er unter verheerenden sozialen und ökologischen
1583 Bedingungen entsorgt und verarbeitet.

1584 • Wir wollen weg vom Müll hin und hin zur Wiedergewinnung von Rohstoffen als Teil
1585 von regionalen Produktionsketten. Das Müllaufkommen wird insgesamt reduziert:
1586 Hierfür fordern wir Abgaben auf Einwegverpackungen für die Verkäufer und setzen
1587 uns in der EU für ein einheitliches Pfandsystem für Ein- und
1588 Mehrweggetränkeflaschen ein.

1589 • Müllexporte aus der EU wollen wir verbieten. Die illegale Müllverschiffung von
1590 Elektroschrott (E-Waste) wollen wir intensiver bekämpfen.

1591 • Abfallbehandlung und Abfallentsorgung müssen als Bestandteile der
1592 Daseinsvorsorge zurück in die öffentliche Hand. Nur so kann eine soziale und
1593 ökologische Abfallwirtschaft garantiert werden.

1531 Mobilität für alle

1532 Staufrust für Autopendler*innen und Stress beim Bahnfahren nehmen zu - und der
1533 Verkehrssektor trägt immer noch nichts dazu bei, dass die Klimaziele erreicht werden.
1534 Das 9-Euro-Ticket kostet jetzt 58 Euro, die Bahn kommt zu spät und E-Autos sind zu
1535 teuer für Normalverdiener und zu groß, um die Umwelt wirklich zu schonen. Dabei hat
1536 das 9-Euro-Ticket gerade gezeigt, dass ein gutes und günstiges öffentliches
1537 Verkehrsangebot stark angenommen wird.

1538 Die Ampel-Regierung hat mit einem höheren CO2-Preis das Autofahren teurer gemacht.

1539 Die Alternativen, damit das Auto stehen bleiben kann, wurden aber nicht geschaffen.

1540 Kaum ein Zug fährt stündlich, dafür sind viele überfüllt. Fast die Hälfte der

1541 Strecken sind nicht einmal elektrifiziert. Aber die Bahn versenkt Milliarden in

1542 Prestigeprojekte wie Stuttgart 21.

1543 Die Autolobby ruft nach E-Fuels und dem Aus für das Verbrenner-Aus. Dabei braucht es
1544 das Gegenteil: Eine konsequente Mobilitätswende! Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs
1545 und der Schienen mit günstigen Ticketpreisen. Gute Verbindungen auch in der Nacht und
1546 im ländlichen Raum. Städte mit kurzen Wegen. Dann gibt es auch Planungssicherheit für
1547 die Industrie und es schafft gute Industriejobs im Schienen- und Fahrzeugbau (siehe
1548 Kapitel Transformation).

1549 Alternativen zum Fliegen und zum Autofahren müssen für alle funktionieren. Sonst kann
1550 niemand das Auto stehen lassen. Um den großen Investitionsbedarf der
1551 Verkehrsinfrastruktur vom jährlichen Bundeshaushalt unabhängig und damit
1552 längerfristig verlässlich zu machen, schlagen wir die Schaffung eines
1553 Verkehrsträgerübergreifenden, mehrjährigen Infrastrukturfonds nach Schweizer Vorbild
1554 vor.

1555 Öffentlicher Nahverkehr- rund um die Uhr, in der Fläche, barrierefrei und bezahlbar
1556 Das 9-Euro Ticket hat gezeigt: Ein sehr viel günstigerer Nahverkehr ist möglich und
1557 wird auch nachgefragt. Die Menschen wollen und brauchen ein sehr viel besseres
1558 öffentliches Verkehrsangebot. Jede zwanzigste Autofahrt konnte durch das Ticket
1559 vermieden werden - und dabei war es nur 3 Monate lang zu kaufen. Die Erhöhung des
1560 Abopreises auf 58 Euro ist fatal und die unterschiedlichen Lösungen in den Ländern
1561 müssen bundesweit einheitlich gestaltet werden. Mit einer Mehrwertsteuerbefreiung für
1562 den öffentlichen Nahverkehr wird kurzfristig Geld für den Nahverkehr frei. Die
1563 Mitnahme von Kindern bis 14 Jahren, von Fahrrädern und Hunden muss inklusive sein.
1564 Für alle Deutschlandticket- Abonent*innen fordern wir sechs Freifahrten pro Jahr im
1565 Fernverkehr. Wir wollen das 9-Euro-Ticket sofort wieder einführen. Für Schüler*innen,
1566 Azubis, Studierende und Senior*innen wollen wir ein sofortiges 0-Euro-Ticket.
1567 Perspektivisch fordern wir einen kostenfreien ÖPNV in ganz Deutschland.
1568 Pendlerpauschale wollen wir durch ein Mobilitätsgeld ersetzen. Das
1569 Dienstwagenprivileg für reiche Menschen, die sich Luxus-Autos (ob elektrisch oder
1570 nicht) damit kaufen, schaffen wir hingegen ab.

1571 Wir setzen uns ein für ein Recht auf nachhaltige Mobilität. Das heißt: Jede Ortschaft
1572 braucht tagsüber eine mindestens stündliche Anbindung an Bus und Bahn. Dabei können
1573 Angebote wie Bürgerbusse oder Anrufsammeltaxis einbezogen werden und die
1574 Grundversorgung ergänzen. Auch in der Nacht muss ein Grundangebot vorhanden sein,
1575 gegebenenfalls durch Rufangebote. Wir wollen die privatisierten
1576 Nahverkehrsunternehmen in die öffentliche Hand zurückholen und demokratisch
1577 organisieren! Unsere Busse und Bahnen sind zu wichtig, dass wir sie dem Markt
1578 überlassen können. Wir wollen öffentliche und gemeinnützige Car-Sharing-Plattformen
1579 fördern, um ein Leben ohne eigenes Auto zu fördern. Bei autonomem Fahren gibt es
1580 große technologische Herausforderungen sowie datenschutz- und haftungsrechtliche
1581 Bedenken. Wir machen uns deshalb keine Illusionen, dass autonomes Fahren absehbar die
1582 Mobilitätsprobleme lösen kann. Um die Fahrgastzahlen bis 2030 zu verdoppeln werden
1583 150.000 Fahrer*innen im ÖPNV benötigt, weitere zehntausende bei der Bahn. Mehr
1584 Personal ist nur mit besserer Bezahlung und Entlastung für die Beschäftigten zu
1585 haben.

1586 Die Mobilität der Zukunft gehört dem Fuß-, Rad-, und öffentlichen Nahverkehr.
1587 Sogenannte E-Fuels, sind äußerst ineffizient und teuer. Sie werden, ebenso wie
1588 Biokraftstoffe und Wasserstoff, auch zukünftig knapp bleiben und können nur da

1589 eingesetzt werden, wo es wirklich keine bessere Alternative gibt. Biokraftstoffe sind
1590 für uns überhaupt nur eine Alternative, wenn sie regional produziert sind und nicht
1591 in der Konkurrenz zu Lebensmitteln stehen. Importe von Biokraftstoffen lehnen wir ab.
1592 Für den Individualverkehr sind sie keine realistische Option, ebenso wie E-Fuels.
1593 Deshalb ist die Orientierung auf E-Autos richtig. Es braucht langfristige
1594 Planungssicherheit für Verbaucher*innen und Industrie, daher halten wir am Auslaufen
1595 von Neuwagenverkauf für Verbrenner entsprechend der gültigen EU-Richtlinie fest. Nach
1596 Bedarf fördern wir den Umstieg auf effiziente E-Autos für Handwerk, soziale Dienste,
1597 Taxibetriebe, Kleingewerbe und Menschen auf dem Land mit niedrigem Einkommen. Um
1598 Menschen und Klima zu schützen, brauchen wir endlich ein Tempolimit von 120 km/h auf
1599 Autobahnen und innerorts in Tempo 30 - außer auf Hauptverkehrsachsen.

1600 Bahn: Reparieren, ausbauen und gemeinnützig betreiben!

1601 Die Bahn ist ein lebenswichtiger Teil der Daseinsvorsorge unserer Gesellschaft. Sie
1602 ist das Rückgrat des ÖPNV. Die Form einer Aktiengesellschaft mit ihren
1603 Profitinteressen steht dazu im Widerspruch. Mit der Gemeinwohlorientierung für die
1604 Infrastruktursparte der Bahn (InfraGo) wurde der nur der halbe Weg gegangen. Wir
1605 wollen eine Bürgerbahn statt einer profitorientierten Bahn. Wir wollen einen
1606 integrierten Konzern statt Ausverkauf. Wir wollen eine Bahn in der Fläche statt
1607 Milliardengräber wie Stuttgart 21.

1608 Damit die Bahn wieder pünktlich und zuverlässig fährt, muss das Netz saniert,
1609 elektrifiziert, Strecken reaktiviert und ausgebaut werden, natürlich barrierefrei.
1610 Wir halten am Ziel fest bis 2030 den Anteil des Schienengüterverkehrs mindestens auf
1611 25% zu erhöhen und den Schienenpersonenverkehr zu verdoppeln. Für uns ist klar:
1612 Planungs- und Baukapazitäten sind begrenzt. Wer Bahnstrecken und Brücken beschleunigt
1613 ausbauen und sanieren will, muss auf Neu- und Erweiterungsbau von Autobahnen
1614 verzichten. Wir wollen uns beim Straßenbau auf die Sanierung des Bestands
1615 konzentrieren.

1616 Eine pünktliche Bahn braucht nicht nur sanierte Schienen. Sie benötigt auch genügend
1617 einsatzfähiges Personal. Dafür müssen die Arbeitsbedingungen attraktiver werden. Die
1618 langen Abwesenheiten im Fahrdienst und Zugservicebereich müssen verkürzt und durch
1619 zusätzliche Freizeit ausgeglichen werden. (TÜ [LN 257](#))

1620 Die Bahn muss zu einer echten Alternative werden.

1621 • Wir wollen bezahlbare Bahnpreise! Dazu wollen wir die Deutsche Bahn gesetzlich
1622 verpflichten, die Strom- und Trassenpreise senken und die Mehrwertsteuer für
1623 Bahntickets abschaffen (siehe Kapitel Preise und Steuern).

1624 • Dafür braucht jede Großstadt stündliche Fern- und Nachtzugesverbindungen - quer
1625 durch Europa! So machen wir Fliegen auf vielen Strecken überflüssig.

1626 • Flüge, die kürzer sind als 500 Kilometer oder fünf Zugstunden wollen wir
1627 verbieten. Neue Flughafenkapazitäten sind nicht nötig.

1628 • Den sozialen und ökologischen Dumpingwettbewerb im Luftverkehr wollen wir
1629 unterbinden. Bahn- und Flugverkehr müssen endlich steuerlich gleichgestellt
1630 werden: Wir wollen eine einheitliche Kerosinsteuer in der EU und auf Flugtickets
1631 ins Ausland soll der volle Mehrwertsteuersatz fällig werden.

1632 Die Zeit für übertriebenen Luxus der Reichen, die das Klima zerstören, ist vorbei.

- 1633 • Wir wollen Privatjets und Megayachten über 60 Metern Schiffslänge verbieten. Es
1634 darf keine öffentliche Förderung für Flugtaxis geben.
- 1635 • Während sich die einen den Besuch bei den Verwandten im Ausland kaum leisten
1636 können, machen andere Kurztrips zum Shoppen nach Dubai. Anstatt pauschaler
1637 Mehrbesteuerung von Flügen über den CO-2 Preis fordern wir Vielfliegersteuer: Ab
1638 dem fünften Flug pro Jahr kostet jeder weitere Flug weitere 200 Euro mehr.
- 1639 • Wir wollen den Güterverkehr auf der Straße reduzieren und auf die Schiene
1640 verlagern. Tausende Autobriden sind marode, sie sind schlicht nicht für die
1641 Menge und Schwere der heutigen LKW-Transporte ausgelegt.
- 1642 • Gigaliner und Oberleitungen für LKW lehnen wir deshalb ab. Wir müssen den
1643 Gütertransport neu denken. Regionale Wirtschaftskreisläufe vermeiden unnötige
1644 Transporte. Wir machen Schiene und Wasser zum Rückgrat des Güterverkehrs, damit
1645 dies gelingt, wollen wir Gleisanschlüsse und lokale Logistikzentren fördern.
1646 Auch Güterverkehr unter 300 Kilometern Wegstrecke muss wieder stärker auf die
1647 Schiene verlagert werden.
- 1648 • Gute Arbeitsbedingungen für LKW-Fahrer*innen heißt auch vernünftige Raststätten.
1649 Wir wollen Raststätten wieder gemeinwohlorientiert organisieren und Sanifair
1650 abschaffen: Schluss mit der Toiletten-Abzocke!
- 1651 • Die Überseehäfen sollen besser untereinander kooperieren (nationale
1652 Hafenplanung) und
1653 Hinterlandanbindungen mit der Bahn bekommen. Der Bund muss endlich mehr
1654 Verantwortung für die enormen Hafeninvestitionen übernehmen. Privatisierung der
1655 Hafeninfrastruktur oder ihren Ausverkauf an Großreedereien führen zu
1656 strukturelle Abhängigkeiten und Sicherheitsrisiken. Wir brauchen gute
1657 Arbeitsbedingungen, egal, ob beim Güterverkehr auf der Straße, der Schiene oder
1658 dem Wasser. (TÜ [LN 259](#))
- 1651 Agrarwende jetzt!
- 1652 Wir brauchen eine soziale und ökologische Agrarwende, die ihren Namen auch verdient.
1653 Die Linke kämpft für eine sozial gerechte und auf das Gemeinwohl orientierte
1654 Landwirtschaft, die das Klima und die Natur schont und mit dem Tierschutz vereinbar
1655 ist.
- 1656 Wir stehen an der Seite der Landwirt*innen. Sie leisten für die Gesellschaft
1657 überlebensnotwendige Arbeit. Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, müssen
1658 davon gut leben können. Dafür wollen wir Grund und Boden gerechter verteilen und
1659 Landwirt*innen sozial absichern.
- 1660 Wir wollen nicht große Konzerne weiter in den Mittelpunkt der Agrarpolitik stellen,
1661 sondern die Versorgung der Menschen mit guten, bezahlbaren Lebensmitteln. Während die
1662 Lebensmittelkonzerne Extra-Profite einstreichen und die Inflation anheizen, können
1663 Landwirt*innen von ihren Erzeugnissen kaum leben. Einige wenige werden reicher,
1664 während die große Mehrheit höhere Preise für Lebensmittel zahlen muss.
- 1665 • Regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen: Das ist unsere
1666 Gegenstrategie zur monopolartigen Marktmacht von Schlachthof-, Molkerei- und
1667 Handelskonzernen. Dafür braucht es gerechte Lieferbeziehungen sowie ein starkes
1668 und wirksames Kartellrecht. Monopole müssen entflochten werden und Preiswächter

- 1669 müssen durchgreifen können (siehe Kapitel „Leben bezahlbar machen“). Wo es nötig
1670 ist, wollen wir mit Mindestzeugeterpreisen Landwirt*innen schützen.
- 1671 • Gute Arbeitsbedingungen und Einkommen: Wir wollen flächendeckende Tarifverträge
1672 in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, mit Mindestlohn und
1673 Sozialversicherung auch für Saisonkräfte.
- 1674 • Regionale Wirtschaftskreisläufe: Durch Aufbau regionaler Schlacht- und
1675 Verarbeitungskapazitäten, die Unterstützung regionaler Marketinginitiativen,
1676 Bürgerräten sowie einem täuschungssicheren staatlichen Regionalsiegel.
- 1677 • Landwirtschaft im Einklang mit der Natur: Das geht nur, wenn die hohen
1678 Produktionsstandards der heimischen Agrarwirtschaft vor billigen Importen aus
1679 Drittländern, die unseren Standards nicht entsprechen, geschützt werden.
1680 Freihandelsabkommen zeigen in die falsche Richtung. Es braucht eine eindeutige
1681 Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln.
- 1682 • Patente auf Leben verbieten, den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen
1683 unterbinden. Auch die so genannten modernen Verfahren der Gentechnik wie zum
1684 Beispiel die Genschere müssen den gleichen Kontrollen und Regularien unterliegen
1685 wie die älteren Verfahren.
- 1686 • Glyphosat und Neonicotinoide verbieten. Bis 2030 soll der Einsatz von
1687 Pflanzenschutzmitteln um mindestens 50 Prozent verringert werden. Wir wollen
1688 Transparenz und ein strenges Regelwerk für die Zulassung von
1689 Pflanzenschutzmitteln. Durch eine ambitionierte Pestizidreduktions-Strategie und
1690 die Entwicklung von Düngemittelalternativen unterstützen wir die Agrarbetriebe
1691 beim ökologischen Umbau.
- 1692 • Bauernland gehört nicht in die Hand von Spekulanten und Investoren, die nicht
1693 aus der Landwirtschaft kommen: Wir stehen für ein Agrarstrukturgesetz, das
1694 gemeinschaftliches und öffentliches Eigentum an Grund und Boden stärkt und die
1695 Bäuer*innen schützt.
- 1696 • Sozialverträglicher Umbau der Tierhaltung: Für mehr Tierwohl, Klimaschutz und
1697 Umweltschutz. Wir wollen eine Ausweitung der Bundesförderung für tiergerechte
1698 Haltungssysteme für alle Tierarten, für die Einschränkung von
1699 Lebenstiertransporten, stärkere Kontrollen und dezentrale Schlachtstrukturen.
1700 Häufigere unangekündigte Kontrollen und härtere Strafen bei Verstößen gegen den
1701 Tierschutz sind nötig. Große Fleischfabriken, die Tier und Mensch gleichermaßen
1702 schaden, wollen wir dichtmachen.
- 1703 • Berichtswesen und Antragstellung vereinfachen: Hohe Umwelt- und
1704 Verbraucherschutzstandards in der Landwirtschaft sind uns wichtig. Sie müssen
1705 regelmäßig überprüft werden. Das Prinzip, Landwirtschaftsförderung an hohe
1706 Umweltstandards zu knüpfen, ist richtig. Landwirtinnen müssen für Fördergelder
1707 aber oftmals unnötig komplexe und teilweise redundante Anträge ausfüllen und sie
1708 an verschiedene Landes-, Bundes- und EU-Behörden verschicken. Wir wollen die
1709 Beantragung von Fördermitteln EU-weit vereinfachen und digitalisieren, damit
1710 Landwirt*innen weniger Zeit am Schreibtisch verbringen müssen.
- 1711 Bezahlbares und gesundes Essen für alle
- 1712 Gute Ernährung ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Wir wollen eine

1713 Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion, die Klima und Umwelt schützt und alle
1714 Menschen mit hochwertigen Produkten versorgt. Die Linke will, dass bezahlbares,
1715 gesundes und nachhaltiges Essen für alle garantiert ist.

1716 • Öffentliche Einrichtungen sollen ihre Lebensmittel regional und umweltfreundlich
1717 beziehen und sich an die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung
1718 halten.

1719 • Lebensmittel im Handel brauchen ein einheitliches staatliches Label, das Klima,
1720 Umwelt, Tierschutz, Gesundheit und soziale Aspekte berücksichtigt. Das muss
1721 überall erkennbar und transparent sein. Wir fordern mehr Lebensmittelkontrollen
1722 und dass die Ergebnisse im Internet und an der Ladentür veröffentlicht werden
1723 müssen.

1724 • Werbe- und Marketingverbot für ungesunde Lebensmittel, besonders für Kinder und
1725 Jugendliche. Der Zuckergehalt insbesondere in Softdrinks muss geregelt und
1726 begrenzt werden, ohne die Verbraucher*innen zu belasten.

1727 • Lebensmittelverschwendung soll verboten werden. (siehe Kapitel Preise)

1728 • Containern muss endlich entkriminalisiert werden.

1729 Artensterben stoppen, Natur und Meere schützen

1730 Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und zerstörte Ökosysteme
1731 wiederherstellen: Saubere, schadstofffreie Gewässer, Böden und Luft und eine
1732 wachsende biologische Vielfalt. Nur eine intakte Natur sichert auch das Leben für uns
1733 Menschen.

1734 • Die Mittel für natürlichen Klimaschutz müssen verdoppelt werden. Damit
1735 investieren wir in die Wiederherstellung von Ökosystemen und verbinden Klima-
1736 mit Naturschutz. Internationale Arten- und Naturschutzabkommen müssen konsequent
1737 umgesetzt werden. Schutzgebiete wie Natura 2000 und Wildnisflächen wollen wir
1738 ausweiten. Deutschland gehört in Europa zu den Schlusslichtern bei streng
1739 geschützten Flächen. Wir fordern 5 Prozent Wildnisflächen.

1740 • Wir fordern eine Positivliste zur Haltung von Haustieren, um exotische Tiere vor
1741 der Entnahme aus der Natur zu schützen.

1742 Die Linke unterstützt die Idee, die Natur als Rechtssubjekt anzuerkennen und fordert
1743 ein wirksames Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzverbände.

1744 Wasser ist Menschenrecht

1745 Mit dem Klimawandel spitzen sich die Verteilungskonflikte zu. Wollen wir Wasser
1746 nutzen für Lebensmittelanbau und öffentliche Schwimmbäder oder Golfplätze und private
1747 Swimmingpools? Die Linke steht in diesen Fragen auf der Seite der Mehrheit der
1748 Menschen: Gemeinwohl vor Profitinteressen. Wasser gehört in die Hände der
1749 Bürger*innen. Die öffentliche Hand muss den Zugang für alle zu fairen Preisen
1750 garantieren.

1751 • Bei der Planung und Verwirklichung von großen Industrieprojekten - wie Tesla in
1752 Grünheide - muss die lokale und regionale Versorgung mit Wasser geschützt
1753 werden. Die dauerhafte Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser darf nicht
1754 gefährdet werden.

1755 • Wir brauchen eine naturnahe Renaturierung von Gewässern und einen Aktionsplan

1756 Niedrigwasserschutz, um die Wasserversorgung aber auch das Leben in Gewässern zu
1757 gewährleisten. Dazu dient auch die Revitalisierung von Mooren und die
1758 Wiedereinrichtung von Auwäldern.

1759 Meere schützen

1760 Die Weltmeere machen rund 73 Prozent der Fläche unseres Planeten aus. Sie bieten
1761 Lebensräume für Tiere und Pflanzen, sind Nahrungsquellen, regulieren das Klima und
1762 produzieren Sauerstoff. Jedes Jahr gelangen acht Millionen Tonnen Müll in die Ozeane.
1763 Die Förderung von Öl und Gas vergiftet das Wasser, Überfischung und Klimaerwärmung
1764 zerstören Lebensräume.

1765 • Deutschland hat im September 2024 das UN-Hochseeschutzabkommen unterzeichnet,
1766 das Hochseegewässer unter Schutz stellt. Das Abkommen muss schnell ratifiziert
1767 und 30 Prozent der weltweiten Meeresflächen bis 2030 unter Schutz gestellt
1768 werden.

1769 • -

1770 • Die Linke setzt sich dafür ein, dass Fischfang wirksam reguliert und der Schutz
1771 der Meere mit verbindlichen Standards und harten Sanktionen durchgesetzt wird.
1772 Fischereisubventionen sollen an nachhaltige, soziale und Tierschutzstandards
1773 gekoppelt werden.

1774 • Die Belastung der Meere durch Müllentsorgung, Einleitungen von Landwirtschaft
1775 und Industrie müssen drastisch gemindert werden. Den Tiefseebergbau wollen wir
1776 international verbieten.

1777 • Kommerzieller Walfang muss gestoppt werden. Deutschland soll insbesondere auf
1778 Norwegen, Island und Japan Einfluss nehmen, um die Bejagung der Wale zu beenden.
1779 Verstöße gegen das internationale Walfangverbot müssen bestraft werden.

1780 Tiere schützen

1781 Die Linke steht für einen grundlegenden Wandel des Zusammenlebens von Menschen und
1782 Tieren. Tiere sind keine Dinge und kein Mittel zu Profit, sondern fühlende Wesen.
1783 Tierschutz muss unabhängig von Profitinteressen durchgesetzt werden: Von der
1784 Landwirtschaft bis zum Forschungslabor.

1785 • Wir setzen uns für eine umfassende Reformierung des Tierschutzgesetzes ein. Das
1786 Gesetz soll besser durchgesetzt werden und härtere Strafen vorsehen.

1787 • Wir fordern das bundesweite Verbandsklagerecht und die Verankerung eine*r
1788 unabhängigen, an der Gesetzgebung beteiligten Bundestierschutzbeauftragte*n.

1789 • Es braucht einen ambitionierten und konkreten Ausstiegsplan aus Tierversuchen.
1790 Schwerbelastende Tierversuche müssen sofort verboten werden.

1791 • Der Handel mit Tieren muss streng reguliert werden. Anonymität im Internet,
1792 Wilderei und der illegale Wildtierhandel müssen bekämpft werden. Wir wollen ein
1793 Verbot der Herstellung und des Importes von Pelzen.

1794 • Wir schützen wilde Tiere, indem wir Biotope verbinden. Durch Tierkorridore,
1795 Zäune und Geschwindigkeitsbegrenzungen reduzieren wir Wildunfälle.

1796 • Die Haltungsstandards in Zoos, im Gewerbe und in Haushalten müssen an die Tiere
1797 angepasst werden. Soziale Tiere dürfen nicht einzeln gehalten werden.

1798 Delfinarien, Wildtiere in Zirkussen und die Tierhaltung auf Jahrmärkten wollen

1799 wir verbieten. Wir streiten für ein Importverbot von Tieren, die in Zoos und
1800 Aquarien nicht artgerecht gehalten werden können. Wild gefangene Tiere dürfen
1801 nicht in Zootierhandlungen verkauft werden.

1802 • Qualzuchten und medizinisch nicht notwendige Eingriffe in die körperliche
1803 Unversehrtheit wollen wir verbieten.

1807 Planbares Lebens und starke Kommunen

1808 In der Stadt wie auf dem Land ist ein Grundangebot an öffentlichen Dienstleistungen
1809 unabdingbar. Man muss sich darauf verlassen können, dass der Bus fährt und man zu Fuß
1810 und mit dem Rad Geld abheben und Brötchen kaufen kann. Niemand will 30 Kilometer zur
1811 Kita oder zur Arztpraxis fahren. Es ist gut, wenn es in der Nähe Orte gibt, wo etwas
1812 los ist und mehr möglich ist als Spaziergehen und Netflix. Ganz offensichtlich
1813 regelt der Markt das nicht. In den letzten Jahrzehnten wurde die Infrastruktur
1814 systematisch kaputt gekürzt. Die Orientierung auf Profit hat dazu geführt, dass
1815 nichts mehr funktioniert. Die Eckneipe bleibt geschlossen, wenn die Menschen sich
1816 den Besuch dort nicht mehr leisten können. Die Folge: Wer kann, zieht weg und die
1817 Angebote kommen nicht zurück. Damit die Öffentliche Daseinsvorsorge wieder
1818 funktioniert muss Schluss sein mit Privatisierung und Kürzungen.

1819 Die Versorgung mit den grundlegenden Dingen muss endlich wieder funktionieren! Ein
1820 gutes, bezahlbares Angebot in der öffentlichen Daseinsvorsorge muss das Minimum sein.
1821 Wir wollen aber noch viel mehr: Mit guten öffentlichen Angeboten schaffen wir eine
1822 hohe Lebensqualität für alle und nicht für wenige. Momentan ist Versorgung eine
1823 Klassenfrage: Wer Luxusautos fährt, braucht keinen Nahverkehr. Wer einen Swimmingpool
1824 hat, braucht keine öffentlichen Schwimmbäder. Gute öffentliche Dienstleistungen
1825 kommen hingegen allen zugute. Wir fordern:

1826 • Kommunen müssen in der Lage sein, die notwendige soziale Infrastruktur
1827 vorzuhalten - hierfür brauchen wir eine Infrastrukturgarantie: Bus, Bäcker, eine
1828 Möglichkeit zum Geldabheben, Arztpraxen und Begegnungsorte müssen in jedem Ort
1829 vorhanden sein. (TÜ [LN 234](#)). Schwimmbäder, Jugendzentren, Wohnungslosenhilfe und
1830 Schulpsycholog*innen sind unverzichtbarer Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.
1831 Dazu müssen die Kommunen ausreichend finanziert werden.

1832 • Die kommunalen Haushalte müssen von den Sozialleistungen entlastet werden. Diese
1833 muss in vollem Umfang der Bund tragen. Kosten, die von Bund oder Ländern
1834 verursacht werden, müssen auch von dort finanziert werden (Konnexität).

1835 • Die Linke tritt für eine Reform der Gewerbesteuer in eine
1836 Gemeindefiskussteuer ein. Es soll einen höheren Mindeststeuersatz für die
1837 Kommunen geben, um Steuerdumping einzelner Kommunen auf Kosten der Allgemeinheit
1838 zu vermeiden.

1839 • Förderung auch ohne Eigenmittel der Kommunen: Wenn die Kommunen nur auf
1840 Fördermittel zugreifen können, wenn sie Eigenanteile erbringen, sind die
1841 Kommunen ausgeschlossen, die die Förderung am dringendsten benötigen. Wir wollen
1842 Bundesprogramme für Kommunen müssen verstetigen und bürokratische Hürden
1843 abbauen!

1844 • Die Kommunen müssen ihre Aufgaben stärker eigenständig wahrnehmen können, statt
1845 an sie an private Anbieter zu vergeben! Der lokale Energieversorger und

- 1846 kommunale Wohnungsbaugesellschaften sollten keine Profite machen müssen, um den
1847 kommunalen Haushalt zu sanieren. Wir fordern einen Re-Kommunalisierungsfonds aus
1848 Bundesmitteln, auf den Kommunen und Länder zurückgreifen können, um
1849 privatisierte Betriebe zurück in die öffentliche Hand zu holen und gemeinnützig
1850 zu betreiben.
- 1851 • Wir wollen Selbstverwaltung und lokale Mitbestimmung stärken und der Spielraum
1852 der Kommunen vergrößern.
- 1853 • Um die Nahversorgung im Wohnumfeld zu sichern, wollen wir leerstehendes Gewerbe
1854 (insbesondere große Gewerbeflächen wie Shoppingmalls oder Warenhäuser) in
1855 kommunale oder genossenschaftliche Hand überführen und zu Sorgezentren umgenutzt
1856 werden.
- 1857 • Wir setzen uns für autofreie Innenstädte ein - selbstverständlich mit Ausnahmen
1858 für Menschen mit besonderen Bedarfen oder Lieferverkehr. Ob auf dem Weg zur
1859 nächsten Haltestelle oder Bahnhof oder auch so von A nach B, überall soll es
1860 angenehm und sicher sein, sich zu Fuß oder per Rad zu bewegen. Die alltägliche
1861 Versorgung soll an allen Orten in 15 Minuten fußläufig erreichbar sein. (TÜ [LN](#)
1862 [228](#)) Wir setzen uns für mehr Platz auf den Straßen, mehr sichere und intakte
1863 Rad- und Fußwege und mehr Fahrradabstellanlagen ein. Deutschland braucht ein
1864 flächendeckendes bundesweites Radverkehrsnetz.
- 1865 • Die sogenannte „Smart City“ darf kein Geschäftsmodell großer Konzerne bleiben.
1866 Neue Technologien gehören in Bürger*innenhand, um ihre Teilhabe bei der
1867 Entwicklung des Wohnumfelds zu verbessern.
- 1868 • Mit zunehmender Klimaerwärmung müssen wir unsere Städte umbauen - die Hitze wird
1869 im Sommer unerträglich, und eine Gefahr für die Gesundheit und das Leben und es
1870 kommt immer häufiger zu Trinkwasserknappheit. Das trifft besonders Menschen, die
1871 ihre Arbeit im Freien verrichten, aber auch Kinder auf Spielplätzen und alte
1872 Menschen. Klimaanpassung und Katastrophenschutz müssen als selbstverständliche
1873 Aufgaben der öffentlichen Versorgung definiert werden.
- 1874 • Wir wollen mehr Parks und Grünflächen, Kleingärten und Gemeinschaftsgärten gegen
1875 die Hitze, öffentliche Toiletten und Wasserspender. Gebäude- und
1876 Flächenbegrünung wollen wir ausweiten, da Pflanzen eine kühlende Wirkung haben.
- 1877 • Wir müssen Flächenentsiegelung vorantreiben, Städte müssen zu Schwammstädten
1878 werden und vor Flutkatastrophen geschützt werden Den Luftaustausch zwischen der
1879 Stadt und dem Umland wollen wir durch eine bessere Raumplanung verbessern.
- 1880 • Wir wollen Sorgearbeit vergesellschaften! Um die Nahversorgung im Wohnumfeld zu
1881 sichern, wollen wir leerstehendes Gewerbe (insbesondere große Gewerbeflächen wie
1882 Shoppingmalls oder Warenhäuser) in kommunale oder genossenschaftliche Hand
1883 überführen und zu Sorgezentren umnutzen. Sie sollen Menschen entlasten durch
1884 Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige und leicht zugängliche soziale
1885 Dienstleistungen wie Gesundheitsberatung, Bildungsberatung und administrativer
1886 Hilfe. Zudem braucht es konsumfreie Orte, an denen sich Menschen treffen können.
1887 (TÜ [LN 215](#) & [LN 255](#))
- 1888 • Die Städtebauförderung muss auf inklusive und umfassend barrierefreie
1889 Stadtentwicklung ausgerichtet werden, in denen ein gleichberechtigtes
1890 Zusammenleben aller Menschen mit und ohne Behinderung erreicht wird:

1891 universelles Design (Design für alle bzw. Nutzen-für-alle-Konzept) gemäß Artikel
1892 2 der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen.

1893 • Bundesregularien sollen es Stadt planer*innen ermöglichen, verstärkt
1894 »Freiräume«, wie für Clubkultur, zu berücksichtigen, die für eine partizipative
1895 und experimentelle Nutzung offenstehen.

1896 Außerdem fordern wir für alle Städte und Gemeinden:

1897 • Ein Bildungssystem, das Ungerechtigkeit bekämpft, anstatt sie zu verstärken. Wir
1898 wollen den Ausbau einer familienentlastenden Infrastruktur mit guter
1899 Erreichbarkeit vorantreiben. Gute Schulen und Kitas müssen in allen Stadtteilen
1900 selbstverständlich sein (siehe Kapitel Bildung).

1901 • Pünktliche Busse und Bahnen, die auch ins Umland regelmäßig fahren und in
1902 Zukunft kostenfrei sind (siehe Kapitel Mobilität).

1903 • Zugang für alle zu überwiegend lokal und gemeinwirtschaftlich produzierter,
1904 preiswerter Energie zu sozial gestaffelten Preisen (siehe Kapitel Preise und
1905 Transformation).

1906 • Die Gesundheitsversorgung und die Pflege an den Bedürfnissen der Patient*innen
1907 und Beschäftigten ausgerichtet anstatt an Wettbewerb, Kostendruck und Profit.
1908 Wir unterstützen Modellprojekte für neue Versorgungsformen wie die bestehenden
1909 und entstehenden Stadtteilgesundheitszentren und Polikliniken (siehe Kapitel
1910 Gesundheit).

1911 • Bezahlbaren Wohnraum für alle (siehe Kapitel Wohnen).

1904 Gerechtigkeit für Ostdeutschland

1905 Die Menschen in Ostdeutschland haben in den letzten 35 Jahren eine Menge erreicht.
1906 Nach dem industriellen und sozialen Kahlschlag und der Massenarbeitslosigkeit nach
1907 der Wende haben sie sich ein neues Leben aufgebaut. Der Ausverkauf durch die Treuhand
1908 wirkt aber immer noch nach: von wenigen Leuchtturmregionen abgesehen, bilden die
1909 ostdeutschen Bundesländer noch immer die größte zusammenhängende strukturschwache
1910 Region Deutschlands. Die Einkommen sind durchschnittlich 17 Prozent niedriger als im
1911 Westen, die Renten auch nach 40 Versicherungsjahren 150 Euro geringer als in
1912 Westdeutschland. In Führungspositionen sind Ostdeutsche deutlich seltener vertreten,
1913 das hat die Ampelregierung nichts geändert. Ostdeutsche leisten so viel wie alle
1914 anderen, aber sie bekommen nicht das Gleiche dafür. Das muss sich endlich ändern!

1915 • Jede*r vierte Ostdeutsche muss mit einem Einkommen nur knapp über dem
1916 Mindestlohn zurechtkommen. Fast 30 Prozent der Ostdeutschen arbeiteten für
1917 weniger als 14 Euro pro Stunde. Der gesetzliche Mindestlohn muss hoch auf
1918 mindestens 15 Euro und die Tarifbindung gestärkt werden, damit alle von ihrer
1919 Arbeit gut leben können (siehe Kapitel Arbeit).

1920 • Sichere Renten und gleiche Rente für gleiche Lebensleistung! Der
1921 Umrechnungsfaktor für Ostrenten muss bis 2030 fortgeführt werden oder bis zu dem
1922 Zeitpunkt, an dem die Durchschnittslöhne im ersten Flächenland im Osten höher
1923 sind als in einem Westflächenland. Wir fordern eine rechtliche Korrektur der
1924 Rentenüberleitung. Eine Rente nach Mindestentgeltpunkten muss die Renten für
1925 Beschäftigte erhöhen, die weniger als 80 Prozent des Durchschnittsentgelts
1926 bekommen haben.

- 1927 • Verlässliche Investitionspläne müssen die wirtschaftliche Transformation
 1928 absichern, speziell auch in den Autoregionen und neue Arbeitsplätze im Bau und
 1929 der Wartung von Schienenfahrzeugen schaffen. Die Beschäftigten sichern wir mit
 1930 Beschäftigungsgesellschaften- und Einkommensgarantien ab (siehe Kapitel
 1931 Wirtschaftstransformation). Wirtschafts- und Sozialräte können an die Tradition
 1932 der Runden Tische in Ostdeutschland anschließen. Genossenschaftliche
 1933 Wirtschaftsformen, Betriebsübernahmen durch die Belegschaften und kommunale
 1934 Eigenbetriebe wollen wir stärken und fördern - u.a. durch unseren
 1935 Investitionsfonds für die Industrie (siehe Kapitel Wirtschaftstransformation).
- 1936 • Kommunen brauchen verlässliche Finanzierung für die Daseinsvorsorge vor Ort. Wir
 1937 wollen soziale Zentren in allen Gemeinden schaffen, die Unterstützung und
 1938 Basisleistungen wie Bank, Post und Internetzugang ermöglichen.
 1939 Gesundheitsversorgung durch niedergelassene Ärzte, Ambulanzen und Krankenhäuser
 1940 muss flächendeckend gesichert und der Kahlschlag gestoppt werden! (siehe Kapitel
 1941 ÖVD) Bus- und Bahnanschluss in jedes Dorf mindestens im Stundentakt und
 1942 Rufangeboten in der Nacht (siehe Kapitel Mobilität).
- 1943 • Ausbildungsbetriebe in Ostdeutschland müssen gestärkt werden, damit Jugendliche
 1944 ihre Ausbildung in der Nähe ihres Heimatortes machen können. (TÜ [LN 76](#))
- 1942 Geschlechtergerechtigkeit herstellen - Arbeit umverteilen
- 1943 Noch immer haben Frauen weniger Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben wie Männer.
 1944 Sie erhalten durchschnittlich weniger Geld und arbeiten fast doppelt so häufig im
 1945 Niedriglohnssektor. Wir verstehen uns als sozialistische und feministische Partei und
 1946 streben die materielle Gleichstellung der Geschlechter an. Unser Ziel ist die
 1947 gerechte Umverteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit, von Haus- und
 1948 Erwerbsarbeit sowie von sozialen, politischen und ökonomischen Machtressourcen
 1949 zwischen allen Geschlechtern (TÜ [LN 92](#)). Das bedeutet für uns
 1950 Geschlechtergerechtigkeit.
- 1951 • Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich gefördert werden. Im Leben soll
 1952 genügend Zeit für Erwerbsarbeit, für Familie, die Sorge für Kinder, Partner und
 1953 Freunde, für politisches Engagement, für individuelle Weiterbildung, Freizeit
 1954 und Kultur sein. Wenn alle ihre Erwerbsarbeitszeit auf eine „vollzeitnahe
 1955 Teilzeit“ verkürzen (mehrheitlich die Männer) bzw. erhöhen (mehrheitlich die
 1956 Frauen) profitieren alle davon. Die „vollzeitnahe Teilzeit“ muss zur „neuen
 1957 Normalarbeitszeit“ in Bereichen des öffentlichen Sektors werden, z. B. in
 1958 Krankenhäusern, Pflegeheimen oder Kitas. (TÜ LN 93 & 151) Wir unterstützen die
 1959 Gewerkschaften in allen Branchen bei ihren Forderungen nach einer geringeren
 1960 Wochenarbeitszeit oder einer Vier-Tage-Woche bei vollem Lohn- und notwendigem
 1961 Personalausgleich in allen Branchen. (TÜ [LN 49](#))
- 1962 • Wir wollen die Steuerpolitik geschlechtergerechter machen und setzen uns für
 1963 eine Reform des Ehegattensplittings in Richtung einer Individualbesteuerung mit
 1964 übertragbarem Grundfreibetrag ein. So wirken wir alten Geschlechterrollen in der
 1965 Steuerpolitik entgegen.
- 1966 • Wir halten an der Forderung nach politischer Parität fest. Wir setzen uns dafür
 1967 ein, dass es im Wahlrecht die Regelung gibt, dass 50 Prozent der Listenplätze
 1968 und Mandate bei öffentlichen Wahlen auf Frauen entfallen müssen. (TÜ LN 95, [LN](#)

- 1969 [156](#) & [LN 157](#))
- 1970 • Körperliche und reproduktive Selbstbestimmung für alle sind zentrale
- 1971 Voraussetzungen für eine selbstbestimmte Familien- und Lebensplanung. Deshalb
- 1972 muss die Entscheidung gegen eine Schwangerschaft frei von Zwängen, Hindernissen
- 1973 und Stigmatisierung möglich sein. § 218 StGB muss ersatzlos gestrichen werden.
- 1974 Die Versorgungslage ungewollt Schwangerer muss deutschlandweit verbessert werden
- 1975 und Beratungsangebote freiwillig statt verpflichtend sein. Der
- 1976 Schwangerschaftsabbruch muss als medizinischer Eingriff gelten, der zur
- 1977 gesundheitlichen Versorgung dazu gehört. (TÜ [LN 146](#))
- 1978 • Sämtliche Verhütungsmethoden sollen von den Krankenkassen bezahlt werden.
- 1979 • Selbstbestimmung bei der Geburt: In einigen Regionen ist die Wahlfreiheit bei
- 1980 der Geburt nicht mehr möglich, da die klinische Geburtshilfe zentralisiert wurde
- 1981 oder die freiberufliche Geburtshilfe weggefallen ist. Natürliche Geburten sind
- 1982 weniger profitabel, die Kaiserschnittquote ist deshalb drastisch erhöht. Ohne
- 1983 eine wohnortnahe Versorgung werden Kinder ggf. unterwegs geboren. Wegen
- 1984 Personalmangel und Überlastung müssen oft mehrere Geburten gleichzeitig betreut
- 1985 werden müssen
- 1986 [Geburtsmedizin und Geburtshilfe](#). (TÜ [LN 212](#))
- 1987 • Eine Grundausstattung an Menstruationsprodukten sollen in allen öffentlichen
- 1988 Einrichtungen kostenfrei abgegeben werden.
- 1989 • Selbstständige Frauen, die schwanger und bald Mutter werden, brauchen eine faire
- 1990 und finanzielle Absicherung, damit dies nicht zu einem Risiko für Frau und Kind
- 1991 wird. Wir wollen dafür die gesetzlich für Krankenkassenversicherungen
- 1992 stärker in die Pflicht nehmen. Wir wollen mehr Selbstbestimmung für die Frauen
- 1993 beim Mutterschutz. Einige Bestimmungen beim Beschäftigungsverbot sind nicht mehr
- 1994 zeitgemäß und widersprechen den Wünschen der schwangeren Frauen
- 1995 • Eine künstliche Befruchtung ("Kinderwunschbehandlung") muss auch bei
- 1996 unverheirateten heterosexuellen Paaren sowie lesbischen und queeren Paaren von
- 1997 den gesetzlichen Krankenkassen (teil-)finanziert werden. (TÜ [LN 146](#))
- 1998 • Die „Istanbul-Konvention“ zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
- 1999 und häuslicher Gewalt muss in Deutschland endlich vollständig umgesetzt werden.
- 2000 Dafür muss die Koordinierungsstelle eingerichtet und eine Gesamtstrategie zur
- 2001 Bekämpfung und Prävention von Gewalt gegen Frauen entwickelt werden.
- 2002 Frauenhäuser müssen bedarfsgerecht und verlässlich finanziert werden. Schutz
- 2003 und Beratung müssen für alle Frauen und ihre Kinder überall in
- 2004 Deutschland kostenfrei, anonym, pauschal und barrierefrei zur Verfügung stehen.
- 2005 Das Sorge- und Umgangsrecht muss dafür Sorge tragen, dass Partnerschaftsgewalt
- 2006 als Kindeswohlgefährdung anerkannt wird. (TÜ LN 147)
- 2007 • Das „Gesetz über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt“
- 2008 muss auch in der betrieblichen Praxis angekommen. Wir wollen deshalb u.a. das
- 2009 Arbeitsschutzgesetz um die Aspekte „Gewalt und sexuelle Belästigung“ ergänzen.
- 2010 • Wir wollen alle neuen Gesetze auf ihre Auswirkung auf die
- 2011 Geschlechtergerechtigkeit untersuchen. Die Bundesregierung muss eine
- 2012 ressortübergreifende und langfristig angelegte Gleichstellungsstrategie
- 2013 verabschieden.

2014 Queere Kämpfe haben viel erreicht. Doch weiterhin und sogar wieder zunehmend gibt es
2015 Anfeindungen, Diskriminierung und Gewalt gegenüber queeren Menschen. Rechtsextreme
2016 Angriffe auf queere Demonstrationen und Räume häufen sich. Die Linke kämpft für
2017 Vielfalt und Freiheit. Wir streiten dafür, dass Freiheit und Emanzipation nicht an
2018 den Geldbeutel gebunden ist, Ohne eine gute soziale Sicherung für Jede*n, ohne
2019 ausfinanzierte queere Projekte und Antidiskriminierungsarbeit werden queere Menschen
2020 nicht wirklich selbstbestimmt leben können.

2021 • Queere Orte, Jugendzentren, Projekte, Bars und Clubs müssen geschützt werden -
2022 auch vor Wuchermieten und Kürzungen staatlicher Zuschüsse. Die queere
2023 Jugendarbeit muss kommunale Pflichtaufgabe werden. Queere Selbstorganisation
2024 muss gestärkt werden - auch im ländlichen Raum.

2025 • Artikel 3 des Grundgesetzes muss um den Schutz der sexuellen Orientierung und
2026 der geschlechtlichen Identität erweitert werden.

2027 • Studien belegen, dass queere Menschen durchschnittlich schlechter bezahlt
2028 werden. Hiergegen bedarf es wirksamer Maßnahmen wie der betrieblichen
2029 Selbstorganisation queerer Menschen, des Abschlusses von Betriebs- oder
2030 Dienstvereinbarungen und der Arbeit von Beschwerdestellen nach dem Allgemeinen
2031 Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

2032 • Das Selbstbestimmungsgesetz (SBGG) ist in seiner jetzigen Form mangelhaft und
2033 muss verbessert werden. Absurde Regelungen etwa mit Blick auf den Kriegsfall
2034 oder rassistische Ausschlüsse etwa von Geflüchteten müssen gestrichen werden.

2035 • Queerfeindliche Gewalt und Diskriminierung muss überall bekämpft werden. Dafür
2036 braucht es einen ausfinanzierten Aktionsplan „Queer leben“. Darüber hinaus
2037 wollen wir ein bundesweites Antidiskriminierungsgesetz und eine Novelle des
2038 Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes.

2039 • Wir wollen, dass es eine umfassende Gesundheitsversorgung queerer Menschen gibt
2040 und diese - gerade für trans* - auch von den Krankenkassen übernommen wird.
2041 Medizinische Versorgungseinrichtungen müssen niedrigschwellig und
2042 diskriminierungsfrei sein, Zugangsmöglichkeiten z. B. zur PreP (Prä-Expositions-
2043 Prophylaxe) ausgebaut werden.

2044 • Regenbogenfamilien müssen gleichgestellt werden. Das Abstammungsrecht muss
2045 reformiert werden, denn es diskriminiert queere Familien.

2013 Ein Land, in dem alle mitbestimmen können

2014 Wir wollen ein Land, in dem alle mitbestimmen können und gleiche Rechte haben. Kein
2015 Mensch darf ausgegrenzt werden! Wir unterstützen alle, die von Diskriminierungen,
2016 Hetze und rechter Gewalt betroffen sind. Wenn Demokratiefeinde unsere Rechte
2017 einschränken wollen, dann setzen wir dem mehr Mitbestimmung und breite
2018 zivilgesellschaftliche Bündnisse zur Verteidigung unserer Demokratie entgegen. Wir
2019 halten aber auch nicht still, wenn Parteien der sogenannten „Mitte“ die Parolen und
2020 Rhetorik der Rechtsradikalen übernehmen, sondern wehren uns lautstark gegen diese
2021 Normalisierung rechtsextremen Gedankenguts. Wir stellen uns gegen Antisemitismus und
2022 Rassismus in jeglicher Form und egal, woher er kommt. Antifaschismus heißt, auf allen
2023 Ebenen und mit allen demokratischen Mitteln die radikale Rechte in ihre Schranken zu
2024 weisen und die Bedingungen zu bekämpfen, die den Rechtsruck erst möglich gemacht

2025 haben und weiterbefördern. Wir setzen auf mehr direkte Demokratie, auf Maßnahmen
2026 gegen Lobbyismus und für mehr Transparenz. Keine Demokratie ohne freie Rede! Die
2027 Linke verteidigt Meinungs-, Presse- und Wissenschaftsfreiheit. Das schließt den
2028 Schutz von Whistle-Blowern ein! Ohne diese Freiheiten gibt es keinen demokratischen
2029 Diskurs.

2030 • Wir wollen Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide
2031 Bürger*Inneninitiativen, Bürger*Innenbegehren und Bürger*Innenentscheide auf
2032 Bundesebene einführen. Die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte schließt auch die
2033 Einführung von Referenden ein, d. h., die Bürger*innen können gegen
2034 parlamentarische Entscheidungen ein Veto einlegen.

2035 • Die Linke setzt sich für eine Absenkung des Wahlalters in allen demokratischen
2036 Entscheidungsprozessen auf europäischer, Bundes-, Länder- und Kommunalebene auf
2037 16 Jahre ein. Die Linke streitet für ein Wahlrecht auf allen Ebenen für Menschen
2038 auch ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die sich seit mindestens fünf Jahren in
2039 Deutschland aufhalten.

2040 Überwachung statt Sicherheit? Nein Danke.

2041 Wer Strafgesetze verschärfen will, spricht von Sicherheit. Statt Sicherheit werden
2042 aber immer lückenlosere Überwachungsphantasien umgesetzt von Videokameras bis zur
2043 Kontrolle der Chats auf dem privaten Handy.

2044 "Wir wollen keine Sicherheitspolitik, die in die Privatsphäre der Menschen eingreift.
2045 Stattdessen müssen Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft in die Lage versetzt
2046 werden, mit der dynamischen Entwicklung von Kriminalität Schritt zu halten - von der
2047 Wirtschaftskriminalität über Cyber-Attacken hin zu Manipulation mithilfe von KI und
2048 Algorithmen in sozialen Medien. Sicherheit muss stadtteilgerecht sein: Die Polizei
2049 muss ansprechbar sein und deeskalierend auftreten. Für Obdachlose und Suchtabhängige
2050 braucht es keine Ausgrenzung aus den Innenstädten, sondern bessere Hilfsangebote und
2051 eine Stärkung der Sozialarbeit. (TÜ [LN 242](#))

2052 • Wir wollen den Verfassungsschutz durch eine unabhängige Beobachtungsstelle
2053 „Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ersetzen. S Als
2054 erster Schritt muss das V-Leute-System des Inlandsgeheimdienstes und seine
2055 Verstrickungen mit der extremen Rechten aufgedeckt und beendet werden.

2056 • Datenschutz wirksam durchsetzen! Wir wollen das Recht auf informationelle
2057 Selbstbestimmung sichern: gegen Vorratsdatenspeicherung, Bestandsdatenauskunft
2058 und Onlinedurchsuchungen („Staatstrojaner“), nichtindividualisierte
2059 Funkzellenabfragen, Rasterfahndung (auch per Handy), allgegenwärtige
2060 Videoüberwachung, Späh- und Lauschangriffe. Biometrische Videoüberwachung und
2061 Chat-Kontrollen wollen wir verbieten.

2062 • Sicherheit vor Sicherheitspaketen! Die Vielzahl an neuen Befugnissen für
2063 Ermittlungsbehörden machen sind ein Einfallstor für sogenanntes „racial
2064 profiling“: Strafverfolgung auf Basis von rassistischen Stereotypen. Wir lehnen
2065 es ab, dass äußere Merkmale wie Hautfarbe, vermutete oder tatsächliche
2066 Religionszugehörigkeit, Sprache oder Herkunft der betroffenen Menschen, als
2067 verdächtig eingestuft und als Entscheidungsgrundlage für polizeiliche Maßnahmen
2068 wie Personenkontrollen, Ermittlungen und Überwachungen werden.

2069 • Sonderstrafrecht stoppen! Die Antiterrorgesetzgebung der Bundesregierungen der

2070 vergangenen 30 Jahre gehört auf den bürgerrechtlichen Prüfstand. Verbrechen zu
2071 bekämpfen und Gefahren abzuwehren ist Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden.
2072 Hierfür braucht es kein politisches Sonderstrafrecht.

2073 Polizei im Rechtsstaat

2074 Gute Arbeitsbedingungen! Polizist*innen brauchen eine gute und moderne Ausbildung.
2075 Und eine moderne Personalmitbestimmung.

2076 • Deeskalation statt Aufrüstung! Die Militarisierung der Polizei, ihre zunehmende
2077 Ausstattung mit Maschinengewehren und -pistolen, Schützenpanzern, Sprengstoff
2078 und „weniger tödlichen Waffen“ wie zum Beispiel Taser, den Einsatz von
2079 Gummigeschossen oder bewaffnetem SEK gegen Demonstrationen lehnen wir ab. Den
2080 Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei wollen wir massiv einschränken. Im
2081 Zusammenhang mit Versammlungen, Ansammlungen im öffentlichen Raum und
2082 Veranstaltungen soll er verboten werden.

2083 • Eine individuelle Kennzeichnungspflicht muss eingeführt werden. Es muss
2084 selbstverständlich werden, dass Polizeibeamt*innen den Bürger*innen individuell
2085 erkennbar gegenüberreten. Zur Aufklärung und Vermeidung von Übergriffen sollen
2086 Einsatzprotokolle und Polizeivideos bei Treuhandstellen aufbewahrt werden.

2087 Unabhängigkeit der Politik - die Macht der Lobbyist*innen einschränken

2088 Im Bundestagswahlkampf 2021 erhielten die Parteien über 100 Mill. Euro an
2089 Parteispenden. In 12 EU-Ländern sind Spenden von Unternehmen oder juristischen
2090 Personen an Parteien verboten. In weiteren 13 EU-Ländern sind solche Spenden durch
2091 Obergrenzen begrenzt. Deutschland hinkt hinterher. Die Linke ist die einzige Partei
2092 im Bundestag, die keine Spenden von Konzernen annimmt. Dabei bleibt es.

2093 • Den Gesetzesvorlagen der Bundesregierung muss eine Auflistung der
2094 Interessenvertreter*innen sowie der Sachverständigen beigefügt werden, deren
2095 Stellungnahmen bei der Erstellung und Erarbeitung berücksichtigt wurden oder die
2096 sonst mitgewirkt haben (legislative Fußspur).

2097 • Abgeordneten muss es verboten sein, Spenden anzunehmen. Die Nebenverdienste von
2098 Abgeordneten sind auf Euro und Cent zeitnah zu veröffentlichen.

2099 Unternehmensspenden an Parteien sowie das - steuerlich absetzbare! -
2100 Parteinisponsoring wie Unternehmensstände auf Parteitagungen wollen wir verbieten.
2101 Spenden von Privatpersonen sind auf 25000 Euro im Jahr zu begrenzen. Auch
2102 nachträgliche »Dankeschön-Spenden« und Bestechung mit dem Ziel der Imagepflege
2103 des Lobbyisten müssen uneingeschränkt als Abgeordnetenbestechung strafbar sein.

2104 • Bundesminister*innen und parlamentarische Staatssekretär*innen müssen nach ihrem
2105 Ausscheiden aus dem Amt mindestens drei Jahre bzw. für die Dauer des zeitlichen
2106 Anspruchs auf Übergangsgeld warten, bevor sie in Unternehmen wechseln, mit deren
2107 wirtschaftlichen Interessen sie zuvor politisch befasst waren.

2108 • Kein Lobbyismus an Schulen! Soweit Forschung und Einrichtungen oder auch
2109 einzelne Studien von Lobbyisten bezahlt werden, muss das transparent gemacht
2110 werden.

2111 Religionsfreiheit

2112 Wir verteidigen das Recht auf Religionsfreiheit: das Recht der Freiheit des Glaubens,
2113 des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses.

2114 Wir verteidigen jüdische Menschen, Muslim*innen und alle anderen religiösen
2115 Minderheiten, wenn sie wegen ihrer Religion diskriminiert werden. Wir treten für die
2116 institutionelle Trennung von Staat und Religion, sowie die Gleichbehandlung aller
2117 Religionen und Weltanschauungen mit den christlichen Kirchen ein.

2118 • Die Linke unterstützt den Kampf der Gewerkschaften und Kirchen für den
2119 erwerbsarbeitsfreien Sonntag.

2120 • Wir fordern zusammen mit den Gewerkschaften die Abschaffung des kirchlichen
2121 Sonderarbeitsrechts in den Kirchen, in Diakonie und Caritas.

2122 • Das Menschenrecht auf freie Religionsausübung schließt das Recht auf
2123 öffentliches Bekenntnis zu einer Religion ein. Die Linke verteidigt das
2124 Selbstbestimmungsrecht von muslimischen Frauen, spricht sich gegen ein Verbot
2125 religiös motivierter Bekleidung aus und lehnt eine Einschränkung von
2126 Beschäftigtenrechten auf dieser Grundlage ab.

2127 • Wir wollen einen Ethikunterricht, in dem alle Schüler*innen mit ihren
2128 unterschiedlichen weltanschaulichen, kulturellen und religiösen Hintergründen
2129 gemeinsam über ethische Fragen diskutieren können.

2130 • Die Militärseelsorge in der jetzigen Form wollen wir durch einen
2131 Seelsorgevertrag für alle Angehörigen der Bundeswehr ersetzt werden, der eine
2132 gleichberechtigte Betreuung durch alle Religions- und
2133 Weltanschauungsgemeinschaften garantiert.

2134 • Die Kirchen sollen in Zukunft ihre Steuern bzw. Beiträge selbstständig
2135 einziehen. Wir treten für den seit 1919 bestehenden Verfassungsauftrag zur
2136 Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen ein. In einer weltanschaulich und
2137 religiös vielfältigen Gesellschaft müssen alle die gleichen Möglichkeiten der
2138 Finanzierung haben. Wir treten für die Gleichstellung aller Religions- und
2139 Weltanschauungsgemeinschaften als gleichberechtigte Körperschaften des
2140 öffentlichen Rechts ein. Im Kampf gegen antimuslimischen Rassismus fordern wir
2141 einen Beauftragten für muslimisches Leben.

2142 Wir fordern die Einführung staatlich geschützter Feiertage für jüdische und
2143 muslimische Religionsgemeinschaften. Das muslimische Zuckerfest und der jüdische Yom
2144 Kippur sollen gesetzliche Feiertage in Deutschland werden, denn der Islam und das
2145 Judentum gehören zu Deutschland.

2137 Extreme Rechte stoppen!

2138 Die politischen Kräfte, die gesellschaftlichen Hass schüren, Ungleichheit befürworten
2139 und menschliches Leben als unterschiedlich wertvoll einschätzen, werden lauter. Dass
2140 die Regierung den rechten Forderungen bei Flucht und Asylrecht nachgegeben hat, hat
2141 die Rechte stärker gemacht, nicht schwächer. Dagegen braucht es eine soziale Politik
2142 für alle Menschen und massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, die
2143 eine Gesellschaft zusammenhält. Alle Menschen sind gleichwertig und haben dieselben
2144 Grundrechte. Von diesem fundamentalen Prinzip werden wir niemals abrücken.

2145 Die Gegenkräfte in der Zivilgesellschaft stärken! Protest und Aufklärung gegen rechts
2146 sind eine Bedingung von Demokratie und dürfen nicht mehr kriminalisiert werden.
2147 Projekte der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, Opferberatungen und
2148 zivilgesellschaftliche Demokratiebündnisse, Migrant*innenselbstorganisationen sowie

2149 Antifa-Initiativen müssen mit einem echten wirksamen Demokratiefördergesetz stärker
2150 unterstützt und langfristig finanziell abgesichert werden.

2151 Wir werden die parlamentarische Aufklärung des Rechtsterrors im Bundestag
2152 vorantreiben und Druck machen für die Freigabe aller Akten der Geheimdienste u. a.
2153 zum Oktoberfest-Attentat und zum NSU-Komplex. Wir fordern das Verbot militanter,
2154 bewaffneter, neonazistischer Organisationen und unterstützen, dass das
2155 Bundesverfassungsgericht ein Verbot der AfD prüfen soll.

2156 Wir setzen uns für eine antifaschistische Erinnerungskultur ein, um das Gedenken an
2157 die Opfer von damals und heute zu bewahren. Der 8. Mai soll als Tag der Befreiung vom
2158 Faschismus endlich ein bundeseinheitlicher Feiertag werden. Die politische Bildung
2159 wollen wir stärken.

2159 Gute Bildung

2160 Bildungsmisere und Kita-Katastrophe: Das sind die Schlagworte zum deutschen
2161 Bildungssystem. Kinder aus wirtschaftlich schwachen und nicht akademischen Haushalten
2162 haben nach wie vor schlechtere Chancen auf gute Bildung. In den Schulen bröckelt der
2163 Putz von der Decke, Turnhallen sind gesperrt und die Toiletten sind oft unbrauchbar.
2164 Dabei solle Bildung Priorität Nummer eins für das Gemeinwesen sein! Wir wollen dafür
2165 sorgen, dass hochwertige, inklusive und lebenslange Bildungsangebote zur
2166 Selbstverständlichkeit werden.

2167 Der Sanierungsstau an Schulen beträgt mittlerweile knapp 55 Milliarden Euro. An den
2168 Hochschulen fehlen bis zu 60 Milliarden Euro. Überall fehlt es an Lehrkräften und
2169 pädagogischem Personal. Bis 2035 werden 177 500 Lehrer*innen fehlen. In den Kitas
2170 fehlen aktuell 125 000 Fachkräfte. Es braucht dringend mehr Investitionen und
2171 ausreichend gut qualifiziertes Personal in Bildung und Erziehung.

2172 • Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung muss aufgehoben
2173 und stattdessen eine umfassende Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz
2174 verankert werden. Privatisierungen müssen im Bildungssektor ausgeschlossen
2175 werden.

2176 • Wir wollen ein Bildungsrahmengesetz, um länderübergreifende Mindeststandards und
2177 gleiche Rechtsansprüche, soziale und personelle Rahmenbedingungen in allen
2178 Ländern gleichermaßen zu sichern.

2179 • Bildungseinrichtungen, insbesondere Kitas und Schulen, müssen vor Hitzewellen
2180 besser geschützt werden. Dafür müssen Investitionsmittel bereitgestellt werden.

2181 • Wir wollen, dass Schulbücher und andere Lernmittel kostenlos zur Verfügung
2182 gestellt werden. Wir fordern außerdem eine kostenfreie Verpflegung in Kita und
2183 Schule und kostenfreie Beförderung von Schüler*innen. Damit gute Bildung nicht
2184 vom Geldbeutel abhängt.

2185 • Lernen soll in der Schule stattfinden. Über Hausaufgaben wird soziale
2186 Ungleichheit in ungleichen Schulerfolg übersetzt, deshalb wollen wir sie
2187 abschaffen.

2188 Kitas und Kinder stärken

2189 Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz wird vielerorts nicht umgesetzt: Es fehlen 430
2190 000 Plätze. Die Kita-Gruppen sind zu groß und das Personal ist überlastet. Viele

2191 Erzieher*innen verlassen den Beruf. Wir fordern ein Kitaqualitätsgesetz, das
2192 Kinder und Beschäftigte in den Fokus stellt und den Rechtsanspruch auf Kita-Platz
2193 umsetzt.

2194 • Bessere Betreuungsschlüssel: Mindestens eine*r Erzieher*in für maximal 3 Kinder
2195 unter drei Jahren und für 8 Kinder ab drei Jahren - unter Berücksichtigung von
2196 Ausfall- und Vorbereitungszeiten und Elternarbeit.

2197 • Gebührenfreie Kitas: Alle Eltern müssen Zugang zu einem Platz haben, unabhängig
2198 vom Einkommen.

2199 • Gesundes Essen: Kostenloses, gutes Mittagessen in allen Kitas und Schulen.

2200 • Die Löhne in Sozial- und Erziehungsdiensten müssen steigen! Kinderbetreuung ist
2201 harte, wichtige Arbeit.

2202 • Hochschulniveau für die Ausbildung: Zugänge wollen wir erleichtern und die
2203 Qualität der Ausbildung erhöhen.

2204 • Stärkung von Kompetenzen im Kita-Team: Alltagsintegrierte Sprachbildung und
2205 Förderung von Mehrsprachigkeit.

2206 Eine Schule für alle

2207 Das gegliederte Schulsystem bleibt ein Brandbeschleuniger für soziale Ungleichheit.
2208 Wir setzen dagegen auf ‚Eine Schule für alle‘. Sie ist ganztägig organisiert und
2209 bietet alle Schulabschlüsse an. Unser Ziel: Eine inklusive Schule, in der alle Kinder
2210 unabhängig von Herkunft, Förderbedarf oder sozialen Umständen gemeinsam lernen und
2211 wachsen können.

2212 • Jede*r Schüler*in soll Zugang zu einer Ganztagsbetreuung, am besten eine
2213 Gemeinschaftsschule haben. Statt Hausaufgaben findet das Lernen und die
2214 Wiederholung von Lernstoff gemeinsam statt.

2215 • Bildungseinrichtungen müssen barrierefrei sein, mit ausreichend Fachkräften und
2216 passender Ausstattung für alle Kinder. Zwei-Lehrer*innen-System: Zwei Lehrkräfte
2217 pro Klasse schaffen mehr individuelle Förderung. Multiprofessionelle Teams von
2218 Lehrkräften, Schulsozialarbeiter*innen, Psycholog*innen und medizinisches
2219 Fachpersonal arbeiten zusammen, um den individuellen Bedürfnissen der
2220 Schüler*innen gerecht zu werden.

2221 • Jedes Kind hat ein Recht auf individuelle Förderung. Unabhängig von den
2222 Fähigkeiten setzen wir uns dafür ein, dass jedes Kind so begleitet wird, dass es
2223 sich bestmöglich entfalten kann. In Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe
2224 aber nicht, indem es durch die Etikettierung nach verschiedenen Förderbedarfen
2225 diskriminiert und ausgesondert wird. (TÜ [LN 235](#))

2226 • Sprachkompetenzen stärken: wir wollen ein Bundesprogramm aufsetzen, dass die
2227 Aus-, Fort- und Weiterbildungen von Lehrkräften für Deutsch als Zweitsprache
2228 sowie Sprach- und Alphabetisierungskurse auch für die Eltern und Geschwister von
2229 migrantischen Kindern ermöglicht. Wir wollen das Angebot zum Spracherwerb an
2230 Schulen erweitern und dass Herkunftssprachen in Schulen auch als Erst- oder
2231 Zweitsprache anerkannt werden.

2232 • Die Mitbestimmungsrechte von Schüler*innen müssen ausgebaut werden.

2233 • Schulpsycholog*innen und Schulsozialarbeit müssen flächendeckend und dauerhaft

- 2234 an jeder Schule verfügbar sein.
- 2235 • Unabhängigkeit: Verbot von Werbung und Lobbyismus in Schulen. Keine Werbung der
2236 Bundeswehr in Schulen und Universitäten. (siehe Kapitel Frieden)
- 2237 • Die Lehr- und Lernmittelfreiheit muss an allen Schulen auch für digitale Geräte
2238 sichergestellt sein. In den Schulen muss eine ausreichende Netzwerkinfrastruktur
2239 geschaffen werden. Medien- und Datenschutzkompetenz der Kinder und Jugendlichen
2240 muss möglichst früh gefördert werden.
- 2241 • Lernsoftware darf nicht als Ersatz für Lehrpersonal eingesetzt werden. KI nicht
2242 für Bewertung oder Vorhersagen von Lernerfolgen eingesetzt werden. Lehrkräfte
2243 müssen in KI, Datenschutz und digitaler Technik geschult werden.
- 2244 • Digitalisierung darf nicht zum Einfallstor der Profitinteressen von Unternehmen
2245 werden. Die Software soll den Standards quelloffener freier Software entsprechen
2246 und Sogenannte Open Educational Resources (OER) bevorzugen.
- 2247 Ausbilden, sonst wird umgelegt
- 2248 Fast 3 Millionen junge Menschen haben keinen Abschluss. Wer einen Ausbildungsplatz
2249 sucht, hängt oft in Warteschleifen fest - vor allem Hauptschüler*innen und
2250 Migrant*innen sind benachteiligt. Gleichzeitig klagen Betriebe über Fachkräftemangel,
2251 bilden jedoch immer seltener selbst aus. Die Hälfte der Auszubildenden ist
2252 überlastet, weil sie den Fachkräftemangel kompensieren müssen. Die Qualität und
2253 Ausbildungsbedingungen müssen dringend verbessert werden. Bis 2030 müssen 160 000
2254 zusätzliche Lehrkräfte in der beruflichen Bildung eingestellt werden.
- 2255 • Solidarische Ausbildungsumlage: Betriebe, die nicht ausbilden, sollen in einen
2256 Fonds einzahlen, um Ausbildungsplätze und Verbundausbildungen für andere
2257 Betriebe zu finanzieren.
- 2258 • Unternehmen müssen sich an der Schaffung von öffentlichen, bezahlbaren
2259 Wohnheimen für Auszubildende, insbesondere im ländlichen Raum, finanziell
2260 beteiligen. (TÜ [LN 238](#))
- 2261 • Jede Ausbildung soll vollqualifizierend und gebührenfrei sein. Schulgeld
2262 entfällt, und Azubis erhalten eine Mindestausbildungsvergütung (80 %
2263 durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung der Branchen). Nach der
2264 Ausbildung sollen alle Azubis unbefristet übernommen werden - ohne erneute
2265 Probezeit im selben Betrieb.
- 2266 • Schulische Ausbildungen (Fachschulausbildungen nach DQR 6) bleiben erhalten.
2267 Auszubildende in dieser Schulform erhalten für eine 3-jährige Ausbildung
2268 grundlegend Aufstiegs-Bafög (AFBG), ohne dieses mit Sanktionen zu belegen. Der
2269 Bafög-Satz wird stetig der Inflation angeglichen. Ebenso werden Träger dieser
2270 Ausbildungsform durch die Länder gefördert.
- 2271 • Anonymisierte Bewerbungsverfahren sollen sicherstellen, dass alle die gleichen
2272 Chancen auf eine Ausbildung haben. Das Kriterium der »Ausbildungsreife« der
2273 Arbeitsagentur muss abgeschafft werden. Berufsvorbereitende Maßnahmen sollen mit
2274 einem Angebot für ein verbindlichen Ausbildungsplatz enden.
- 2275 • Das Berufsbildungsgesetzes (BVA DiG) muss reformiert werden, so dass die
2276 Verbesserung der Ausbildungsqualität im Mittelpunkt steht und ein Rechtsanspruch
2277 auf eine vollqualifizierende Ausbildung verankert wird.

- 2278 • Geschlechterspezifische Unterschiede am Ausbildungsmarkt sollen (auch) durch
2279 geschlechtersensible Bildung und die Aufwertung schlecht bezahlter Berufe mit
2280 hohem Frauenanteil überwunden werden. Politische Bildung, Medienkompetenz und
2281 KI-Wissen sollen Teil der beruflichen Ausbildung sein.
- 2282 • Mitbestimmung: Die Rechte von Auszubildenden wollen wir stärken. Ihre Mitwirkung
2283 in den Personalvertretungen muss garantiert werden.
- 2284 • Wir unterstützen die Gewerkschaften und Gewerkschaftsjugenden bei ihrem Kampf
2285 für bessere tarifvertragliche Lösungen. Die Ausbildung in den Berufen, die nicht
2286 dual geregelt ist, also zum Beispiel in allen Sozial-, Gesundheits- und
2287 Erziehungsberufen, muss besser finanziert werden.
- 2288 Weiterbildung fördern
- 2289 Wir setzen uns für lebenslanges, lebensbegleitendes Lernen ein: als Angebot, nicht
2290 als Pflicht zur Selbstoptimierung. Eine entscheidende Voraussetzung sind gute
2291 Arbeitsbedingungen und gute Entlohnung bei allen Trägern und Bereichen der
2292 Erwachsenenbildung. Wir streiten für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für
2293 alle Lehrkräfte in der Weiterbildung.
- 2294 • Honorarverträge sollten in feste Stellen umgewandelt werden. Freie Dozent*innen
2295 müssen eine an den Tarif angeglichene Vergütung erhalten.
- 2296 • Die Agenturen für Arbeit und andere öffentliche Auftraggeber müssen bei der
2297 Vergabe die Qualität von Bildung und eine gute Bezahlung und Tarifbindung
2298 sicherstellen.
- 2299 • Für Weiterbildung in allen Bereichen muss eine gesetzliche Freistellung möglich
2300 sein, nicht nur für die berufliche Weiterbildung.
- 2301 • Menschen ohne Ausbildung sollen verlängerte Umschulungen und erleichterte
2302 Externenprüfungen bekommen, damit sie anerkannte Berufsabschlüsse erreichen
2303 können.
- 2304 • Ein Weiterbildungsgeld (nicht nur) in Transformationsbranchen (vgl. Die
2305 Transformation demokratisch gestalten).
- 2306 Ein gutes Studium für alle
- 2307 Jede*r dritte Studierende in Deutschland ist arm. Nur 12,5 % der Studierenden
2308 profitieren vom Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Die Bedarfssätze liegen
2309 unterhalb der Armutsgrenze. Die Linke fordert, ein BAföG für Alle, das heißt: eltern-
2310 , alters- und herkunftsunabhängig, existenzsichernd und als Vollzuschuss. Die Höhe
2311 muss regelmäßig an Lebenshaltungskosten angepasst werden. Auch Menschen mit Duldung
2312 oder humanitären Aufenthaltstiteln sollen Zugang erhalten.
- 2313 • Hochschulen öffnen: Zugang mit Fachabitur, beruflicher Ausbildung oder
2314 vergleichbaren Abschlüssen; Keine Studiengebühren: für alle, unabhängig vom
2315 Pass.
- 2316 • Geflüchtete und internationale Studierende: Unbürokratische Anerkennung von
2317 Abschlüssen und vereinfachte Zugangswege zum Studium. Dafür müssen zusätzliche
2318 Studienplätze geschaffen werden.
- 2319 • Demokratische Hochschulen: Wir wollen ausfinanzierte und demokratisch
2320 wirkmächtige Fachschaften, die die Studierendenschaft organisieren.

- 2321 • Ein Mentoringprogramm für Studierende aus Nichtakademikerfamilien
- 2322 Wissenschaft und Forschung in gesellschaftlicher Verantwortung
- 2323 Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) führt zu massiver Befristung und
- 2324 unsicheren Arbeitsverhältnissen in der Wissenschaft. Dies erschwert unabhängige
- 2325 Forschung und langfristige Personalplanung:
- 2326 • Dauerstellen für Daueraufgaben: Insbesondere für PostDocs, die zentrale Aufgaben
- 2327 in Forschung und Lehre übernehmen. Wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche
- 2328 Mitarbeitende sollen planbare Arbeitsbedingungen erhalten.
- 2329 • Haushaltsfinanzierte Promotionsstellen sollen mindestens sechs Jahre laufen und
- 2330 Promovierenden ausreichend Zeit für ihre Dissertation bieten. Die Tarifsperre im
- 2331 WissZeitVG wollen wir aufheben.
- 2332 • Steuermittel zur Forschungsförderung sollen nur an tarifgebundene Einrichtungen
- 2333 vergeben werden.
- 2334 • Grundfinanzierung statt Drittmittelabhängigkeit, um Wissenschaftsfreiheit zu
- 2335 sichern und Kettenbefristungen zu vermeiden.
- 2336 • Das Professorinnenprogramm zu einem Programm für die Förderung von Frauen auf
- 2337 allen Karrierestufen weiterentwickeln.
- 2338 • Studentische Beschäftigte müssen tarifvertraglich abgesichert werden.
- 2339 • Aus- und Aufbau digitaler Infrastrukturen an den Hochschulen. Wir fordern einen
- 2340 Hochschul-Digitalpakt mit zusätzlichen finanziellen Mitteln durch Bund und
- 2341 Länder.
- 2342 • Programme zum internationalen Austausch und vor allem zum Schutz politisch
- 2343 verfolgter und gefährdeter Wissenschaftler*innen wollen wir absichern und
- 2344 ausbauen.
- 2345 • Zivilklauseln, die zivile Forschung garantieren, sollen an allen Hochschulen und
- 2346 Forschungseinrichtungen verankert und Friedensforschung gefördert werden.
- 2347 • Verträge zwischen Hochschulen und privaten Unternehmen oder Stiftungen müssen
- 2348 offengelegt werden. Öffentliche Forschungsmittel dürfen nicht zur Bereicherung
- 2349 Einzelner missbraucht werden.
- 2350 • Keine politische Einmischung des Bildungsministeriums in die Fördermittelvergabe
- 2351 für Wissenschaftler*innen
- 2336 Eine moderne Einwanderungsgesellschaft gestalten
- 2337 Die Migrationsdebatte von rechts macht Migrant*innen und Geflüchtete zu Sündenböcken
- 2338 für die verfehlte Politik im Interesse der Reichen. Menschen mit Migrationsgeschichte
- 2339 sind in allen gesellschaftlichen Bereichen vertreten und leisten wertvolle Arbeit -
- 2340 ganze Lebensbereiche würden ohne sie sofort zusammenbrechen. Statt einer Debatte
- 2341 zwischen einem „Wir“ und „die anderen“ orientiert sich Die Linke am Leitbild einer
- 2342 demokratischen und sozialen Einwanderungsgesellschaft. Um diese zu gestalten und ein
- 2343 gutes Ankommen für Geflüchtete zu ermöglichen, müssen entsprechende gesetzliche,
- 2344 finanzielle und strukturelle Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit insbesondere
- 2345 die Kommunen nicht mit den Herausforderungen allein gelassen werden.
- 2346 • Es braucht Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von

- 2347 Beschäftigungsdauer und Arbeitgeber sowie flächendeckende Kontrollen zur
2348 Durchsetzung des Mindestlohns. Qualifikationen und Abschlüsse auch von Nicht-EU-
2349 Bürger*innen müssen schneller anerkannt werden.
- 2350 • Wir wollen das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen für alle
2351 langfristig in Deutschland lebenden Menschen. Alle hier geborenen Kinder und
2352 Jugendlichen sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Es ist gut, dass
2353 die Einbürgerungsreform Mehrstaatlichkeit generell zulässt, aber an den hohen
2354 Einkommenshürden wurde nichts verändert. Wir wollen, dass die Einbürgerung nicht
2355 mehr vom Geldbeutel abhängt. Nach fünf Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik
2356 soll jeder einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung haben. Wir fordern
2357 Legalisierungsmöglichkeiten für Menschen ohne Aufenthaltsstatus und effektive
2358 Bleiberechtsregelungen für Menschen, die in einem unsicheren Aufenthaltsstatus
2359 oder mit Kettenduldung leben müssen.
- 2360 • Abschiebungen, insbesondere in Krieg, Verfolgung und Elend oder als Form der
2361 Doppelbestrafung, lehnen wir ab. Straftäter*innen müssen unabhängig vom
2362 Aufenthaltsstatus ein reguläres Strafverfahren im Inland erhalten und
2363 gegebenenfalls Haftstrafen im Inland verbüßen.
- 2364 • Wir wollen ein Bundespartizipationsgesetz, um Menschen mit Migrationsgeschichte
2365 besser einzubeziehen und mehr in der Gesellschaft zu repräsentieren. Dazu
2366 gehören eine Quote, um den Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in der
2367 öffentlichen Verwaltung entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung zu erhöhen,
2368 und ein Partizipationsrat, der in wichtige Entscheidungen in Wirtschaft,
2369 Wissenschaft und Politik einbezogen wird. Migrantische Selbstorganisationen
2370 müssen Teil des Partizipationsrats sein.
- 2371 • Antirassismus ins Gesetz: Es braucht eine klare Arbeitsdefinition von
2372 institutionellem und strukturellem Rassismus. Zudem fordern wir eine
2373 grundlegende Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), die
2374 insbesondere die Klagefristen verlängert, ein Verbandsklagerecht vorsieht, die
2375 Diskriminierungsformen „Staatsangehörigkeit“, „Aufenthaltsstatus“, „familiärer
2376 Status“ und „sozialer Status“ umfasst und auch staatliches Handeln einbezieht.
2377 Eine*r Antirassismusbeauftragte*r muss es auch weiter geben. Es braucht zudem
2378 ein gesetzliches Verbot rassistischer Polizeikontrollen („racial profiling“) und
2379 die Abschaffung von anlasslosen polizeilichen Kontrollbefugnissen sowie
2380 verpflichtende Antidiskriminierungsschulungen im gesamten Öffentlichen Dienst.
2381 Die Zuständigkeit für Migration und Integration muss dem Bundesinnenministerium
2382 entzogen werden. Wir fordern ein Bundesministerium für Migration und
2383 Partizipation. In Artikel 3 des Grundgesetzes soll eine Schutz- und
2384 Förderklausel für von rassistischer Diskriminierung Betroffene eingefügt werden.
- 2385 • Wir fordern die Schaffung eine*s Beauftragten für muslimisches Leben und den
2386 Kampf gegen antimuslimischen Rassismus. (siehe Kapitel Demokratie)
- 2387 • Zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Homo-
2388 und Transfeindlichkeit, Antiziganismus, antimuslimischen Rassismus und für mehr
2389 Demokratie engagieren, sowie Flüchtlingsräte, migrantische Verbände,
2390 selbstverwaltete Beratungsangebote und die Selbstorganisation von Migrant*innen
2391 wollen wir durch ein Demokratiefördergesetz stärker und endlich dauerhaft
2392 fördern (vgl. Kapitel »Gegen rechte Gewalt«).

- 2393 • Wir setzen uns für eine umfassende Visaliberalisierung sowie ein offenes und
2394 solidarisches Einwanderungsrecht ein, das sich nicht mehr am Maßstab von
2395 Herkunft oder ökonomischer Verwertbarkeit orientiert.
- 2396 Die Kommunen dürfen mit den Aufgaben der Versorgung von Geflüchteten (TÜ L.1.17-Ä10)
2397 nicht allein gelassen werden! Es braucht mehr Investitionen in die öffentliche
2398 Infrastruktur und den sozialen Zusammenhalt, d. h. eine bessere Ausstattung, bessere
2399 Arbeitsbedingungen und mehr Personal in Schulen, Kitas, Wohnen, Gesundheit,
2400 Verwaltung, Jugend- und Kulturzentren (vgl. Kapitel »Investitionen«).
- 2401 • Wir fordern, dass alle Geflüchteten ab dem Tag ihrer Ankunft in Deutschland eine
2402 uneingeschränkte Arbeitserlaubnis erhalten. Niemand soll darauf warten müssen,
2403 sein Leben selbst in die Hand zu nehmen.
- 2404 • Wir wollen einen Fonds für Willkommenskommunen. Kommunen, die die Bedingungen
2405 für Willkommenskultur verbessern wollen, können damit Mittel für Versorgung und
2406 Teilhabe von Geflüchteten beantragen. Diese Investitionsmittel können dann
2407 allgemein für die öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden. Außerdem muss der
2408 Bund über eine Pro-Personen-Pauschale die Unterbringungskosten für Geflüchtete
2409 vollständig erstatten.
- 2410 • Geflüchtete wollen wir bundesweit dezentral und in Wohnungen unterbringen und
2411 ihnen flächendeckend kostenlose Sprachkurse anbieten. Statt diskriminierender
2412 Sachleistungen und Bezahlkarten wollen wir reguläre Geldleistungen auf Höhe der
2413 solidarischen Mindestsicherung für alle Menschen.
- 2414 Niemand flieht freiwillig
- 2415 Das Chaos an den europäischen Grenzen ist ein Politikversagen. Wir finden uns nicht
2416 damit ab, dass jedes Jahr tausende von Menschen an den europäischen Grenzen sterben.
2417 Wir wollen legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU. Das entzieht
2418 Schleppern die Geschäftsgrundlage. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die UN-
2419 Kinderrechtskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen eingehalten
2420 werden.
- 2421 • Menschen retten! Die EU-Abschottungsagentur Frontex muss aufgelöst und durch ein
2422 ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm ersetzt werden. Bestehende
2423 Instrumente zur Überwachung des Mittelmeers und der Außengrenzen wollen wir in
2424 den Dienst der Seenotrettung stellen. Die Kriminalisierung der
2425 zivilgesellschaftlichen Seenotrettung muss umgehend beendet werden. Pushbacks
2426 sind illegal und müssen beendet werden.
- 2427 • Flüchtlingsdeals mit der Türkei, mit Milizen und Diktatoren müssen aufgekündigt
2428 werden. (siehe Kapitel X)
- 2429 • Asylrecht ist Menschenrecht. Wir lehnen alle bisherigen Asylrechtsverschärfungen
2430 ab. (TÜ [LN 138](#)) Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss
2431 für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. Schnellverfahren
2432 und Inhaftierung von Schutzsuchenden (ob in sogenannten Rückkehr-, Transit-,
2433 kontrollierten Zentren oder »Hotspots«) lehnen wir ab. Der Europäische
2434 Gerichtshof für Menschenrechte hat entschieden: Asylsuchende brauchen einen
2435 Zugang zu wirksamem Rechtsschutz an der Grenze. In Deutschland muss es eine
2436 unabhängige Asylverfahrensberatung durch Wohlfahrtsverbände und Vereine geben.

2437 • Wir wollen einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau. Die Verantwortung darf
2438 nicht mithilfe von sicheren Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen
2439 verlagert werden. Die Gemeinsamen Europäischen Asylsystem GEAS lehnen wir ab.
2440 Verfolgung wegen sexueller Orientierung und von trans* und intergeschlechtlichen
2441 Menschen (LSBTIQA*) muss in der Praxis als Fluchtgrund anerkannt werden.
2442 Systematische Binnengrenzkontrollen und Zurückweisungen von Schutzsuchenden an
2443 den Grenzen sind unzulässig.

2444 • Niemand flieht freiwillig! Wir fordern die Anerkennung von Klima- und
2445 Umweltfolgeschäden sowie Armut müssen als Fluchtgründe sowie eine entsprechende
2446 humanitäre Visavergabe. Es braucht umfassende Aufnahmekontingente über das
2447 Resettlement-Programm des UNHCR und die Aufhebung des Visumszwangs für
2448 Schutzsuchende.

2449 • Wir wollen eine europäische Fluchtumlage. Länder, Regionen und Städte, die
2450 bereit sind, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, werden mit EU-Mitteln finanziell
2451 unterstützt.

2452 • Fluchtursachen bekämpfen: Statt weiter systematisch Fluchtursachen wie Waffen,
2453 Umwelt- und Klimazerstörung sowie Armut zu exportieren, wollen wir globale
2454 Ungerechtigkeiten überwinden, Demokratie und soziale Bewegungen von unten
2455 unterstützen und Menschen in Not effektiv helfen.

2449 Inklusion und Teilhabe - selbstverständlich!

2450 Nach unserem Verständnis ist Inklusion genau der benötigte Gegenentwurf zu sozialer
2451 Spaltung, zu Rassismus, Neofaschismus und Ausgrenzung. Ein tiefgreifender Prozess zum
2452 Abbau von gesellschaftlichen Ungleichheiten, der sich auf all die Menschen bezieht,
2453 die von Teilhabe ausgeschlossen und an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden -
2454 aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion, ihrer geschlechtlichen
2455 Identität oder ihrer sexuellen Orientierung, oder ihres Geschlechtes, aufgrund ihrer
2456 körperlichen Verfassung oder besonderer Lernbedürfnisse, vor allem aufgrund von
2457 Armut. (TÜ [LN 199](#)) Dabei erkennen wir an, dass Menschen mit Behinderung nach wie vor
2458 in besonderer Weise in vielen Lebensbereichen benachteiligt sind. 2023 wurde
2459 Deutschland von der UN auf die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention geprüft
2460 und vor allem für das stark ausgebaute System von Sonderstrukturen, sowohl in der
2461 schulischen Bildung, bei der Beschäftigung in Werkstätten, als auch in Form von
2462 großen stationären Wohneinrichtungen kritisiert. (TÜ [LN 200](#)) Das muss nicht sein und
2463 verstößt gegen die Menschenwürde. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen an
2464 allen Aspekten des Lebens selbstverständlich teilhaben können.

2465 Der Begriff „Inklusion“ wird oft auf Bildung beschränkt oder für Einsparungen
2466 missbraucht. Für Die Linke ist der Begriff der Gegenentwurf zu sozialer Spaltung,
2467 Ausgrenzung, Hass und der Abwertung von Menschen durch Faschisten und Rassisten. Wir
2468 wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben und an
2469 den demokratischen Entscheidungen teilhaben können - unabhängig von ihren
2470 individuellen Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen
2471 Stellung, ihrem Geschlecht, Alter oder ihrer sexuellen Orientierung.

2472 • Barrierefreiheit umfassend herstellen und (auch) die Privatwirtschaft dazu
2473 verpflichten. Dafür müssen verbindliche Regelungen in das Allgemeine
2474 Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und in das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG)

2475 aufgenommen werden, mit denen private Anbieter*innen von öffentlich zugänglichen
2476 Gütern und Dienstleistungen zur Herstellung von Barrierefreiheit verpflichtet
2477 werden. Im AGG wollen wir ein Verbandsklagerecht, damit
2478 Antidiskriminierungsverbände ohne individuell klagewillige Betroffene Klage
2479 erheben können.

2480 • Bildung inklusiv machen - inklusives Lernen in allen Bildungseinrichtungen. Die
2481 Förderschulen müssen umstrukturiert und sonderpädagogisches Personal an
2482 Regelschulen flächendeckend eingesetzt werden. Bei den meisten Menschen entsteht
2483 eine Behinderung erst im Laufe ihres Lebens. Deshalb ist es wichtig, dass Aus-,
2484 Fort- und Weiterbildungen inklusiv ausgerichtet sind und inklusive Bildung bis
2485 ins hohe Alter möglich ist.

2486 • Arbeitswelt inklusiv machen: Die Arbeitslosenquote bei Menschen mit Behinderung
2487 ist doppelt so hoch wie die der Gesamtbevölkerung. Die Beschäftigungspflicht von
2488 Menschen mit Behinderungen muss wieder auf sechs Prozent angehoben werden. Die
2489 Betriebe dürfen sich daraus nicht rauskaufen können.

2490 • Inklusionsbetriebe besser fördern, sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur
2491 Inklusion auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Sie brauchen eine bessere
2492 öffentliche Finanzierung.

2493 • Mindestlohn auch in den Werkstätten: Die Europäische Mindestlohnrichtlinie
2494 schreibt vor, dass auch in Werkstätten für Menschen mit Behinderung Mindestlohn
2495 gezahlt wird. Auch in Deutschland muss dies unverzüglich umgesetzt werden!

2496 • Wohnortnahe Versorgung herstellen: Die gesundheitliche und pflegerische
2497 Versorgung muss nah am Wohnort von Patient*innen und Klient*innen sichergestellt
2498 und zur kommunalen Pflichtaufgabe gemacht werden.

2491 Medien für die plurale Gesellschaft

2492 Für demokratische Aushandlung und Meinungsbildung braucht es vielfältige Medien. Aber
2493 Zeitungen sterben und gehören stärker zu Großkonzernen. Private Plattformen verfügen
2494 über große Meinungs- und Marktmacht und setzen sie ein. Hassbotschaften und Fake News
2495 nehmen zu. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollte ein Gegengewicht sein. Er muss
2496 seine demokratische Funktion besser erfüllen können. Journalistische Standards in der
2497 Medienlandschaft müssen gestärkt werden.

2498 • Die Programmvielfalt im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk muss erhalten bleiben,
2499 einschließlich Arte, 3-Sat und Kulturradios. Breitgefächerte
2500 gesellschaftspolitische Informationen müssen gestärkt werden, für die bei den
2501 Privaten kaum Platz ist.

2502 • Die Gehalts- und Ausgabenstrukturen im Öffentlich-Rechtlichen-Rundfunk müssen
2503 offengelegt werden, einschließlich Beraterstrukturen. Öffentliche Gelder nur bei
2504 transparenten Finanzen!

2505 • Um Meinungsvielfalt zu erhalten, müssen Fusionen bei Medien stärker kontrolliert
2506 werden. Non-Profit-Journalismus muss als gemeinnützig anerkannt werden.

2507 • Systematische Einschüchterungsklagen oder Abmahnungen gegen kritische Recherchen
2508 müssen geahndet werden. Betroffene brauchen kostenlose juristische und
2509 psychosoziale Unterstützung.

- 2510 • Medienschaffende müssen besser vor Übergriffen, Verfolgung und Gewalt geschützt
2511 werden. Straftaten gegen Medienschaffende sollten gesondert erfasst werden und
2512 von Schwerpunktstaatsanwaltschaften bearbeitet werden.
- 2513 • Die Vertraulichkeit in Redaktionen und im Umgang mit Quellen muss gegen
2514 staatliche Überwachung geschützt werden.
- 2515 • Durch Künstliche Intelligenz erzeugte Medieninhalte müssen gekennzeichnet werden
2516 und die Plattformen haften bei Falschinformationen und Rechtsverstößen durch
2517 solche Inhalte. Die Nutzung urheberrechtlich geschützten Materials für Training
2518 von KI-Modellen muss vergütet werden.
- 2519 • Nicht kommerzielle Vervielfältigung und Nutzung urheberrechtlich geschützten
2520 Materials darf nicht kriminalisiert werden. Das Leistungsschutzrecht für
2521 Presseverlage und das Datenbankschutzrecht sollen abgeschafft werden.
- 2522 • Soziale Einrichtungen und Menschen mit Behinderung wollen wir vom
2523 Rundfunkbeitrag befreien. Beitragsbefreiungen sollten für Berechtigte
2524 automatisch erfolgen.
- 2525 Kultur - Vielfältig und für alle zugänglich (TÜ LN 234)
2526 Der Zugang zu Kultur soll nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir wollen, dass Kunst und
2527 Kultur allen zugänglich ist und nicht vorrangig über den Markt geregelt werden. Kunst
2528 und Kultur müssen als Teil der Daseinsvorsorge öffentlich gefördert werden.
2529 Kulturförderung sollte Pflichtaufgabe werden. Länder und Kommunen müssen finanziell
2530 so ausgestattet werden, dass sie Kulturförderung leisten können.
- 2531 Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss beendet werden. Wir brauchen
2532 Mindeststandards der Honorierung in der freien Kunst- und Kulturarbeit,
2533 branchenspezifische Honoraruntergrenzen und rechtlich abgesicherte
2534 Ausstattungsvergütungen für bildende Künstler*innen. Die Künstlersozialkasse muss für
2535 weitere Berufsgruppen geöffnet und der Bundeszuschuss erhöht werden. Bei der
2536 Kulturförderung brauchen wir Vielfalt und Sensibilität für Diskriminierungen. Das
2537 schließt paritätisch besetzte Gremien und Jurys ein. Wir brauchen klare rechtliche
2538 Regelungen für die Rückgabe unrechtmäßig erworbener Kulturgüter in Museen und
2539 Bibliotheken. Die Herkunftsgeschichte muss mit öffentlichen Mitteln erforscht werden.
- 2540 Verbraucher*innen stärken. Schluss mit den Schuldenfallen
2541 Die Konzerne nutzen ihre Macht gegenüber den Verbraucher*innen aus. Wir wollen die
2542 Rechte der Verbraucher*innen stärken, dafür braucht es mehr Transparenz, einen
2543 starken gut finanzierten Verbraucherschutz sowie klarere Regeln für die Konzerne.
- 2544 • Schluss mit Mogelpackungen und versteckte Preiserhöhungen. Abschaffung der
2545 Vorkasse bei Reisen und Schutz vor Airline-Insolvenzen. Von Sammelklagen sollen
2546 alle geschädigten Verbraucher*innen automatisch profitieren.
- 2547 • Es braucht ein starkes Verbraucher*inneninformationsgesetz und strengere
2548 Transparenzstandard und Haftung für Onlinemarktplätze und Onlineplattformen.
2549 Gegen Green- and Socialwashing muss aktiver vorgegangen werden.
- 2550 • Verbraucherhilfe in sozialen Quartieren und ländlichen Gebieten muss ausgebaut
2551 werden.
- 2552 • Schuldenfallen und ihre Profiteure bekämpfen: Schluss mit Wucherpreisen auf
2553 Verbraucherkredite. Telefonische Verträge sollen nur mit schriftlicher

2554 Bestätigung gelten.

2555 • Wir fordern kostenfreie und schnelle Schuldnerberatung. Die Inkasso-Abzocke muss
2556 beendet werden. Die Schufa soll durch eine unabhängige öffentliche Einrichtung
2557 ersetzt werden.

2558 • Verbraucherschutz bei Finanzprodukten: Wir wollen unabhängige Finanzberatung
2559 durch Verbraucherzentralen stärken. Finanz- und Versicherungsprodukte dürfen
2560 nicht auf Provision verkauft werden. Jede*r hat ein Recht auf ein kostenfreies
2561 Basiskonto.

2562 Digitalisierung fürs Gemeinwohl - statt für Konzernprofite

2563 Wir setzen uns dafür ein, dass sich Digitalisierung an den Bedürfnissen der Menschen
2564 orientiert, den Alltag erleichtert, die Demokratie stärkt und hilft das Klima zu
2565 schützen. Dazu müssen Profitinteressen zurückgedrängt und staatlicher Überwachungswut
2566 ein Riegel vorgeschoben werden.

2567 • Teilhabe an der digitalen Gesellschaft muss für alle sichergestellt sein - auch
2568 auf dem Land und für Menschen mit kleinem Geldbeutel. Deshalb wollen wir den
2569 kommunalen und gemeinnützigen Ausbau von Glasfasernetzen fördern, unnötigen
2570 Doppelausbau verhindern, das Recht auf Internetzugang von aktuell 10 Mbit/s auf
2571 100Mbit/s Downloadgeschwindigkeit erhöhen und die Preise so deckeln, dass sich
2572 alle den Zugang dazu leisten können. Es macht keinen Sinn, dass jeder Anbieter
2573 ein eigenes Mobilfunk- und Glasfasernetz aufbaut. Ein einziges Netz, über das
2574 alle ihre Dienstleistungen anbieten können, spart Baukosten, Material und
2575 Umweltbelastung - und ermöglicht schneller flächendeckendes Netz überall. Die
2576 Kosten für den Netzzugang und die erforderlichen Geräte müssen bei der
2577 Grundsicherung und anderen Sozialleistungen berücksichtigt werden. Öffentliche
2578 Stellen müssen Geräte und fachkundiges Personal bereitstellen, um vor Ort beim
2579 Ausfüllen von Online-Anträgen zu helfen.

2580 • Für uns gilt der Grundsatz: Was mit Steuergeldern bezahlt wurde, muss allen zu
2581 Gute kommen. Mit öffentlichem Geld müssen öffentliche Güter entstehen. Wir
2582 wollen viel mehr Open Source Software - das macht uns unabhängiger von digitalen
2583 Monopolen und ihren hohen Lizenzgebühren. Software, die öffentliche Verwaltungen
2584 einkaufen oder entwickeln lassen, darf nur noch in Ausnahmefällen proprietär
2585 sein. Einmal entwickelte Programme können in anderen Verwaltungen und Kommunen
2586 ohne größere Zusatzkosten genutzt werden. Wir werden ein Recht auf Open Data
2587 schaffen und ein Transparenzgesetz: Bei öffentlichen Dienstleistungen und
2588 Verwaltungen anfallende Daten müssen anonymisiert kostenfrei zur Verfügung
2589 gestellt werden. Das gilt gleichermaßen für alle privaten Anbieter öffentlicher
2590 Leistungen. Auch die Ergebnisse öffentlich geförderter Forschung müssen
2591 kostenfrei öffentlich zugänglich sein (Open Access).

2592 • Zum Gemeinwohl gehören hohe IT-Sicherheitsstandards und Schutz vor digitaler
2593 Massenüberwachung durch Staat oder Konzerne. Deshalb wollen wir IT-
2594 Sicherheitsforschung entkriminalisieren, Sicherheitslücken ausnahmslos schließen
2595 und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik unabhängiger machen.
2596 Es muss auch Kommunen und kleine Unternehmen bei der IT-Sicherheit unterstützen.
2597 Den Einsatz von Staatstrojanern und Chat-Kontrollen lehnen wir ab.
2598 Sicherheitslücken dürfen nicht mehr absichtlich zu Überwachungszwecken

- 2599 offengehalten werden - sie stehen dann auch Kriminellen offen. Die
2600 Bundesnetzagentur braucht ausreichend Personal, um Verbraucherschutz und den
2601 Digital Services Act wirksam umzusetzen.
- 2602 • Der elektronische Personalausweis und die Gesundheitskarte müssen an eine
2603 physische Chipkarte gebunden bleiben. Bei Ausweisvorgängen im Internet dürfen
2604 keine Daten gespeichert werden.
- 2605 • Um Machtmissbrauch durch digitale Monopole zu verhindern, werden wir rechtliche
2606 Spielräume zur Zerschlagung der Monopole ausschöpfen, das Kartellrecht und seine
2607 Umsetzung stärken und personalisierte Onlinewerbung verbieten. Die Vorstellung
2608 von Daten als verkäuflichem Eigentum lehnen wir ab. Öffentliche und
2609 genossenschaftliche Plattformen für gemeinnützige Dienstleistungen und wirkliche
2610 Soziale Netzwerke fördern wir als Alternative zu den profitorientierten
2611 Plattformen der Konzerngiganten.
- 2612 • Wir brauchen klare rechtliche Vorgaben, um den Energie- und Ressourcenverbrauch
2613 der Digitalisierung zu senken. Garantiepflichten und Mindestupdatepflichten
2614 müssen deutlich verlängert werden, Softwareprogrammierung und Geräteeinstellung
2615 von Anfang an energiesparend sein, die Vorgaben für Rechenzentren verstärkt
2616 werden. Der Staat muss seinen Einfluss als großer Abnehmer nutzen, um soziale
2617 und ökologische Standards in den Lieferketten durchzusetzen. Einen Digitalzwang
2618 lehnen wir ab.
- 2619 • Die Bundesregierung muss Forschung zu sozialen und ökologischen Auswirkungen
2620 digitaler Technologien stärker fördern, damit wir informiert und demokratisch
2621 darüber entscheiden können, welche Technologien uns als Gesellschaft
2622 voranbringen und welche nicht hilfreich sind.